

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

212. Sitzung

Berlin, Dienstag, den 11. Februar 2025

Inhalt:

Gedenken an den Abgeordneten Erwin Rüdell und den Bundespräsidenten a. D. Prof. Dr. Horst Köhler	27633 A	Tino Chrupalla (AfD)	27669 C
Begrüßung der neuen Abgeordneten Ursula Groden-Kranich	27633 D	Kathrin Michel (SPD)	27671 A
Glückwünsche zum Geburtstag der Abgeordneten Agnieszka Brugger und Susanne Menge	27633 D	Thorsten Frei (CDU/CSU)	27671 D
Tagesordnungspunkt 1:		Heidi Reichinnek (Die Linke)	27673 C
Vereinbarte Debatte: Zur Situation in Deutschland	27634 A	Dr. Sahra Wagenknecht (BSW)	27675 D
Olaf Scholz, Bundeskanzler	27634 A	Axel Schäfer (Bochum) (SPD)	27676 B
Friedrich Merz (CDU/CSU)	27640 C	Dr. Dirk Spaniel (fraktionslos)	27677 C
Dr. Robert Habeck, Bundesminister BMWK ..	27647 B	Joana Cotar (fraktionslos)	27677 D
Christian Lindner (FDP)	27653 A	Dr. Lina Seitzl (SPD)	27678 B
Dr. Alice Weidel (AfD)	27657 A	Thomas Seitz (fraktionslos)	27679 B
Lars Klingbeil (SPD)	27660 B	Stefan Seidler (fraktionslos)	27679 D
Alexander Dobrindt (CDU/CSU)	27662 C	Robert Farle (fraktionslos)	27680 B
Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	27665 D	Kevin Kühnert (SPD)	27680 D
Christian Dürr (FDP)	27668 C	Anlage 1	
		Entschuldigte Abgeordnete	27683 A
		Anlage 2	
		Amtliche Mitteilungen	27683 D

(A)

(C)

212. Sitzung

Berlin, Dienstag, den 11. Februar 2025

Beginn: 9.00 Uhr

Präsidentin Bärbel Bas:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen einen guten Morgen! Die Sitzung ist eröffnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir trauern um unseren Kollegen **Erwin Rüdchel**, der vor acht Tagen verstorben ist. In Gedanken sind wir bei seinen Angehörigen.

(B) Noch Ende Januar wollte Erwin Rüdchel seine letzte Rede hier im Plenarsaal halten. Aufgrund des langen Sitzungstages gab er sie zu Protokoll. Nur drei Tage später starb er.

Viermal schenken ihm die Wählerinnen und Wähler aus dem Wahlkreis Neuwied das Vertrauen und wählten ihn direkt in den Deutschen Bundestag. Hier in Berlin arbeitete er engagiert in zahlreichen Ausschüssen. Mir persönlich bleibt vor allem unsere gemeinsame Arbeit im Gesundheitsausschuss in Erinnerung. Dort hat er seine langjährige Erfahrung als Geschäftsführer einer Seniorenresidenz eingebracht – ein Gewinn für uns alle.

In den Coronajahren war Erwin Rüdchel Vorsitzender des Gesundheitsausschusses. Die Pandemie bedeutete für den Ausschuss und seine Mitglieder eine enorme Herausforderung. Erwin Rüdchel ist dabei sehr verantwortungsbewusst und auch ehrlich mit seinen eigenen Zweifeln umgegangen.

Für die nächste Legislatur wollte er sich nicht mehr bewerben. In seiner Abschiedsrede hat er uns zu einer Aufarbeitung der Pandemie ermahnt – nicht als Abrechnung untereinander, sondern als Vorbereitung auf mögliche neue Pandemien, wie er betonte. Diese Aufarbeitung müssen wir nun ohne seine Erfahrungen und sein Fachwissen leisten.

Privat war Erwin Rüdchel ein engagierter Karnevalist und leidenschaftlicher Sportler. Noch am Vortag seines Todes hat er einen 10-Kilometer-Lauf bestritten. Umso unerwarteter kam sein Tod.

Erwin Rüdchel wird uns fehlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ebenfalls Anfang Februar erreichte uns die Nachricht vom Tod unseres früheren Bundespräsidenten. **Horst Köhler** war mit seiner Weitsicht, seinem Optimismus und seinem Frohsinn ein beliebter Bürgerpräsident.

Am kommenden Dienstag werden wir Horst Köhler in einem Trauerstaatsakt würdigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben und der Verstorbenen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

(D)

– Ich danke Ihnen.

Die Sitzung ist für wenige Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von 9.04 bis 9.06 Uhr)

Präsidentin Bärbel Bas:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Zunächst begrüße ich eine neue Kollegin. **Ursula Groden-Kranich** hat für den verstorbenen Abgeordneten Erwin Rüdchel die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag erworben. Herzlich willkommen und auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Dann haben wir noch zwei Geburtstagsglückwünsche. Nachträglich gratuliere ich der Kollegin **Agnieszka Brugger** zum 40. Geburtstag.

(Beifall)

Und heute feiert die Kollegin **Susanne Menge** ihren 65. Geburtstag mit uns allen zusammen. Ihnen alles Gute, auch im Namen des gesamten Hauses!

(Beifall)

Präsidentin Bärbel Bas

(A) Ich rufe nun auf den Tagesordnungspunkt 1:

Vereinbarte Debatte:

Zur Situation in Deutschland

Für die Aussprache wurde eine Dauer von 180 Minuten vereinbart.

Ich eröffne die Aussprache. Zuerst hat das Wort für die Bundesregierung der Bundeskanzler Olaf Scholz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Olaf Scholz, Bundeskanzler:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

„Wir nähern uns dem Ende einer Legislaturperiode, die anders verlaufen ist,

(Beatrix von Storch [AfD]: Gott sei Dank!)

als wir uns das alle dachten. Wir als Regierung, Sie als Abgeordnete und natürlich die Bürgerinnen und Bürger, wir alle haben mit der größten Herausforderung für unser wiedervereinigtes Land zu tun gehabt.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesen Sätzen habe ich vor dreieinhalb Jahren meine Rede in der Generaldebatte vor der Bundestagswahl 2021 begonnen. Ich könnte sie heute eins zu eins wiederholen.

(Lachen bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

(B)

Vor dreieinhalb Jahren war es die Coronapandemie, die tiefe Spuren hinterlassen hatte. Wir alle hofften, wenn die Pandemie vorüber ist, dann brechen endlich wieder einfachere Zeiten an. Aber es ist anders gekommen. Russland hat die Ukraine angegriffen. Seit drei Jahren tobt ein brutaler Krieg mitten in Europa mit Hunderttausenden Toten und Verletzten. Die Auswirkungen dieses Krieges spüren wir auch bei uns. Von einem Tag auf den anderen ist ein großer Teil unserer Energieversorgung weggebrochen. Bis heute kämpft die Wirtschaft mit den Folgen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Komisch, bei den anderen ist das nicht so!)

Wir hatten es mit einer Inflation zu tun, so hoch wie seit den 70er-Jahren nicht.

(Martin Reichardt [AfD]: Weil Sie alles versemelt haben, Mensch!)

Mühsam haben wir sie in den Griff bekommen. Und Russlands erbarmungsloser Krieg geht unvermindert weiter. Die Weltwirtschaft schwächelt. Der amerikanische Präsident sorgt mit seinen Aussagen über Grönland, Kanada, den Nahen Osten und Panama für Irritationen. Gerade hat er Strafzölle auf Stahl und Aluminium angedroht. Kurz: Der Wind weht von vorn. Und die Wahrheit ist: Das wird sich in den kommenden Jahren nicht grundlegend ändern.

Deshalb sage ich sehr klar: Ich verspreche den Bürgerinnen und Bürgern

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ich! Ich!)

nicht das Blaue vom Himmel. Ich nicht! Aber was ich den Bürgerinnen und Bürgern verspreche, ist:

(Beatrix von Storch [AfD]: Das Grüne vom Himmel!)

Wir kommen da gemeinsam durch.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen da durch, wenn wir jetzt nicht falsch abbiegen. Wir kommen da durch, wenn die Mitte stark bleibt in unserem Land, in Deutschland, wenn das stark bleibt, worauf diese Mitte gründet: Vernunft und Besonnenheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich das sehr deutlich machen. Als Russland seinen Krieg begann, da hatten wir nur ganz wenige Stunden, um eine klare Antwort auf diese tiefgreifende Zeitenwende zu formulieren, und wir haben diese Antwort gegeben. Wir investieren in unsere Bundeswehr. Wir stärken die Sicherheit unserer Bündnispartner in Mittel- und Osteuropa. Wir unterstützen die Ukraine, wie niemand sonst in Europa, auch mit hochwirksamen Waffen, und zugleich tun wir nichts, was uns oder die NATO in diesen Krieg hineinzieht. Mehr Sicherheit für Deutschland, nicht weniger Sicherheit für Deutschland: Das ist seit Kriegsbeginn meine Maxime.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Entschlossenheit und Besonnenheit: Diesen Kurs habe ich drei Jahre lang durchgehalten gegen all die laute Kritik aus der Opposition.

(Martin Reichardt [AfD]: Das Volk hat Sie ertragen!)

Das verstehe ich darunter: „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“.

(Beifall bei der SPD)

Führungsstärke, Nervenstärke, klarer Kurs: Darauf kommt es in schweren Zeiten an, nicht Wankelmut und Sprüche klopfen.

Ich weiß noch, wie groß unter uns die Einigkeit war im Frühjahr 2022: Wir werden allen Ukrainerinnen und Ukrainern Schutz bieten, die ihn brauchen. Aber kaum war die erste große Welle der Hilfsbereitschaft vorbei, kaum tauchten die ersten Schwierigkeiten auf, da sprach der Oppositionsführer plötzlich von „Sozialtourismus“.

(Zuruf von der SPD: Pfui!)

Am Sonntag hat er sich auch noch verrechnet, und die Ukrainerinnen und Ukrainer zur irregulären Migration dazugezählt,

(Zurufe von der SPD)

so als würden ukrainische Flüchtlinge hier lustig ein- und ausreisen, um Sozialleistungen zu kassieren.

Herr Merz, Sie haben dann nachträglich versucht, das wieder zurechtzurücken, aber diese ständigen Kehrtwenden, die haben ja System, und die passieren Ihnen immer wieder.

Bundeskanzler Olaf Scholz

(A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Den Marschflugkörper Taurus wollten Sie erst unbedingt an die Ukraine liefern.

(Zuruf des Abg. Otto Fricke [FDP])

Dann war Wahlkampf in Ostdeutschland, und im ZDF-„Sommerinterview“ fanden Sie plötzlich den besonnenen Kurs der Regierung irgendwie richtig. Dann wiederum ein paar Wochen später wollten Sie Putin sogar ein Ultimatum stellen: Wenn er nicht binnen 24 Stunden aufhört, die Ukraine zu bombardieren, liefert Deutschland den Taurus, und die Ukraine setzt ihn gegen Ziele tief in Russland ein. Dann wieder war das alles ein großes Missverständnis und gar nicht so gemeint. Was gilt denn bitte schön?

(Beifall bei der SPD – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Was gilt bei Ihnen denn, Herr Scholz?)

Wer in Fragen von Krieg und Frieden so daherredet, wer so orientierungslos ist, der sollte keine Verantwortung tragen für Deutschlands Sicherheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und sogar da, wo Sie sich festgelegt haben, lagen Sie falsch – richtig falsch. Zwei Wochen nach Kriegsbeginn haben Sie lautstark gefordert, jetzt müsse Deutschland sofort aufhören, Gas aus Russland zu beziehen. Wir sollten den Gashahn abstellen: Das war Ihre Forderung; das war Ihr Rat.

(B) (Bernhard Herrmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Pfui!)

Ich habe das nicht getan, obwohl der öffentliche Druck durchaus riesengroß war, weil klar war: Unsere Speicher sind leer, dem Wirtschaftsminister der vorigen Regierung sei Dank, dem das nicht aufgefallen war. Hätte ich damals auf den Oppositionsführer gehört: Deutschland wäre nicht heil durch den Winter 2022/2023 gekommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Wohnungen wären kalt geblieben, unsere Fabriken hätten stillgestanden.

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Peinlicher Abschied! Peinlicher Abschied!)

Ich weiß, Sie wollen daran nicht erinnert werden. Aber deshalb sage ich: Gerade in Krisenzeiten kommt es auf Besonnenheit an, auf Erfahrung und auf einen klaren Kurs.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gerade in schwierigen Zeiten muss ein Kanzler die Nerven behalten.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Warum tun Sie es dann nicht?)

Das bleibt entscheidend; denn es wird auch in den kommenden Jahren immer wieder schwierige Situationen geben,

(Zuruf von der CDU/CSU: Mit Ihnen nicht mehr!) (C)

Situationen, die wir jetzt noch gar nicht absehen können.

Klar ist dabei vor allem eins: Wie nie zuvor wird es in den nächsten Jahren darauf ankommen, dass Europa zusammenhält.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das sagen alle, mit denen man spricht: Sicherheitsexperten, Wirtschaftsführer, Journalisten, unsere Partner in Europa und der Welt. Und was macht in dieser Lage der deutsche Oppositionsführer? In der Hoffnung auf ein paar Prozentpunkte im Wahlkampf legt er die Axt an den europäischen Zusammenhalt. Was für ein Wahnsinn in diesen kritischen Zeiten!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es ein Land gibt, das vom vereinten Europa profitiert wie kein zweites, dann ist das Deutschland. Wir sind das größte Exportland in Europa. Wenn die Europäische Union ins Visier amerikanischer Zölle gerät, so wie sich das jetzt schon bei Stahl und Aluminium abzeichnet, dann sind wir stärker auf europäische Solidarität angewiesen als jedes andere Land.

Glauben Sie, diese Solidarität entsteht, wenn Deutschland mutwillig europäisches Recht bricht, wenn Deutschland seine Grenzen dicht macht?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Glauben Sie, unsere Nachbarn machen das einfach so mit? Das ist doch naiv! Das schadet deutschen Interessen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Präsident des Außenhandelsverbandes warnt uns vor den drohenden Kostensteigerungen für unsere Wirtschaft. Die Geschäftsführerin des BDI mahnt, der freie Personen- und Warenverkehr sei entscheidend für unsere deutsche Industrie,

(Zuruf der Abg. Andrea Lindholz [CDU/CSU])

und auch die anderen Länder in Europa schauen ganz genau, was Deutschland tut.

Da weiß man: Die Asylzahlen in Deutschland sind letztes Jahr um 100 000 zurückgegangen, und dieses Jahr können wir einen weiteren Rückgang um 100 000 schaffen. Denn der Januarwert bei den Asylgesuchen ist der niedrigste seit 2016,

(Zuruf der Abg. Andrea Lindholz [CDU/CSU])

vom Coronajahr 2021 mal abgesehen. Die Abschiebungen sind seit 2021, dem Jahr meines Amtsantritts, um beinahe 70 Prozent gestiegen,

(Christian Dürr [FDP]: Das nennt man das Geheimnis der kleinen Basiszahlen, Herr Scholz!)

weil wir gehandelt haben und nicht nur geredet.

Bundeskanzler Olaf Scholz

(A) (Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Diesen Weg müssen wir entschlossen weitergehen, ohne dabei eine ganz wichtige Sache zu vergessen: Fast ein Drittel von uns selbst hat eine Migrationsgeschichte. Kolleginnen und Kollegen, Klassenkameraden, Nachbarn und Freunde: Wir alle gehören zu Deutschland. Daran dürfen wir nicht den leisesten Zweifel lassen!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Nicht alle!)

Wenn wir uns jetzt allerdings trotz sinkender Asylzahlen darauf berufen, dass Sicherheit und Ordnung in Deutschland außer Kontrolle seien und wir deshalb europäisches Recht nicht anwenden müssten, dann werden andere Länder dieses Scheinargument ganz genauso benutzen – abgesehen davon, dass es vor Gerichten nicht Bestand hat. Dann wird künftig jedes Land für sich entscheiden, ob es ihm gerade passt, europäisches Recht anzuwenden oder nicht.

(Zuruf des Abg. Manuel Höferlin [FDP])

Das wäre nicht nur das Ende der europäischen Asylreform, deren größter Profiteur Deutschland ist,

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Na ja, das sehen wir ja!)

noch bevor sie nächstes Jahr in Kraft tritt, das wäre nicht nur das Ende des europäischen Binnenmarktes – das wäre der Anfang vom Ende der Europäischen Union als Rechtsgemeinschaft,

(B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der FDP)

von der niemand so sehr profitiert wie wir in Deutschland. Das wäre ein schwerer Fehler!

(Beifall bei der SPD)

Konrad Adenauer hat Europa geeint. Helmut Kohl hat Europa gestärkt. Angela Merkel hat Europa zusammengehalten.

(Beatrix von Storch [AfD]: ... und Herr Scholz hat Europa torpediert!)

Und Friedrich Merz tritt an, Europa zu Grabe zu tragen? Was für ein Umgang mit diesem stolzen Erbe –

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Peinlich!)

und das in einer Zeit, wo sich das vereinte Europa bewähren muss wie selten zuvor!

Ich habe die amerikanischen Zölle schon erwähnt, die uns drohen, zunächst womöglich auf Stahl und Aluminium.

(Zuruf des Abg. Jörn König [AfD])

Wenn uns die USA keine andere Wahl lassen, dann wird die Europäische Union geschlossen darauf reagieren. Als größter Markt der Welt mit 450 Millionen Bürgerinnen und Bürgern haben wir dazu die Kraft. Ich hoffe aber, dass uns der Irrweg von Zöllen und Gegenzöllen erspart

bleibt. Handelskriege kosten am Ende immer beide Seiten Wohlstand. Aber selbst ohne Handelskrieg wird die harte Konkurrenz aus den USA, aus China und anderen aufstrebenden Weltregionen unsere Wirtschaft weiter enorm unter Druck setzen. Die Antwort kann doch nicht in den Rezepten von gestern liegen. (C)

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der FDP)

Wer jetzt krampfhaft an alten Technologien festhält und nicht den Weg der Modernisierung geht, der verspielt Deutschlands Zukunft als Industrieland.

Ich war letzte Woche in Duisburg bei thyssenkrupp.

(Zuruf von der CDU/CSU: Toll!)

Da haben sich die Beschäftigten, die Arbeiterinnen und Arbeiter, gemeinsam mit dem Unternehmen auf den Weg gemacht, um klimafreundlichen Stahl zu produzieren,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das funktioniert ja nicht!)

auch mithilfe von Wasserstoff.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Ja, mit Subventionen!)

Die Kolleginnen und Kollegen in Duisburg wissen ganz genau: Daran hängen unsere Arbeitsplätze, weil die Auto- und Maschinenbauer künftig klimafreundlichen Stahl brauchen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD])

Und da kommt dann der Oppositionsführer daher und sagt, er glaube nicht an CO₂-neutral produzierten Stahl in Deutschland. (D)

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Zitieren Sie mich doch wenigstens richtig, Herr Scholz!)

Wissen Sie eigentlich, was so eine Bemerkung anrichtet in den Unternehmen, bei den Leuten, bei den Arbeiterinnen und Arbeitern? Wer so leichtfertig daherredet, der gefährdet Arbeitsplätze in Deutschland, der setzt unseren Wohlstand aufs Spiel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU)

Für neues Wachstum brauchen wir Investitionen in neue Technologien und neue Anlagen. Pauschale Steuer-senkungen für Unternehmen mit großen Gewinnen helfen da nicht. Das ist keine Strategie, und das ist auch keine Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD – Beatrix von Storch [AfD]: „Schuldenbremse weg“ ist auch keine Strategie!)

Mein Vorschlag ist ein anderer.

(Beatrix von Storch [AfD]: Ja, Schuldenmachen bis zum Umfallen!)

Erstens. Jeder, der in Deutschland investiert – aber eben auch nur der –, kriegt auf Ausrüstungsinvestitionen einen „made in Germany“-Bonus von 10 Prozent – einfach und unbürokratisch als Steuerprämie.

Bundeskanzler Olaf Scholz

(A) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)
Die USA und andere machen uns das vor. Damit sorgen wir schnell dafür, dass die Konjunktur wieder anspringt.

(Leif-Erik Holm [AfD]: Senken Sie einfach die Unternehmensteuern!)

Zweitens. Wir schaffen einen Deutschlandfonds – ein ganz neues Instrument, um unsere Infrastruktur auf Vordermann zu bringen für neue Energie- und Wärmenetze, für den Bau bezahlbarer Wohnungen. Dafür wird der Deutschlandfonds öffentliches und privates Kapital sammeln und dann zügig investieren. Denn es ist doch absehbar, dass unsere Städte und Gemeinden all diese Aufgaben allein gar nicht stemmen können.

(Beifall bei der SPD)

Und Nichtstun können wir uns angesichts unserer Infrastruktur schlicht nicht leisten.

Drittens. Wir brauchen eine Bildungs- und Fachkräfteoffensive.

(Paul Ziemiak [CDU/CSU]: ... auch für die Bundesregierung!)

Denn es reicht doch nicht, zu beklagen, dass in Deutschland viele Leute in Teilzeit arbeiten, vor allem Frauen.

(Zuruf der Abg. Judith Skudelny [FDP])

Ganz oft hapert es bei jungen Familien an Betreuungsmöglichkeiten.

(Beifall bei der SPD)

(B) Wie viele Eltern stehen morgens auf, und dann kommt die E-Mail aus der Schule und meldet einen weiteren Unterrichtsausfall!

(Zuruf des Abg. Patrick Schnieder [CDU/CSU])

Das müssen wir gemeinsam mit den Ländern ändern – durch mehr Betreuungsmöglichkeiten in unseren Kitas, durch Ganztagsbetreuung in den Grundschulen.

(Zuruf des Abg. Christian Dürr [FDP])

Und genau das ist mein Angebot.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Wir brauchen mehr Tempo und weniger Bürokratie. Mit dem Deutschlandpakt haben wir gemeinsam mit den Ländern vorgelegt, aber das muss jetzt weitergehen. Wir haben der EU Beine gemacht.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Christian Dürr [FDP]: An den Tag kann ich mich wirklich nicht erinnern! Das wäre mir aufgefallen!)

Ich bin froh, dass Ursula von der Leyen das Thema Bürokratieabbau jetzt ganz vorne auf die Agenda setzen will. Und ich will nach der Wahl gemeinsam mit der Wirtschaft, mit den Ländern, mit den Kommunen einen kompletten Bürokratiensturz machen, damit wir dann gemeinsam fest vereinbaren, wie, wo und bis wann wir das Bürokratedickicht in Deutschland wieder lichten.

(Beifall bei der SPD)

(C) Fünftens. Wir sorgen für mehr Kaufkraft. Wir sorgen für eine höhere Nachfrage hier bei uns in Deutschland. Da gehen meine Pläne und die Pläne der CDU/CSU meilenweit auseinander. Das muss hier ganz klar gesagt werden.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Echt?)

Die Steuerpläne der Union, der CDU/CSU, sehen vor, die Allerreichsten am allerstärksten zu entlasten.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Genau!)

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat das ganz aktuell nachgerechnet und ist zu erstaunlichen Ergebnissen gekommen. Demnach würden die Steuerentlastungen von Union, FDP und AfD das Staatsdefizit um bis zu 4 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts hochtreiben und dabei vor allem die absoluten Spitzenverdiener entlasten.

(Beatrix von Storch [AfD]: Das glauben Sie doch selber nicht! – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Oh!)

Darin sind Sie sich offenbar einig.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist ja Unsinn!)

Das 1 Prozent der Allerreichsten bekäme bei der FDP im Schnitt Steuergeschenke von fast 50 000 Euro pro Person.

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Geschenke? Aha! Geschenke?)

Bei der AfD sind es 41 000 Euro.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist doch Blödsinn!)

Bei der Union sind es 34 000 Euro Entlastung für die Allerreichsten.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Oh! Das ist ja unfassbar! Oh!)

34 000 Euro für Millionäre – jedes Jahr geschenkt!

(Lachen des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD])

Das ist mehr, als eine Friseurin im ganzen Jahr verdient.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Christian Dürr [FDP]: Olaf Scholz, der Klassenkämpfer!)

Die aber speist die CDU mit ihrem Steuermodell mit mickrigen 10 Euro Entlastung im Monat ab.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Das sind Ihre Zahlen, die Sie veröffentlicht haben.

(Zuruf des Abg. Sepp Müller [CDU/CSU])

Das ist nicht nur hochgradig ungerecht. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller, die unser Land am Laufen halten. Und deshalb werden wir das anders machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Bundeskanzler Olaf Scholz

- (A) Wir entlasten die breite Mitte unseres Landes deutlich stärker – die ganz normalen Leute vom Lageristen bis zur Lehrerin, von der Altenpflegerin bis zum leitenden Angestellten.

(Leif-Erik Holm [AfD]: Das hätten Sie alles schon machen können!)

Mit unseren Vorschlägen spart eine Familie mit durchschnittlichem Einkommen über 800 Euro im Jahr allein an Steuern.

(Beatrix von Storch [AfD]: Werden Sie doch mal konkret!)

Die Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und ein höheres Kindergeld kommen da noch obendrauf.

Und ja, im Gegenzug wollen wir das 1 Prozent derjenigen mit den allerhöchsten Einkommen etwas stärker an den nötigen Investitionen in Bildung und unsere Infrastruktur und an einem gerechten Steuersystem beteiligen – diejenigen mit Jahreseinkommen von mehreren 100 000 Euro und mehr, angefangen beim Bundeskanzler und all denjenigen, die noch viel mehr verdienen. Das ist nicht nur fair, das ist Politik für die ganz normalen Leute in unserem Land, für die breite Mitte in Deutschland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Das ist Populismus!)

- (B) Und noch einen großen Unterschied gibt es in dem Wahlkampf zwischen SPD und CDU/CSU: Wir sagen nicht nur, wofür wir Steuergeld ausgeben wollen; wir sagen auch ehrlich, wie wir das finanzieren. Den Deutschlandfonds habe ich schon erwähnt. Dazu kommt, dass wir die Schuldenbremse nutzen und vorsichtig modernisieren werden,

(Beatrix von Storch [AfD]: „Vorsichtig“!)

und zwar genau so, wie das inzwischen die übergroße Mehrheit unserer Unternehmen dringend fordert, wie es die Verbände und Gewerkschaften fordern, wie es die Bundesbank und sämtliche internationale Organisationen fordern.

Diese Forderung kennt man natürlich auch in der Union. Das sagen hinter vorgehaltener Hand – und manchmal nicht hinter vorgehaltener Hand, sondern ganz laut – sogar Ihre Ministerpräsidenten. Aber auch bei diesem Thema schenken Sie den Wählerinnen und Wählern keinen reinen Wein ein. Unabhängige Wirtschaftsinstitute haben die Wahlprogramme nebeneinandergelegt und nachgerechnet: Bei der Union klafft da ein Loch von 100 Milliarden Euro im Jahr!

(Zuruf von der SPD: Siehste mal!)

Das ist mehr als die gesamten Investitionen des Bundes – ohne ein Wort, wie das seriös finanziert werden soll.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das war ein SPD-Mitglied! Kein unabhängiger Wirtschaftswissenschaftler!)

30 Milliarden Euro obendrauf müssen wir spätestens ab 2028 zusätzlich für die Bundeswehr ausgeben.

- (C) Also sagen Sie den Bürgerinnen und Bürgern endlich, womit Sie dieses 130-Milliarden-Euro-Loch stopfen wollen, das Ihre Pläne reißen!

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können sie nicht! – Zuruf der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD])

Sagen Sie den Bürgerinnen und Bürgern, wer Ihre Steuer geschenke an die Allerreichsten bezahlen soll! Holen Sie sich das bei den Rentnerinnen und Rentnern? Kürzen Sie dafür Gesundheitsversorgung und Pflege zusammen?

(Widerspruch bei Abgeordneten der FDP)

Setzen Sie die Investitionen in Straßen, Brücken und Schienen auf null?

(Jörn König [AfD]: Allein 80 Milliarden Migrationskosten!)

Verraten Sie den Deutschen endlich die Wahrheit! Um diese Antwort drücken Sie sich seit Monaten herum, und das lässt Schlimmstes vermuten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dabei muss es in unsicheren Zeiten doch darum gehen, den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit zu geben. Deshalb bin ich da ganz klar: Eine Regierung unter meiner Führung

(Zuruf von der CDU/CSU: ... die wird's nicht mehr geben!)

- (D) wird die Rentengarantie verlängern, die sonst schon in diesem Sommer ausläuft. Wir verlängern und verbessern die Mietpreisbremse, damit die Mieten zum Jahresende nicht hochknallen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ihr baut auch gar nichts!)

Und wir deckeln die Pflegekosten, indem wir auch private Pflegekassen am Risikoausgleich unter den Kassen beteiligen. Das sind ganz konkrete Zusagen, die die Bürgerinnen und Bürger nur mit der Sozialdemokratischen Partei bekommen. Davon profitieren die ganz normalen Leute in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde diese Versprechen halten, so wie ich nach der letzten Wahl das Versprechen gehalten habe, den Mindestlohn auf 12 Euro zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Union und FDP sprechen ja immer davon, dass sich Leistung lohnen muss. Da stimme ich ihnen ausdrücklich zu. Aber ich sage genauso ausdrücklich dazu: Die Leistung von allen muss sich lohnen, die in Deutschland arbeiten gehen und sich anstrengen.

(Beifall bei der SPD)

Aktuell sind mehrere 100 000 Frauen und Männer in unserem Land erwerbstätig und trotzdem zugleich auf Unterstützung vom Staat angewiesen, weil es sonst einfach nicht zum Leben reicht.

(Dr. Daniela De Ridder [SPD]: Das ist die Wahrheit! Das ist ein Skandal!)

Bundeskanzler Olaf Scholz

(A) Ich finde das unerträglich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das hat übrigens nichts mit fehlendem Fleiß zu tun – diese Frauen und Männer sind fleißig –, sondern das hat mit Löhnen zu tun, die schlicht zu niedrig sind, um davon leben zu können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Das werden wir ändern. Der Mindestlohn muss im kommenden Jahr auf 15 Euro die Stunde steigen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Warum nicht auf 25 Euro?)

Davon werden 7 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren, besonders Frauen, besonders in Ostdeutschland. 100 000 weniger wären mit einem Schlag auf das Bürgergeld angewiesen, weil sie dann von ihrer eigenen Hände Arbeit leben könnten.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt für mich Leistungsgerechtigkeit. Das heißt für mich, dass sich Arbeit mehr lohnen muss als Nichtarbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe zu Anfang an die Debatte erinnert, die wir vor dreieinhalb Jahren hier im Bundestag geführt haben,

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Und tschüs!)

vor der letzten Bundestagswahl, seinerzeit mit Armin Laschet und Annalena Baerbock. Damals lautete die Kritik in den Medien: Die demokratischen Parteien, die Parteien der Mitte, die sind doch kaum unterscheidbar. – Heute sagt das niemand mehr.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Gott sei Dank!)

Am 23. Februar stehen die Wählerinnen und Wähler in Deutschland vor einer klaren Wahl,

(Zurufe von der CDU/CSU)

vor einer Wahl von großer Tragweite. Mit ihrem Kreuz werden die Wählerinnen und Wähler eine große Frage beantworten:

(Beatrix von Storch [AfD]: AfD oder der Rest? – Weiterer Zuruf von der AfD: Es gibt nur eine Alternative!)

Bleibt Deutschlands demokratische Mitte stark? Hält die Mitte unseres Landes auch im politischen Wettstreit weiter zusammen, oder wählt Deutschland einen Weg, der wegführt aus der Gemeinsamkeit in der Mitte, weg von Vernunft und Verständigung?

(Zuruf des Abg. Dr. Mathias Middelberg [CDU/CSU])

Ein Tabu ist hier im Bundestag vor knapp zwei Wochen bereits gebrochen worden,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

das Tabu, dass Demokraten in unseren Parlamenten niemals gemeinsame Mehrheiten mit extremen Rechten bilden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (C)

Sie hatten genau das vorher immer wieder wortreich ausgeschlossen, Herr Merz, sogar von diesem Pult, von dieser Stelle aus im November 2024 – das ist noch gar nicht so lange her –, und Ihre Rede ist zitiert worden von der früheren Bundeskanzlerin, sehr genau.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindholz [CDU/CSU])

Sie haben Ihr Wort im Affekt gebrochen.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Genau!)

Sie haben gezielt auf die Zustimmung der extremen Rechten gesetzt, um Ihre demokratischen Mitbewerber niederzustimmen.

(Lachen des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD])

Ihre unverantwortliche Zockerei ist am Ende an der demokratischen Mehrheit dieses Parlaments und auch an Anständigen in Ihrer Partei und der FDP gescheitert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Gut, dass Sie gleich fertig haben!)

Aber dass Sie diesen Weg überhaupt gegangen sind und damit die Glaubwürdigkeit Ihrer Worte und Versprechen zerstört haben, das ist schlimm.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(B) Dabei sind wir uns doch in der Sache einig: Solche furchtbaren Straftaten wie in Aschaffenburg müssen effektiv bekämpft werden. (D)

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Dann machen Sie doch!)

Wir sind uns einig: Die irreguläre Migration muss weiter zurückgedrängt werden.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Aber Sie wollten keine Einigung. Vielleicht sind Sie auch gar nicht fähig zu einer Verständigung.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Quatsch! – Zuruf des Abg. Christian Dürr [FDP])

Die Bürgerinnen und Bürger wissen jetzt: Wenn Friedrich Merz den Kompromiss unter Demokraten zu schwierig findet, dann macht er gemeinsame Sache mit denen da von der AfD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das sind ungute Zeichen für die Zeit nach der Bundestagswahl. Deshalb geht es am 23. Februar darum, eine Mehrheit aus CDU/CSU und AfD unbedingt zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb geht es darum, Schwarz-Blau unmöglich zu machen – aus Verantwortung für Deutschland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN –

Bundeskanzler Olaf Scholz

- (A) Dorothee Bär [CDU/CSU]: So infam! Wirklich!

Ich bin zuversichtlich, dass das auch gelingt.

Denn für den Tabubruch und den Wortbruch, den Sie vor zwei Wochen hier im Bundestag begangen haben, gibt es keinen Rückhalt in unserem Land, auch nicht unter vielen Konservativen und Liberalen. Die ganz große Mehrheit in Deutschland will nicht immer mehr extremes Geschrei, immer mehr Hass und immer mehr Polarisierung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wer schürt denn Hass?)

Die ganz große Mehrheit wünscht sich Lösungen aus der Mitte und für die Mitte unseres Landes.

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Die wollen einen Politikwechsel!)

Diesen Bürgerinnen und Bürgern, von denen viele verunsichert sind, gebe ich heute eine klare Zusicherung: Mit mir als Bundeskanzler und mit meiner Partei bleibt die Mitte stark in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden kräftig investieren, damit „made in Germany“ wieder glänzt.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Sie werden gar nichts tun!)

- (B) Wir werden dafür sorgen, dass das Leben für die ganz normalen Leute bezahlbar ist. Wir setzen Recht und Ordnung in der Migrationspolitik durch,

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Sie machen zum Glück gar nichts mehr!)

ohne die Menschenwürde zu verletzen oder den Zusammenhalt Europas zu gefährden und ohne die vielen Millionen Frauen und Männer auszugrenzen, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind und die längst ein wichtiger Teil Deutschlands sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen den Frieden in Europa und im eigenen Land nicht leichtfertig aufs Spiel. Und vor allem: Niemals, wirklich niemals, machen wir gemeinsame Sache mit den extremen Rechten,

(Beifall bei der SPD)

weil sie für Rassismus stehen, für Frauenfeindlichkeit

(Lachen des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD])

und für ein Raus aus Europa und weil sie deshalb die größte Gefahr sind für die deutsche Zukunft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das entscheidet der Wähler! Nicht Sie!)

75 Jahre lang hat Deutschland davon profitiert, dass die demokratische Mitte unseres Landes stabil war.

(Zuruf von der AfD: Sie sollten sich was schämen! Schlimmer als Walter Ulbricht!)

(C)

75 Jahre lang waren wir stolz darauf, ein Land zu sein, in dem Stärkere nicht auf Schwächere hinabschauen. 75 Jahre lang waren wir ein Land, das ein verlässlicher Partner ist in Europa und der Welt. Damit sind wir gut gefahren.

(Beatrix von Storch [AfD]: Gott sei Dank ist das Ihre letzte Rede hier!)

Deshalb kämpfe ich dafür, dass Deutschlands Mitte stark bleibt. Darum geht es bei dieser Wahl.

(Beatrix von Storch [AfD]: Auf Wiedersehen!)

Dafür bitte ich Sie, die Wählerinnen und Wähler, um Ihre Unterstützung.

Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Da steht keiner mehr auf! – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Auf Wiedersehen!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion Friedrich Merz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Friedrich Merz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was war das denn?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der AfD – Dr. Johannes Fechner [SPD]: Eine super Rede!)

(D)

25 Minuten abgelesene Empörung über den Oppositionsführer.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Bundeskanzler! Sie verwechseln den Plenarsaal des Deutschen Bundestages offensichtlich mit einem Juso-Bundeskongress.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Wollen Sie uns allen Ernstes diese halbe Stunde hier heute Morgen zumuten als eine Abschlussbilanz Ihrer dreijährigen Amtszeit als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland?

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Unglaublich! Unglaublich!)

Ist das allen Ernstes das, was Sie sozusagen zum Abschluss dieser drei Jahre hier vortragen und anschließend den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland zur Fortsetzung anbieten?

Wissen Sie, wie Sie mir vorkommen, Sie beide, Herr Habeck und Herr Scholz? Wie zwei angestellte Geschäftsführer, die das Unternehmen vor die Wand gefahren haben, anschließend zu den Eigentümern gehen und sagen: Wir würden das jetzt gerne noch mal vier Jahre so weitermachen. – So kommen Sie mir vor.

Friedrich Merz

(A) (Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Joana Cotar [fraktionslos])

Wissen Sie, was im normalen Leben – bei Ihnen ist das Jahrzehnte her, dass Sie es kennengelernt haben –

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

die Eigentümer sagen würden, wenn die aus dem Lachen wieder herausgekommen sind? Die Eigentümer würden Sie freundlich bitten, das Unternehmen zu verlassen. So wäre es im normalen Leben, Herr Bundeskanzler und Herr Habeck.

(Beifall bei der CDU/CSU – Jürgen Coße [SPD]: Das ist unter Ihrem Niveau!)

Aber wenn Sie es nicht tun, dann will ich einmal versuchen, eine kurze Bilanz dieser drei Jahre zu ziehen.

(Zuruf der Abg. Saskia Esken [SPD]: Sie halten Deutschland für ein Unternehmen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt. – Herr Bundeskanzler, ich beginne mit dem 24. Februar 2022, dem Tag, an dem der Krieg Russlands gegen die Ukraine begonnen hat.

(Zuruf der Abg. Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und drei Tage später haben Sie von dieser Stelle aus eine in der ganzen Welt – auch in Deutschland – vielbeachtete Regierungserklärung abgegeben zu den Konsequenzen, die sich daraus ergeben. „Zeitenwende“ haben Sie das genannt. Heute, fast drei Jahre nach dem Beginn dieses Krieges, muss man feststellen: Es sind „Zeiten ohne Wende“ geblieben, Herr Bundeskanzler.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD – Zuruf der Abg. Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Einzige, was davon übrig geblieben ist, ist ein Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro, das in zwei Jahren aufgebraucht sein wird. Und die Erfüllung Ihres Versprechens, das Sie von dieser Stelle aus am 27. Februar 2022 gegeben haben, nämlich 100 Milliarden Euro Sondervermögen und ab sofort

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Das ist eine Lüge! – Saskia Esken [SPD]: Diese Lüge wird nicht wahrer durch Wiederholung! Das ist eine Lüge!)

2 Prozent – mindestens 2 Prozent – in die Zukunft der Bundeswehr zu investieren, bleiben Sie bis heute schuldig, Herr Bundeskanzler, und überlassen es großzügig Ihrem Nachfolger.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Johannes Fechner [SPD]: Das ist Blödsinn!)

Sie haben schon damals die Chance nicht genutzt, Ihnen schon zu diesem Zeitpunkt überholten Koalitionsvertrag auf die Seite zu legen und die Prioritäten in Ihrer Regierung neu zu ordnen. Das haben Sie damals schon versäumt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Johann David Wadepuhl [CDU/CSU]: So ist es! Genau!) (C)

Und dann kam die zweite tiefe Zäsur. Das war die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: So viel zu „rechtswidrig“!)

Ein 60-Millionen-Euro-Kredit – –

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Milliarden!)

– Vielen Dank. Das ist ja ganz liebenswürdig, dass Sie so zuhören.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war ja nur mal der Versuch, zu schauen, ob Sie heute Morgen alle wach sind.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Das ist ja Kleinkram! – Weiterer Zuruf von der SPD: Wie doof kann man sein?)

Sie haben versucht, eine 60-Milliarden-Euro-Kreditermächtigung für die Coronahilfen mit einer üblen Trickserie in den Klima- und Transformationsfonds zu übertragen. Und das Bundesverfassungsgericht

(Saskia Esken [SPD]: Sie wissen, dass Wolfgang Schäuble Ihnen dazu „Das werdet ihr noch bereuen!“ gesagt hat!)

hat – einmalig in der Geschichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – diese Haushaltstransaktion für von Anfang an unwirksam und nichtig erklärt. Ein komplettes Desaster in Ihrer Haushaltsführung! (D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Saskia Esken [SPD]: Ihre Ministerpräsidenten werden sich bestimmt bedanken, Herr Merz!)

Und der Herr Vizekanzler hat in diesem Zusammenhang nichts Besseres zu tun, als den Oppositionsführer dafür zu beschimpfen, dass er nach Karlsruhe gegangen ist.

(Jürgen Coße [SPD]: Echt?)

Anstatt mal zu sagen: „Wir haben hier einen schweren Fehler gemacht“, wird die Opposition dafür beschimpft, dass wir den Weg nach Karlsruhe gegangen sind. Das ist Ihre Art und Weise des Umgangs mit uns, die wir seit dem 15. November 2023 gesehen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Wo kommen denn die 100 Milliarden nun her?)

Meine Damen und Herren, diese Entscheidung wäre nun die letzte Gelegenheit gewesen, eine Korrektur Ihres Kurses vorzunehmen, den Koalitionsvertrag noch einmal wirklich in der untersten Schublade verschwinden zu lassen und es mal neu zu versuchen mit einer Koalition, die von Anfang an nicht zusammengepasst hat. Aber was machen Sie? Von diesem Tag an gab es einen täglichen, ununterbrochenen Streit in Ihrer Koalition – jeden Tag zwischen SPD, Grünen und FDP –,

(Beatrix von Storch [AfD]: Wir freuen uns schon auf Ihre Koalition mit SPD, Grünen

Friedrich Merz

- (A) und FDP! Das wird ganz harmonisch! – Gegenruf der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD]: Mit Herrn Habeck als Wirtschaftsminister!

bis dann schließlich am 6. November des letzten Jahres, nach fast einem Jahr des ewigen Streites, diese Koalition auseinandergebrochen ist.

Sie haben in den letzten Tagen ein paarmal gesagt, Sie hätten die FDP-Minister schon früher entlassen sollen. Ja, die FDP hätte vielleicht auch etwas früher gehen sollen. Aber mindestens dieses eine Jahr, das hätten Sie uns allen ersparen müssen, Herr Bundeskanzler. Es ist ein weiteres verlorenes Jahr für Deutschland gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Und wie sieht jetzt Ihre Bilanz heute aus? Kein Wort an dieser Stelle.

(Zuruf des Abg. Sebastian Roloff [SPD])

Aber deswegen will ich es dann wenigstens einmal kurz darstellen. Wenn Sie das Regierungsamt des Bundeskanzlers verlassen,

(Saskia Esken [SPD]: Das werden wir noch sehen!)

hinterlassen Sie fast 3 Millionen Arbeitslose in Deutschland – dazu sagen Sie von dieser Stelle kein Wort –; fast 400 000 Arbeitslose mehr als zu Beginn Ihrer Amtszeit, Herr Bundeskanzler. Das sind 400 000 Menschen – viele mit Familie –, die ihren Arbeitsplatz verloren haben.

(B)

(Saskia Esken [SPD]: 1,2 Millionen Geflüchtete aus der Ukraine!)

Dazu kommt von Ihnen kein Wort. Fast 3 Millionen Arbeitslose: Ich hätte nicht erwartet, dass das angesichts unserer Arbeitsmarktsituation so eintritt, wie es eingetreten ist. Es ist ein schieres Desaster, was Sie auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Matthias Moosdorf [AfD])

Es gab 50 000 Unternehmensinsolvenzen in den drei Jahren Ihrer Amtszeit, davon fast die Hälfte im letzten Jahr. Kein Wort von Ihnen dazu, was das für die Unternehmen bedeutet, was das für die Arbeitsplätze in Deutschland bedeutet.

(Zuruf der Abg. Leni Breymaier [SPD])

Aus Deutschland fließt Kapital in der Größenordnung von rund 100 Milliarden Euro im Jahr ab. Sie reden hier von einem Deutschlandfonds, Herr Bundeskanzler. Das Geld, das wir für die Investitionen in Deutschland brauchen, fließt mittlerweile regelmäßig ab. Es verlässt dieses Land. Hier findet eine Abstimmung mit den Füßen gegen Ihre Regierungspolitik statt, Herr Bundeskanzler. Sie nehmen die Wirklichkeit offensichtlich überhaupt nicht mehr wahr.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Johannes Fechner [SPD]: Blödsinn!)

(C) Die Volkswirtschaft unseres Landes, der Bundesrepublik Deutschland, ist mittlerweile Schlusslicht in der Europäischen Union; wir liegen auf dem letzten Platz. Unsere Wirtschaft schrumpft. Im dritten Jahr in Folge haben wir eine Rezession.

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden sich um Kopf und Kragen!)

Das hat es bis jetzt in der Nachkriegsgeschichte in Deutschland nicht ein einziges Mal gegeben. Einmal hatten wir zwei Jahre eine Krise, die einer Ihrer Amtsvorgänger – er hieß Gerhard Schröder – mit der Agenda 2010, die er auf den Weg gebracht hatte, wieder in den Griff bekam.

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In der CDU funktioniert nicht einmal der Dreisatz!)

Es wurden Arbeitsplätze geschaffen, und wir hatten wieder Wachstum in Deutschland. Bei Ihnen gibt es nichts dergleichen. Im Gegenteil, Sie wollen so weitermachen wie in den letzten Jahren.

(Beatrix von Storch [AfD]: Und Sie mit denen zusammen, Herr Merz!)

Es ist eine ernsthafte Bedrohung, was Sie heute Morgen hier zu diesem Thema gesagt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Saskia Esken [SPD])

Sie haben das Migrationsproblem angesprochen.

(Zuruf der Abg. Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]) (D)

Herr Bundeskanzler, in Ihrer Amtszeit sind zusätzlich 800 000 Asylbewerber nach Deutschland gekommen, womit Sie mittlerweile ein unlösbares Problem auf der kommunalen Ebene geschaffen haben.

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Güte! – Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kopf und Kragen, Kopf und Kragen!)

Aber statt konkret zu sagen, wie Sie es jetzt wirklich anders machen wollen, beschimpfen Sie in Ihrer Regierungserklärung vor zwei Wochen von dieser Stelle aus die bayerische Staatsverwaltung, dass sie nicht in der Lage sei, das Problem zu lösen.

(Zurufe von der SPD)

– Nein, das ist einfach unanständig, was Sie hier machen. – Es sind immer nur die anderen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Michael Kruse [FDP])

Und was wir von Ihnen hier hören, auch am Sonntagabend: Ich, ich, ich. Ich habe alles richtig gemacht. Nur alle anderen haben die Klugheit und die Intelligenz dieses Bundeskanzlers noch nicht verstanden und hinken hinterher und sind nicht in der Lage, die Probleme zu erfassen.

(Zuruf von der SPD: Das ist Ihr Niveau, Herr Merz!)

Friedrich Merz

- (A) Herr Bundeskanzler, das nimmt Ihnen in Deutschland niemand mehr ab.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Nico Tippelt [FDP])

Erlauben Sie mir einen Hinweis zu den Problemen der inneren Sicherheit in Deutschland, die weitgehend unbeobachtet und unbeachtet von der Öffentlichkeit geblieben sind. Im Jahr 2023 – die Zahlen für 2024 gibt es noch nicht; deswegen trage ich die Zahlen aus dem Jahr 2023 vor – mussten fast 17 000 Verfahren zu Kinder- und Jugendpornografie und Gewalt gegen Kinder endgültig eingestellt werden, weil Sie in Ihrer Koalition es nicht hinbekommen haben, die vom Europäischen Gerichtshof längst für zulässig erachtete Speicherung von IP-Adressen zu erlauben und den deutschen Ermittlungsverfahren hinzuzufügen. Herr Bundeskanzler, es ist eine Schande, dass dies mit der FDP, mit den Grünen und mit der AfD hier im Deutschen Bundestag nicht möglich wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn Sie in der SPD-Fraktion den Mut gehabt hätten, sich aus der Umklammerung der Grünen und der FDP herauszulösen, hätten Sie mit uns ein solches Gesetz in Deutschland längst machen können. Dann wäre die Speicherung der IP-Adressen möglich. Es wäre viel, viel Leid erspart geblieben, wenn wir diese Möglichkeit endlich auch in Deutschland hätten. Das haben Sie in dieser Koalition nicht hinbekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Andrea Lindholz [CDU/CSU]: Genau so ist es! – Lamyia Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihren Vorschlag haben wir ja gesehen!)

(B)

Und lassen Sie mich noch ein abschließendes Wort zu Europa sagen. Herr Bundeskanzler, es ist ja geradezu ein Treppenwitz, was Sie hier vortragen. Diese Bundesregierung ist so nachlässig im Umgang mit Europa gewesen wie keine vorher.

(Beifall bei der CDU/CSU – Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Ihren Grenzsicherungen schaffen Sie Europa ab!)

Haben Sie mal das Wort „German Vote“ gehört?

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erklären Sie es uns!)

Das war die Chiffre in Brüssel für die ständigen Enthaltungen der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland in den Ministerräten und im Europäischen Rat, weil Sie in Ihrer Koalition so zerstritten waren, dass Sie in der Regel nicht gewusst haben, wie Sie denn in Brüssel eigentlich abstimmen sollen.

(Manuel Höferlin [FDP]: Den gibt es seit acht Jahren!)

Es hat noch nie eine deutsche Bundesregierung so viel Kritik bekommen und so viel Verachtung gefunden in Brüssel wie diese gegenwärtige Bundesregierung.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Quatsch!)

Auch aus diesem Grunde wird es Zeit, dass Sie aufhören.

(Beifall bei der CDU/CSU – Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Testen Sie einmal Ihre Sprache!) (C)

Jetzt lassen Sie mich noch einmal etwas zur angeblichen Europarechtswidrigkeit und Verfassungswidrigkeit unserer Vorschläge sagen.

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat Ursula von der Leyen in der Europäischen Kommission festgestellt, Herr Merz! So viel zum Thema Europa!)

Herr Bundeskanzler, Sie leben ja in Brandenburg, in der Stadt Potsdam; das ist die Landeshauptstadt von Brandenburg.

(Beatrix von Storch [AfD]: Hören Sie mal gut zu! Da können Sie noch was lernen!)

Der Ministerpräsident dort hat einen Koalitionsvertrag abgeschlossen und hat noch im September des letzten Jahres zusammen mit allen Landräten einen Aufruf verfasst, wie mit dem Thema „Asyl und Grenzkontrollen“ umgegangen werden soll.

Ich lese Ihnen wörtlich vor:

„Gemäß Artikel 16a des Grundgesetzes haben Asylsuchende, die aus sicheren Drittstaaten einreisen, keinen Anspruch auf ein Asylverfahren in der Bundesrepublik Deutschland. Sie müssen bereits an der Grenze von der Bundespolizei zurückgewiesen werden ...“

(D)

Ende des Zitats.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der AfD und des Abg. Johannes Huber [fraktionslos] – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Dietmar Woidke, SPD-geführte Landesregierung in Brandenburg.

Herr Bundeskanzler, uns müssen Sie es ja nicht glauben; aber Ihrem eigenen Ministerpräsidenten sollten Sie es vielleicht glauben. Oder wird es erst dann verfassungswidrig, wenn wir es vorschlagen, und bleibt es verfassungskonform, wenn es aus Ihren eigenen Reihen vorgeschlagen wird? Das ist doch geradezu lächerlich, was Sie hier für ein Schauspiel aufführen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf der Abg. Saskia Esken [SPD])

Meine Damen und Herren, die Migrationspolitik erfordert eine klare Antwort. Wir haben versucht, sie zu geben.

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Versucht und gescheitert!)

Wir haben in der vorletzten Woche hier einen Gesetzentwurf zur Abstimmung gebracht,

(Beatrix von Storch [AfD]: ... der an der CDU gescheitert ist! Bereits an der CDU im Bundestag! Im Bundesrat erst recht!)

Friedrich Merz

(A) bei dem wir lange – vier Stunden lang – auch um die Zustimmung der Sozialdemokraten und der Grünen geworben haben. Ich will noch einmal zusammenfassen, was wir dort vorgeschlagen haben. Wir haben vorgeschlagen, das Wort „Begrenzung“ wieder in das deutsche Aufenthaltsgesetz einzuführen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Das wollten zwölf Mann aus Ihrer eigenen Truppe nicht! – Zurufe von der SPD)

– Wissen Sie, das stand bis Ende 2023 in diesem Gesetz.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum regen Sie sich eigentlich so auf, wenn ich vorschlage, dieses Wort wieder aufzunehmen? Es ist doch das Normalste der Welt, das wieder hineinzuschreiben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir haben vorgeschlagen, den Familiennachzug zu begrenzen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Das wollen aber Herr Wüst und Herr Günther nicht!)

Herr Bundeskanzler, zur Erinnerung: Das hatten wir schon einmal in einer gemeinsamen Koalition zwischen 2016 und 2018. Warum ist das, was wir mal gemeinsam verabredet hatten, heute verfassungswidrig?

Und schließlich: Wir wollten die Kompetenzen der Bundespolizei ausweiten. Das steht an drei verschiedenen Stellen in Ihrem Wahlprogramm. Was ist eigentlich so schwierig daran, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen?

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Was war daran eigentlich so schwierig, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion?

(Zuruf der Abg. Saskia Esken [SPD])

Dass die Grünen dem nicht zustimmen, das kann ich sogar verstehen, wenn sie eine Woche vorher auf ihrem Bundesparteitag noch beschließen, den Familiennachzug auszuweiten.

(Beatrix von Storch [AfD]: Mit denen müssen Sie hinterher regieren!)

Wenn sie das noch beschließen, kann ich verstehen, dass sie eine Woche später hier im Deutschen Bundestag nicht das Gegenteil beschließen wollen. Aber die Sozialdemokraten hatten es mit uns schon einmal beschlossen, und plötzlich soll es angeblich europarechtswidrig oder verfassungswidrig sein. Es ist geradezu lächerlich, was Sie hier für ein Schauspiel aufführen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, es geht auch in der Wirtschaftspolitik darum, jetzt wirklich eine grundlegende Kurskorrektur zu vollziehen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beatrix von Storch [AfD]: Mit wem wollen Sie denn das machen? Sagen Sie mal etwas dazu! – Gegenruf der Abg. Dr. Alice Weidel

[AfD]: Mit Herrn Habeck! Mit Herrn Klingbeil! (C)

Wir haben ein Sofortprogramm vorgeschlagen, das besagt, was wir machen können.

Darüber hinaus – ich will die drei Punkte ausdrücklich nennen – brauchen wir eine grundlegende Korrektur des Bürgergeldsystems, dieses sogenannten Bürgergeldes.

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das nennen Sie jetzt „Wirtschaftspolitik“?)

Ihnen müssten eigentlich die Zahlen auch geläufig sein: Meine Damen und Herren, wir haben 700 000 offene Stellen im Jahresdurchschnitt

(Zuruf der Abg. Dr. Daniela De Ridder [SPD])

und 1,7 Millionen Bürgergeldempfänger, die arbeiten könnten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Da stimmt doch etwas im System nicht. Und Sie wissen es natürlich, dass da was nicht stimmt. Wenn das alles gut wäre, dann müssten Ihnen die Herzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland zufliegen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Und Sie wissen, dass Sie es mit denen nicht ändern können, Herr Merz! Sie wissen es!)

Das Gegenteil ist der Fall. Diejenigen, die heute anständig arbeiten, stellen sich die Frage, warum eigentlich diese SPD-Bundestagsfraktion immer noch dafür sorgt, dass Nichtarbeit in Deutschland besser bezahlt wird als Arbeit. Das ist doch die Frage, die Sie beantworten müssen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Johannes Fechner [SPD]: So ein Blödsinn! – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt einfach nicht! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine grundlegende Steuerreform, Herr Bundeskanzler. Auch da: Das ist der blanke Sozialneid, es ist der Klassenkampf wie auf Juso-Bundeskongressen, den Sie hier vorgetragen haben.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Der Klassenkampf, genau!)

Wenn Sie mal genauso scharf nachrechnen würden bei dem, was Sie da vorschlagen: Herr Bundeskanzler, Sie müssten den Spitzensteuersatz auf bis zu 60 Prozent anheben, damit Sie das bezahlen können, was Sie da für die unteren und mittleren Einkommen versprechen.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Das ist doch gelogen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Sagen Sie mal! Ich kann es ja verstehen: Die Hälfte von Ihnen wird möglicherweise ab der übernächsten Woche nicht mehr dabei sein.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Schämen Sie sich! – Weitere Zurufe

Friedrich Merz

(A) von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber müssen Sie hier denn ein solches Theater aufführen? Meine Damen und Herren, wie nervös sind Sie eigentlich in der SPD-Bundestagsfraktion, dass Sie nicht einmal zwei Sätze lang zuhören können?

(Beifall bei der CDU/CSU – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ganz tiefes Niveau, Herr Merz! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Niveau der Debatte ist in den letzten 40 Minuten nicht besser geworden!)

Wir brauchen eine Steuerreform, die natürlich auch die Einkommensteuer umfasst. Und was Sie offensichtlich bis heute nicht zu verstehen bereit sind: Ein ganz großer Teil des Mittelstandes in Deutschland, ein ganz großer Teil des Handwerks und viele Personengesellschaften in Deutschland zahlen ihre Steuern nach der Einkommensteuer und nicht nach der Körperschaftsteuer. Wenn Sie diesen Steuersatz anheben, ist das das sicherste Programm, um den Mittelstand in Deutschland endgültig in die Knie zu zwingen, Herr Bundeskanzler. Das ist das, was Sie hier heute Morgen allen Ernstes vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir müssen uns über das Thema Innovation unterhalten. Unter Ihrer Führung – auch das haben Sie hier großzügig unterschlagen – ist Deutschland im Kreis der europäischen Mitgliedstaaten auf den Platz 22 zurückgefallen, was das Thema Digitalisierung betrifft. Herr Bundeskanzler, das war keine Fortschrittskoalition, die Sie geführt haben, das war der blanke Rückschritt.

(B)

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Von Rückschritt verstehen Sie was!)

Wir haben in einem der wichtigsten Technologiebereiche, nämlich im Bereich der Digitalisierung unseres Landes, keine Fortschritte erzielt, sondern – im Vergleich zu vielen anderen Ländern der Welt – dramatische Rückschritte.

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau, und unter Seehofer war alles besser!)

Es gehört dazu, dass wir das Thema „künstliche Intelligenz“ anpacken, dass wir Unternehmen fördern, die mit diesen Technologien arbeiten, Unternehmen ermutigen und ermuntern. Das, was Sie zurzeit machen, ist: Sie treiben junge Leute aus dem Land und sorgen dafür, dass es kaum Unternehmensgründungen gibt, die auf Dauer in Deutschland bleiben. Das ist doch der Befund.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die gehen nach England, die gehen in die Schweiz, die gehen nach Großbritannien, aber sie bleiben nicht in Deutschland.

Und jetzt überlegen Sie mal einen kurzen Augenblick: Stellen Sie sich vor, ein junger Unternehmer oder eine junge Gründerin hätte diese Rede von Ihnen heute Morgen gehört. Glauben Sie im Ernst, dass sie sich ermutigt fühlen, in Deutschland zu bleiben?

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Ja, sicher! Natürlich!)

(C)

Meine Damen und Herren, das ist das gegenteilige Programm von dem, was wir für junge Unternehmen in Deutschland eigentlich brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Start-ups werden grün, Herr Merz! – Saskia Esken [SPD]: Waren Sie eigentlich auch in Paris, Herr Merz?)

Und das, meine Damen und Herren, können Sie nun nicht der Opposition vorwerfen.

Aber vielleicht erlauben Sie mir, dass ich noch ein Wort zur AfD sage.

(Zuruf von der SPD: Oh nein! – Gegenruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD]: Oh ja! – Dr. Johannes Fechner [SPD]: Ihre neuen Freunde! – Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Bundeskanzler, ich habe zur AfD alles Notwendige gesagt.

(Saskia Esken [SPD]: Gesagt und getan! – Tino Chrupalla [AfD]: Reden Sie mal über die Zukunft! – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vor allem haben Sie mit denen abgestimmt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Aber wenn Sie es immer noch nicht verstanden haben, dann will ich es hier noch einmal wiederholen – Sie wissen das natürlich – –

(Beatrix von Storch [AfD]: Zurückweisungen an der Grenze haben Sie zur Gewissensfrage gemacht! Zur Gewissensfrage! – Zurufe von der SPD)

(D)

Präsidentin Bärbel Bas:

Kolleginnen und Kollegen, es ist besser, wenn wir uns hier gemeinsam zuhören. Das würde uns wahrscheinlich insgesamt weiterhelfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Im Moment hat Herr Merz das Wort. Ansonsten können Sie gerne Zwischenfragen stellen.

Friedrich Merz (CDU/CSU):

Ich habe hier zum Thema AfD das Notwendige gesagt. Aber wenn Sie es immer noch nicht verstanden haben, will ich es gerne noch einmal wiederholen: Eine Zusammenarbeit von uns mit der AfD kommt nicht infrage.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie kommt nicht infrage, und dabei wird es natürlich auch bleiben. Sie wissen das natürlich auch, und auch der Bundeskanzler weiß es. Herr Bundeskanzler, das ist ein Popanz, den Sie hier aufbauen. Wissen Sie, was ein Popanz ist? Das ist eine Kunstfigur, mit der man versucht, Menschen Angst zu machen.

(Zurufe von der SPD)

Friedrich Merz

- (A) Es ist ein Popanz, den Sie hier aufbauen, und Sie wissen natürlich, dass es so ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Aber eines sollten Sie vielleicht auch zur Kenntnis nehmen. Die schwerste Hypothek, die wir aus dieser Wahlperiode mitnehmen, ist die mögliche Tatsache, dass sich diese Fraktion mit den Wahlen am übernächsten Sonntag fast verdoppeln wird.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Ja!)

– Ja, da mögen Sie jubeln. Sie haben hier mit 10,4 Prozent der Stimmen angefangen.

(Tino Chrupalla [AfD]: Sie wollten uns halbieren!)

Jetzt liegt die AfD in den Umfragen bei um die 20 Prozent. Herr Bundeskanzler, das liegt nicht an der Opposition.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch!)

Das ist das Ergebnis Ihrer Regierungspolitik, der Politik von SPD, Grünen und FDP, dass das so stattfinden könnte am übernächsten Sonntag.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das ist Ihr Ergebnis, dass diese Umfragen auf dieses Niveau angestiegen sind.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU)

(B)

Präsidentin Bärbel Bas:

Herr Merz, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Friedrich Merz (CDU/CSU):

Nein. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt nicht nur den 23. Februar; es gibt auch den 24. Februar.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah! – Dr. Johannes Fechner [SPD]: Wow!)

– Ja, den gibt es auch. – Sie haben jetzt drei Jahre lang versucht, in Deutschland linke Politik zu machen gegen den erkennbaren Mehrheitswillen unserer Bevölkerung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das können Sie, egal wie die Bundestagswahl ausgeht, ab der übernächsten Woche hier nicht mehr fortsetzen.

(Zurufe von der SPD)

Und wir werden möglicherweise miteinander reden müssen.

Ich will Ihnen nur eine Einschätzung für die nächste Wahlperiode geben.

(Zuruf von der SPD: Peinlicher Auftritt!)

Meine Damen und Herren, die nächste Regierung bzw. die nächste parlamentarische Mehrheit für eine Regierung hier im Deutschen Bundestag

(Beatrix von Storch [AfD]: Das wird ein Spaß!) (C)

wird möglicherweise eine der letzten Chancen haben, die großen Probleme, die wir in unserem Lande haben, gemeinsam – –

(Zurufe von der SPD)

– Darf ich noch einmal auf diese Zwischenrufe eingehen?

(Zurufe von der SPD und der AfD)

Ich wollte Ihnen das eigentlich ersparen, aber, meine Damen und Herren, ich will das vielleicht doch noch mal in Erinnerung rufen: Sie haben in dieser Wahlperiode in den Deutschen Bundestag – ich habe mir die Zahlen noch mal geben lassen – ungefähr 350 verschiedene Gesetzentwürfe eingebracht.

(Awet Tesfaiesus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was haben Sie denn gemacht?)

– Ja, ich sage es Ihnen; deswegen spreche ich hier. – Wir haben von diesen Gesetzentwürfen Ihrer Koalition genau 192 Gesetzentwürfen zugestimmt. Das ist mehr als die Hälfte gewesen.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Wow! Super Regierung!)

Von den Gesetzentwürfen, die wir hier in den Deutschen Bundestag eingebracht haben, haben Sie nicht einem einzigen zugestimmt. Nicht einem einzigen!

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD)

Hören Sie auf, uns hier im Deutschen Bundestag den Vorwurf zu machen, dass wir nicht bereit gewesen wären, mit Ihnen zusammenzuarbeiten! (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Von uns haben Sie alles abgelehnt; Ihren Vorschlägen haben wir mehr als zur Hälfte zugestimmt. Eine konstruktivere Opposition als die, die wir in den letzten drei Jahren Ihrer Politik gegenüber waren, werden Sie nicht noch einmal finden,

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD)

obwohl wir vieles von dem, was Sie hier vorgetragen haben, einfach nicht geteilt haben.

(Zurufe von der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, ich sage es noch mal zum Abschluss: Wir werden in der nächsten Wahlperiode eine Regierung und eine parlamentarische Mehrheit brauchen, die es ermöglichen,

(Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nach 20 Minuten wissen wir immer noch nicht, was Sie vorhaben! – Bernhard Herrmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt Ihr Plan!)

den großen Herausforderungen unseres Landes wirklich zu begegnen: in der Migrationspolitik, in der Wirtschaftspolitik und in der Innenpolitik.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Mit der SPD?)

Friedrich Merz

- (A) Und wenn das nicht gelingt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann werden wir es nicht mehr nur mit 20 Prozent Rechtspopulismus zu tun haben.

(Beatrix von Storch [AfD]: Korrekt! Jetzt haben Sie mal recht! Grüße aus Österreich!)

Dann werden eines Tages die Rechtspopulisten nicht nur eine Sperrminorität hier im Bundestag haben, die keine Verfassungsänderungen mehr ermöglicht; dann werden sie möglicherweise in die Nähe der Mehrheit kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Diese Verantwortung tragen alle demokratischen Parteien der politischen Mitte unseres Landes. Auch Sie!

(Beatrix von Storch [AfD]: Hauptsache Schuldenbremse! Dann ist alles gut! – Zurufe von der SPD)

Deswegen sage ich es Ihnen noch einmal: Es gibt den 23. Februar; bis dahin werden wir um die Mehrheit in unserem Lande hart kämpfen. Aber es gibt auch den 24. Februar, und dann sollten die, die da rechts rumschreien, nicht noch stärker werden,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das entscheidet der Wähler!)

sondern dann sollten wir in der breiten politischen Mitte unseres Parlaments in der Lage sein, die Probleme unseres Landes zu lösen,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) und zwar so zu lösen, dass der Populismus in unserem Land, sei er von links oder sei er von rechts, nicht noch stärker wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist eine Verantwortung, der Sie sich nicht entziehen können und der wir uns auch nicht entziehen werden, meine Damen und Herren. Vor dieser Aufgabe stehen wir spätestens in der übernächsten Woche.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall des Abg. Wolfgang Kubicki [FDP] – Abgeordnete der CDU/CSU erheben sich)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die Bundesregierung der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! So reden wir hier miteinander, gucken zurück, beschäftigen uns mit den letzten drei Jahren, verfallen in die Oppositionsrituale oder analysieren die Vergangenheit.

Sehr geehrte Damen und Herren, die meisten hier in diesem Raum werden wissen, wen sie am 23. Februar wählen. Wobei: Ich höre Stimmen aus Union und FDP, dass einige noch überlegen, wie sie diesmal abstimmen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD) (C)

und das ist ja auch richtig.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Er hört Stimmen! Mein Gott!)

Dennoch wird bei dieser Wahl nicht über die Vergangenheit entschieden,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Ich glaube, auch!)

sondern darüber, wie wir die Zukunft gestalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, bei dem Duell zwischen dem Bundeskanzler Olaf Scholz und Friedrich Merz fehlte jemand. Das war die Zukunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es fehlte die Zukunft, und es fehlten die Themen der Zukunft. Dafür kann man nur begrenzt was, wenn man gefragt wird. Aber heute wäre die Gelegenheit gewesen, jedenfalls einige der Zukunftsthemen selbstbestimmt zu benennen. Und ich möchte vielleicht mit *dem* Zukunftsthema beginnen, das heute wieder fehlte: dem Schutz des Klimas bzw. dem Kampf gegen die globale Erderwärmung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der AfD: Oh!)

Und weil ich dieses animalische Gurren der AfD-Fraktion voraussehen konnte, sehr geehrte Damen und Herren, (D)

(Beatrix von Storch [AfD]: Können nicht mal Milch einkaufen, aber wollen das Weltklima retten!)

möchte ich einordnend sagen, worüber wir reden, wenn wir Klimaschutz sagen. Ich zitiere mit Verlaub und Erlaubnis der Präsidentin den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021,

(Zuruf von der AfD: Aber nicht falsch zitieren!)

das in seiner Entscheidung ausführte, dass die Menschen – Zitat – „in ihren Freiheitsrechten verletzt“ werden, wenn – Zitat weiter – die „hohen Emissionsminderungslasten“ unumkehrbar „auf Zeiträume nach 2030 verschoben“ werden. Es führte weiter aus, dass „potenziell ... jegliche Freiheit“ betroffen sein wird, „weil ... nahezu alle Bereiche menschlichen Lebens ... von drastischen Einschränkungen bedroht“ wären.

(Zurufe von der FDP und der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie müssen nicht die Grünen wählen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der CDU/CSU und der AfD)

Aber mit Respekt vor unserem Verfassungsorgan und in Erinnerung daran, wo wir in diesem Land schon einmal waren,

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Bundesminister Dr. Robert Habeck

(A) sage ich: Verkennen Sie nicht, welche fundamentale Aufgabe dieser politischen Generation zugeschrieben ist!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beatrix von Storch [AfD]: Aber mit Schuldenbremse!)

Bei all den anderen Themen, die wichtig sind: Wenn wir als Land, als politische Generation nicht unseren Beitrag leisten, um die globale Erderwärmung einzudämmen, dann werden wir als politische Generation nicht nur gegenüber den Freiheitsrechten der *künftigen* Generation, sondern auch der Menschen in dieser unserer Zeit versagt haben.

(Zurufe von der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, bei dieser Bundestagswahl – anders als bei der Wahl 2021 – steht die Richtungsentscheidung zur Wahl, ob wir gegenüber dieser historischen Aufgabe standhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Denn 2021 – ich habe gerade die Pressemitteilung vorgelesen – gab es noch einen Konsens innerhalb der demokratischen Parteien, dass wir die Ziele nicht infrage stellen. Wir stritten darüber, ob man die Ziele nur wie eine Monstranz vor sich herhält oder anfängt, dafür zu arbeiten: Ausbau der erneuerbaren Energien,

(Beatrix von Storch [AfD]: Abbau der Industrie! Stahlindustrie zerstören!)

(B) zusehen, dass wir den Verkehr klimaneutral hinbekommen, dass wir das Heizen klimaneutral hinbekommen. Ich erinnere daran, dass, als ich Minister wurde, Gasheizungen noch mit staatlichen Subventionen gefördert wurden. Das war das Erbe, das ich übernommen habe. Aber wir waren in den Zielen einig.

Sehr geehrte Damen und Herren, das gilt nicht für die Wahl am 23. Februar; denn offen stellen FDP und Union – von der AfD will ich gar nicht reden – allein schon die Ziele infrage.

(Christian Lindner [FDP]: Nein! Nein! Nein!)

Die Ziele des Klimaschutzes werden infrage gestellt aus Angst vor der Mühsal, sich der Arbeit der Umsetzung des Klimaschutzes zu stellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich frage Sie: Welche Regierung wollen Sie haben? Wollen Sie eine Regierung, die Angst hat, die Arbeit zu machen, und sagt: „Nein, das ist zu anstrengend, wir weichen der Debatte aus“? Oder wollen Sie eine Regierung, die, obwohl sie weiß, dass es anstrengend ist, die konkreten Probleme angeht und löst?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, die Wahl kann an dieser Stelle nicht offen sein. Wir können kein Land sein, das von Leuten regiert wird, die Sorge haben, Probleme anzufassen, nur weil dann Gegenwind kommt oder konkrete Fragen schwer zu beantworten sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Rolf Mützenich [SPD]) (C)

Schwer zu beantworten sind sie ohne Frage; aber wer will denn Politiker haben, die diesen Fragen dann ausweichen?

(Jörn König [AfD]: Herr Minister, Sie machen hier Wahlkampf, oder?)

Sehr geehrte Damen und Herren, die USA sind aus dem internationalen Klimaschutzabkommen ausgetreten oder werden austreten.

(Jörn König [AfD]: Sie reden im Grunde nur über Wahlkampf!)

Das ist ein Schlag gegen den globalen Klimaschutz – ohne Frage. Aber in gewissem Sinne war die Weltgemeinschaft darauf vorbereitet.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Wir haben mit den amerikanischen Bundesstaaten Absprachen getroffen und Allianzen gebildet. Es gibt ein Stück weit eine finanzielle Vorsorge. Die Weltgemeinschaft wird es überstehen, wenn die USA sich drei Jahre nicht am globalen Klimaschutz beteiligen. Es ist ein Schlag, ohne Frage; aber wir werden es überstehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD])

Nur wenn Deutschland am 23. Februar den Klimaschutz abwählt, wenn Deutschland eine Regierung wählt, die sich nicht in den Dienst der Sache stellt, die ankündigt, die Klimaschutzziele nicht einhalten zu wollen, dann wird Europa seine Klimaschutzziele nicht einhalten wollen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn Europa umfällt, dann ist es vorbei mit dem globalen Klimaschutz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Kein Bundeskanzler, kein Klimaschutzminister, kein Kommissar kann dann mehr nach Indien, Indonesien oder China fahren und sagen: Leute, verbrennt mal weniger Kohle, macht mal mehr erneuerbare Energien! – Die werden uns den Vogel zeigen und sagen: Was seid ihr denn für Pfeifen? Ihr habt gerade eure eigenen Klimaschutzziele abgewählt.

(Zurufe von der AfD)

Deswegen: Sorgen wir dafür, dass nicht Handlungslosigkeit am 23. das Mandat bekommt, sondern der Einsatz für den Kampf für die Freiheitsrechte

(Zuruf von der AfD)

der kommenden Generationen und der Menschen in diesem Land, so wie wir es schon einmal verabredet haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Und deswegen: Glauben Sie nicht, dass wir zurückfallen sollten in eine Debatte, die schon längst überwunden ist, dass nämlich Klimaschutz den ökonomischen Aufschwung gefährdet.

Bundesminister Dr. Robert Habeck

(A) (Hermann Gröhe [CDU/CSU]: So wie Sie!)

Das Gegenteil ist doch der Fall.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Und deswegen ist diese Debatte so verräterisch, wenn jetzt zum Beispiel über die Verkehrspolitik – das ist ja der Bereich, der am meisten liefern muss – geredet wird und dann unter Zuhilfenahme fadenscheiniger Vokabeln wie Technologieoffenheit gesagt wird,

(Beatrix von Storch [AfD]: Die ganzen Geschichten schreiben Sie in Kinderbücher rein! Da ist das gut aufgehoben! – Weiterer Zuruf von der AfD: Die Empörung wegen Windrädern!)

dass wir die Zulassung – denn darum geht es – eines fossilen Verbrennungsmotors in der Zukunft doch wieder möglich machen wollen.

(Zuruf von der AfD: Was ist mit Diesel?)

Sehr geehrte Damen und Herren, es geht um Folgendes: Wenn Sie sich im Dezember 2034 ein schickes Dieselfahrzeug kaufen, dann können Sie das machen. Darum geht es überhaupt nicht. Es geht darum, dass nach 2035 – nur in der Neuzulassung! – die Fahrzeuge klimaneutral sein sollen, also egal welche Technik!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und jetzt frage ich Sie einmal, mal weg vom Klimaschutz: Wie wenig trauen Sie eigentlich der deutschen Automobilindustrie zu? Dass sie es in zehn Jahren nicht schaffe, leistungsfähige Fahrzeuge auf den Weltmarkt zu bringen, die klimaneutral sind?

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist doch Blödsinn! – Zuruf des Abg. Christian Dürr [FDP] – Weitere Zurufe von der CDU/CSU, der FDP und der AfD)

Was ist denn das für eine Haltung? Es ist die gleiche Bummeligkeit und Dösigkeit, die Deutschland in diese strukturelle Wachstumskrise reingeführt hat.

Schauen Sie sich den Weltmarkt an, und schauen Sie sich die Zulassungszahlen an. Der wertvollste Automobilkonzern ist ein amerikanischer Elektrokonzern. Er ist so wertvoll, dass alle anderen, die deutschen, die europäischen, die japanischen und die chinesischen Automobilkonzerne, in ihn hineinpassen.

(Zuruf des Abg. Christian Lindner [FDP])

Die Wachstumsraten sind bei den chinesischen Elektroautomobilen enorm. Und Sie sagen den Deutschen und den Automobilkonzernen: „Lasst euch mal mehr Zeit! Wir können doch den fossilen Verbrennungsmotor optimieren“?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Man sollte vielleicht die Wirtschaft mal fragen! – Zuruf des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD] – Weiterer Zuruf von der AfD: Wir haben das gut gemacht!)

– Ja, ja, ja, ich kann mich dran erinnern. Als klar wurde, dass wir in Zukunft große Datenmengen in Deutschland transportieren müssen, da gab es drei Verkehrsminister – ich will ja diesen freundlichen Vormittag nicht zerstören,

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

aber da gab es drei Verkehrsminister von der CSU: Ramsauer, Dobrindt und Scheuer –, die den Deutschen eingeredet haben: Ja, es kommen große Datenmengen. Wisst ihr was? Wir müssen die Kupferkabel optimieren. – Die Kupferkabel optimieren!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Und es sind die gleichen Vögel, die uns jetzt sagen: Wir müssen die Ölheizungen optimieren, um damit weltmarktfähig zu sein,

(Zuruf des Abg. Christian Dürr [FDP])

und den Verbrennungsmotor optimieren. Und Jens Spahn faselt was von grünem Öl und Wasserstoffheizung. Sehr geehrte Damen und Herren, fallen Sie nicht ein zweites Mal darauf rein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen mehr Geschwindigkeit, mehr Entschiedenheit, mehr Zukunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Jens Spahn [CDU/CSU]: Wer ist denn Wirtschaftsminister?)

Und damit bin ich bei dem Sofortprogramm der Union, die sich ja immer darüber echauffiert, dass wir anreizen, Batterieproduktion und Halbleiterproduktion hier in Europa zu bauen – das sind die Zukunftstechnologien –, das aber mit dem Begriff „Subvention“ verkleistern.

(Jörn König [AfD]: 600 Milliarden!)

Nun, Sie versprechen ja auch Subventionen in Ihrem Sofortprogramm, nämlich die Absenkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ja!)

und die Wiedereinführung der vollen Subventionierung des Agrardiesels. Kostet Milliardensummen, sind Subventionen. Zugleich aber kein Wort zum Hochlauf von künstlicher Intelligenz, kein Wort zu Zukunftstechnologien wie Quantencomputing, kein Wort dazu, dass der Staat mal anfängt, eine Cloud-Infrastruktur in Europa, in Deutschland zu nutzen und die Daten des Staates nicht auf amerikanischen Servern zu lagern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Und dann beanspruchen Sie hier Wirtschaftskompetenz? Das ist alles nur die Wiederholung der 80er-Jahre – die Wiederholung der 80er-Jahre! Das ist zutiefst unernst und zutiefst ahnungslos an dieser Stelle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Was wir brauchen, ist

(Jens Spahn [CDU/CSU]: ... Wachstum!)

(C)

(D)

Bundesminister Dr. Robert Habeck

- (A) Zukunft und Mut für die Zukunft. Zukunft heißt Klimaschutz, Zukunft heißt entschiedenes Arbeiten für die neuen Technologien, eine Allianz für künstliche Intelligenz, das autonome Fahren auf die Straßen bringen,

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Chiptechnologie!)

und zwar auf der Basis der europäischen, der deutschen Werteordnung, damit wir uns nicht abhängig machen von den amerikanischen und den chinesischen Konzernen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Sie denken daran, dass der Agrardiesel das größte ökonomische Problem ist. Kein Wort zu all dem, was ich eben skizziert habe, in Ihrem Sofortprogramm Wirtschaft.

Sehr geehrte Damen und Herren, der zweite oder der dritte Punkt,

(Zuruf von der AfD: Was nun, der zweite oder der dritte? – Zuruf des Abg. Christian Dürr [FDP])

an dem es um die Entscheidung über die Zukunft geht, ist der Bildungsbereich. Er ist weder bei der TV-Debatte noch heute hier mit irgendeinem Wort erwähnt worden. Wir haben einen Investitionsstau nur in den Bildungsgebäuden von 55 Milliarden Euro.

(Zurufe der Abg. Patrick Schnieder [CDU/CSU] und Christian Dürr [FDP])

55 Milliarden Euro Investitionsstau in den Schulen, in den Kitas. Es werden absehbar 100 000 Lehrkräfte in den Schulen und in den Kitas fehlen. Die Zahl der Analphabeten, die die Schule verlassen, steigt wieder. 13 Prozent eines Jahrganges – das ist über dem europäischen Durchschnitt – verlässt die Schule, ohne eine Berufsqualifizierung zu haben.

- (B)

(Zuruf des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU])

Sehr geehrte Damen und Herren, das ist die Zukunftsaufgabe. Hier wird Gerechtigkeit organisiert! Und Sie schweigen dazu, Sie reden nicht darüber.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen ein großes Investitionsprogramm für die Schulen und für die Kitas auflegen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Die brauchen nicht mehr Geld, die brauchen mehr Kinder, die deutsch sprechen, auch in der Schule!)

Wir müssen uns zusammenfinden und auch die Frage stellen, ob das, was wir uns mal überlegt haben in einer anderen Zeit, in einer anderen Welt, dass nämlich die Bundesebene nicht in den Bildungsbereich hineinfinanzieren kann, richtig ist. Ich sage: Das ist nicht richtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen sofort eine Runde mit den Ministerpräsidenten, mit den Bildungsministern, um zu sagen: Wie überwinden wir dieses massive Problem?

Und ja, dafür werden wir Geld brauchen. Das fällt nicht unter Investitionen, das sind normale konsumtive Aufgaben des Staates, also Aufgaben, die wir leisten müssen. Deswegen wiederhole ich hier meinen Vor-

schlag: Wegen der überragenden Bedeutung von Bildung für Gerechtigkeit und für den Zusammenhalt einer Gesellschaft und weil Bildung den Aufstieg auch zu beruflichem Fortkommen sichert, macht es doch Sinn, die Superreichen, die Milliardäre der Welt, ein Stück weit für die Finanzierung dieser Bildungsaufgabe heranzuziehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Der Welt? Der ganzen Welt? – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Elon Musk in Deutschland?)

– Ja, ja. Natürlich setzt eine internationale Milliardärsbesteuerung, wie von der G 20 vorgeschlagen,

(Zurufe von der CDU/CSU)

voraus, dass wir eine internationale Einigung erzielen. Und selbstverständlich gehe ich davon aus, dass Donald Trump und Elon Musk nicht dafür sind.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Sie könnten ja auch selbst davon betroffen sein. Aber ich erwarte von einer nächsten Bundesregierung, dass sie sich jedenfalls dafür einsetzt,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Dorothee Bär [CDU/CSU])

dass sie nicht sich in die Büsche schmeißt, sondern dafür arbeitet, dass die Welt gerechter wird und wir die Möglichkeiten für Bildungsfinanzierung in Deutschland haben.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Menschenkinder! Wirtschaft! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Wo ich bei Bildung und sozialer Gerechtigkeit bin – der Bundeskanzler hat es schon ausgeführt –:

(Zuruf des Abg. Christian Dürr [FDP])

Die dritte entscheidende Weiche, wirklich eine fundamentale Weiche, die bei der Bundestagswahl gestellt wird, ist: Wie gerecht geht es in Deutschland in Zukunft zu? – Die Stichworte, die ich Ihnen für meine Partei, für mich geben kann,

(Olav Gutting [CDU/CSU]: Wachstum!)

beziehen sich darauf, dass wir die unteren Haushaltseinkommen entlasten wollen, diejenigen, die es nötig haben, über verschiedene Maßnahmen.

Fangen wir mal mit dem 49-Euro-Ticket an, das schon mal eine gute Klimaschutzmaßnahme ist,

(Christian Lindner [FDP]: Hat nichts gebracht!)

weil wir damit die Attraktivität des ÖPNV deutlich stärken; so ist es ja auch mal eingeführt worden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es ist natürlich auch eine super sozialpolitische Maßnahme. Und dass jetzt eine eingeführte, funktionierende sozialpolitische Maßnahme als Allererstes von der

Bundesminister Dr. Robert Habeck

(A) Union infrage gestellt wird, indem sie jetzt auch noch das 49-Euro-Ticket oder das Deutschlandticket abschaffen will, aber auf der anderen Seite die Millionäre und die Supereinkommen entlasten will, das erzählt doch schon die ganze Geschichte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Außerdem wollen wir das Elterngeld anheben. Das Elterngeld ist noch nie angehoben worden, ist noch nie angepasst worden.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ihr habt es doch gekürzt!)

Der Mindestbetrag und auch die Maximalsumme würde eine durchschnittliche Familie zwischen 1 200 und 7 200 Euro im Jahr besserstellen – eine dringend erforderliche Maßnahme.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So sorgen wir dafür, dass insgesamt mit den Maßnahmen Familien im unteren Einkommensbereich um bis zu 1 000 Euro pro Jahr entlastet werden.

Entlastung für die Familien, für diejenigen, die das Geld dringend brauchen, oder Entlastung für diejenigen, die es nicht so dringend brauchen: Das ist die Entscheidung, die Deutschland zu treffen hat – eine klare Weichenstellung, eine klare Entscheidung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ein politisches Totalversagen Ihrer Familienministerin!)

(B)

Und wir können diese Entlastung vornehmen, weil wir in vielen Bereichen erfolgreich waren. Dass wir den Strom günstig machen können,

(Lachen bei Abgeordneten der FDP und der AfD)

dass wir Netzentgelte rausnehmen, Steuern rausnehmen können – und das wollen ja alle Parteien der politischen Mitte in der Zukunft –,

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Warum haben Sie es denn nicht gemacht?)

liegt ja daran, dass der Strom jetzt in weiten Teilen nicht mehr fossil produziert wird.

(Zurufe der Abg. Beatrix von Storch [AfD] und Torsten Herbst [FDP])

Wir sind bei knapp 60 Prozent erneuerbarem Strom im Energiesystem. Ein Ergebnis von harter politischer Arbeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ja, ich würde diese Rede nicht halten, wenn wir Ihre dösige Politik à la „Je mehr man Kohlestrom verbraucht, desto besser“ fortgesetzt hätten. Das ist doch Unsinn!

(Beatrix von Storch [AfD]: Genau das ist gerade passiert! – Zuruf des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU])

(C) Jetzt sind wir bei knapp 60 Prozent. Die Genehmigungen für die nächsten 10, 15 Prozent sind ja schon längst erteilt. Jetzt, wo der Strom grün geworden ist, jetzt können wir ihn günstig machen.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Je mehr Insolvenzen, desto weniger CO₂!)

Aber es ist Resultat der harten Arbeit der Vergangenheit.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Christian Dürr [FDP]: Und jetzt kommt die Kugel Eis!)

Und deswegen: Alles läuft darauf hinaus, dass wir uns unseren Erfolg selbst erarbeiten können.

Friedrich Merz hat recht: Nach dem 23. Februar kommt der 24. Februar. Aber er hat unrecht, wenn hier Oppositionsreden gehalten werden mit Konzepten, die nicht gegenfinanziert sind,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

mit Angeboten von anderen, die überhaupt nicht zur Wirklichkeit passen. Das riecht alles nicht nach Arbeit, sondern nur nach Wiederholung dessen, was man schon immer geglaubt und gemacht hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der letzte Punkt für die Zukunft, den ich konkret machen möchte, ist eine Anmerkung zu der Debatte der letzten 14 Tage. (D)

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Können wir mal was zur Rezession hören? Zur Wirtschaft? Zum Wachstum?)

Und ja, die Argumente sind ausgetauscht worden: Wir brauchen mehr Einsatz für die Sicherheit, wir brauchen ein europäisches Asylsystem, wir brauchen Steuerung und auch Begrenzung.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh! – Zuruf von der AfD: Lüge!)

Aber wir brauchen auch – und das ist überhaupt nicht diskutiert worden – die Integration der Menschen, die hier sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Nina Warken [CDU/CSU])

Wir brauchen, in großen Lettern geschrieben, die Überschrift „Deutschland ist ein weltoffenes Land“.

(Zuruf von der AfD: So ein Quatsch!)

Wir sind auf Zuwanderung angewiesen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und die Menschen, die zu uns gekommen sind, weil sie geflohen sind vor elenden Situationen in ihren Herkunftsländern, die nun mal hier sind, sollen raus aus den Sozialsystemen, hinein in die Arbeit.

Bundesminister Dr. Robert Habeck

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Martin Reichardt [AfD])

Wir haben viel zu wenig über die Ausstattung der Kommunen und die Integration der Menschen geredet.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Parallelgesellschaften!)

Das ist eine große, große Lücke in der Diskussion der letzten 14 Tage,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Weil es einfach nicht funktioniert!)

eine Lücke, die sich in der Zukunft bitter rächen wird, wenn sie nicht politisch geschlossen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Wer war denn in der Regierung in den letzten drei Jahren?)

Sehr geehrte Damen und Herren, es geht um Folgendes: Stehst du zum Klimaschutz oder verschiebst du die Ziele? Stehst du zum sozialen Ausgleich

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Wie stehst du zum Wachstum und zur Rezession?)

und kämpfst du dafür, dass diejenigen, die es nötig haben, unterstützt werden, oder willst du den Reichen mehr Reichtum gönnen?

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Sagt der Wirtschaftsminister!)

- (B) Wie sorgen wir dafür, dass das Land durch Investitionen in die Bildung zusammengehalten wird? Das sind für sich genommen schon drei starke Gründe für eine klare Wahlentscheidung.

Nun kommt mit Blick auf die Diskussion der letzten Wochen noch ein vierter Grund dazu, der allgemein ist. Es geht nämlich um die Frage: Verstehen wir, wie wichtig diese erste Wahl nach der Inauguration von Donald Trump ist? Jenseits der einzelnen Themen, über die wir streiten mögen, muss diese Wahl ein klares Signal setzen, dass Deutschland in Europa nicht dem Populismus hinterherläuft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Probleme lösen!)

Wir werden den rechten Populismus weder in Deutschland noch in Europa besiegen, indem wir uns seine Methodik zu eigen machen. Und genau das droht zu passieren.

(Zuruf des Abg. Martin Reichardt [AfD])

Das ist deswegen bedeutsam, weil die verschiedenen Konflikte, die verschiedenen Krisen, die wir zu bestehen und zu bewältigen haben – der Angriff Russlands auf die Ukraine, das Vordrängen von China mit aggressiven Mitteln auf die Märkte, der – wie soll ich sagen – technologische Autokratismus, der sich um Donald Trump herum bildet –, eines gemeinsam haben, so unterschiedlich diese autokratischen Regime oder Regierungen auch sein mögen:

(Zuruf des Abg. Jens Spahn [CDU/CSU])

Es geht ihnen immer darum, Macht zu entgrenzen, Macht grenzenlos auszuüben. Und das, sehr geehrte Damen und Herren, entspricht nicht der Rechtsordnung und der demokratischen Ordnung, die wir uns in den letzten Jahrzehnten aufgebaut haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die soziale Marktwirtschaft heißt soziale Marktwirtschaft, weil der unternehmerische, ökonomische Erfolg nicht nur die Macht und den Reichtum des Einzelnen mehren soll, sondern auch den Laden Deutschland zusammenhalten soll.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Eine Nation, kein Laden!)

Dieses Konzept wird angegriffen durch die Politik von Donald Trump. Die europäische Friedensordnung ist eine Friedensordnung, weil sie nicht zulässt, dass, weil man militärische Macht hat, man einfach Länder überfallen und sich Gebiete unter den Nagel reißen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das Vordrängen auf die Märkte wird eingedämmt durch eine internationale Ordnung, die erst von China und jetzt von den USA infrage gestellt wird.

(Lachen des Abg. Matthias Moosdorf [AfD])

Worum es geht und was zum fundamentalen Verständnis gehört, ist, dass eine liberale Demokratie Regeln braucht, Regeln, um Macht zu begrenzen. Und über diese Regeln diskutieren wir. Aber was Europa und Deutschland jetzt bedroht, ist eine Regellosigkeit – kommend von verschiedenen Regierungen, kommend aus verschiedenen Richtungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir das nicht erkennen, sondern glauben, man kann ein bisschen regelloser sein, dann werden wir die Ordnung, die wir hier aufgebaut haben – die soziale Marktwirtschaft, die liberale Demokratie –, nicht halten.

(Zurufe von der AfD)

Vor all die konkreten politischen Themen, die zur Abstimmung stehen, ist diese Frage gelagert: Haben wir verstanden, wie wichtig diese Wahl ist? Setzen wir ein klares Zeichen, dass wir rechten Populismus nicht mit den Mitteln des rechten Populismus besiegen werden,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

sondern nur mit dem Besinnen auf unsere eigenen demokratischen Grundwerte!

Vielen Dank. Gute Wahlentscheidung!

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abgeordnete des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erheben sich – Jens Spahn [CDU/CSU]: Prost! Können wir wieder was zur Wirtschaft hören? – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das war auf jeden Fall lustig!)

(A) Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die FDP-Fraktion Christian Lindner.

(Beifall bei der FDP)

Christian Lindner (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Vor gut 100 Tagen ist die Regierung Scholz gescheitert. Vorgeblich ging es um 15 Milliarden Euro zusätzliche Schulden an unserem Grundgesetz vorbei,

(Saskia Esken [SPD]: Ausnahme! Steht im Grundgesetz!)

um davon 3 Milliarden Euro für die Unterstützung der Ukraine zu mobilisieren. Der Bundeskanzler hat ausgeführt, man dürfe in Deutschland nicht die Renten kürzen, um die Ukraine zu unterstützen. In der vergangenen Woche hat der Deutsche Bundestag beschlossen – mit den Stimmen von Union und FDP und bei Enthaltung von SPD und Grünen –,

(Zuruf von der SPD: Ja, warum?)

dass 3 Milliarden Euro zusätzliche Hilfe für die Ukraine mobilisiert werden können unter Achtung der Schuldenbremse als reguläre überplanmäßige Ausgabe.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Saskia Esken [SPD])

Die sozialdemokratische Erzählung vom Ende der Ampel ist damit wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Hermann Gröhe [CDU/CSU] – Zurufe von der SPD)

Und mehr noch: Der Bundeskanzler hat die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland gegen die Menschen in der Ukraine im Wahlkampf ausspielen wollen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Saskia Esken [SPD]: Ich war dabei! – Zuruf des Abg. Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wer Wahlkampf aber mit der Solidarität mit der Ukraine macht, der hat jeden Führungsanspruch in der Bundesrepublik Deutschland verloren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Saskia Esken [SPD])

In Wahrheit ist die Ampelkoalition auch daran zerbrochen, dass sie keine Antwort auf die sich zuspitzende Wirtschaftskrise gefunden hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Debatte heute hat gezeigt: Auch fast 100 Tage später haben Rot-Grün immer noch keine Antwort gefunden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf von der AfD: Diese Regierung ist die Wirtschaftskrise!)

Tatsächlich ist 14 Tage vor der Bundestagswahl die Situation ein Stück dramatischer.

(Zuruf von der AfD: Für die FDP!)

(C)

Das „Handelsblatt“ bilanziert das sogenannte Duell nämlich unter dem Titel „Erschütternde Ideenlosigkeit“. Und weiter heißt es dort:

„Scholz und Merz blieben enttäuschend oberflächlich. Einen Plan, wie man einen Politikwechsel hinkommt, konnte keiner präsentieren.“

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zuruf der Abg. Susanne Menge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist eine erschreckende Aussicht, dass Sie beide das Land miteinander allein regieren könnten.

(Beifall bei der FDP)

Wie war es am Wirtschaftswarntag am 29. Januar, liebe Kolleginnen und Kollegen? Friedrich Merz hat sich an diesem Tag mit der Migration beschäftigt, um nichts mehr zu erreichen, als AfD und Linkspartei voll zu mobilisieren.

(Beifall der Abg. Judith Skudelny [FDP])

Was macht eigentlich Robert Habeck beruflich?

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach Gott!)

Beim Wirtschaftswarntag war er nicht da. Und heute hatte man den Eindruck, der Klimaminister sollte einmal den Wirtschaftsminister fragen, wie seine ganzen Pläne eigentlich finanziert werden können.

(D)

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Johannes Huber [fraktionslos])

Olaf Scholz war ebenfalls nicht beim Wirtschaftswarntag. Ohnehin: Er bereitet sich darauf vor,

(Zuruf der Abg. Saskia Esken [SPD])

der zweite Nobelpreisträger aus den Reihen der SPD zu sein. Willy Brandt bekam den für den Frieden, Olaf Scholz bekommt den für Physik; denn er hat den endgültigen Beweis erbracht, dass es Paralleluniversen gibt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Christian Schreider [SPD]: Comedypreis!)

Wären andere dort gewesen – ich war dort –, sie hätten gehört vom Bürokratieabbau, sie hätten gehört von der Reduzierung von Steuerlast,

(Zuruf des Abg. Dr. Johannes Fechner [SPD])

sie hätten gehört von Ideologiefreiheit in der Klima- und Energiepolitik. Was aber keiner dort gefordert hat, waren neue Verbote, neue politische Anmaßungen, Technologien zu planen. Und auch niemand hat dort neue Subventionen gefordert.

(Beifall bei der FDP – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mann, es ist doch gut jetzt! Einfach mal über Zukunft reden, Christian Lindner!)

Christian Lindner

- (A) Zur Wahrheit gehört ja, dass die Industriepolitik, die ehrlicherweise unter Frau Merkel und Peter Altmaier auf den Weg gebracht worden ist und die Rot-Grün fortsetzen will, in Deutschland eben keinen Erfolg hatte. Selbst 10 Milliarden Euro ausgelobte Subventionen für Intel haben nicht zur Schaffung von 3 000 Arbeitsplätzen in Magdeburg geführt; denn Nachteile der Standortbedingungen und betriebswirtschaftliche Abwägungen kann man nicht einfach wegsuventionieren. Dagegen ist in Mainz ein weltweit beachtetes Cluster an Biotechnologie und Pharmazie entstanden. Dort ist ein Unternehmen erfolgreich gewesen, das von der öffentlich geförderten Grundlagenforschung freilich profitiert hat, aber ansonsten einen wissenschaftlichen Durchbruch mit privatem Kapital

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

und privater Haftung finanziert hat: BioNTech.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist der Unterschied zwischen einer Politik, die einzelne Unternehmen, Branchen und Technologien herauspicken will und ihnen dann Subventionen zahlt, und einer, die Rahmenbedingungen für alle schafft, damit sich im marktwirtschaftlichen Wettbewerb herausbildet, was die Zukunft der Wirtschaft bedeuten kann.

Kurz gesagt: Olaf Scholz ist Jurist. Robert Habeck ist Literaturwissenschaftler. Friedrich Merz ist Jurist. Ich bin Politikwissenschaftler.

(Zuruf des Abg. Dr. Ralf Stegner [SPD])

- (B) Wir kennen nicht die Zukunft der Wirtschaft. Wir können technologische Fortschritte nicht voraussehen. Wissenschaftliche Durchbrüche lassen sich nicht am grünen Tisch planen. Und deshalb müssen die Ingenieurin und der Techniker wieder entscheiden, was Zukunft hat. Die Menschen, die privates Geld in eigene Ideen investieren und am Ende für die Ergebnisse haften, müssen in unserer Wirtschaft die Richtung vorgeben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hier wurde über die Bedeutung von Zukunftstechnologien gesprochen. Diese Ansicht teile ich: Wir brauchen Zukunftstechnologien. In den USA werden 500 Milliarden Dollar in das KI-Infrastrukturprojekt „Stargate“ investiert. Und was passiert in der gleichen Woche? Während in den USA 500 Milliarden Dollar für künstliche Intelligenz an privatem Kapital mobilisiert werden, kündigt Robert Habeck in der gleichen Woche an, 129 neue Dienstposten für die Regulierung von künstlicher Intelligenz bei der Bundesnetzagentur schaffen zu wollen. Wenn bei uns alles so wachsen würde wie die Bürokratie, dann hätten wir keine Sorgen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Olaf Scholz hat gesagt, seine Regierung habe der europäischen Union beim Bürokratieabbau Beine gemacht. Die Wahrheit ist doch, dass die Ampelkoalition vollkommen zerstritten war bei der europäischen Lieferkettenrichtlinie. Ein Teil der Koalition wollte sie verhindern,

(C) zwei waren dringend dafür. Bei den Meseberger Bürokratieabbauentscheidungen der früheren Ampelkoalition waren es vor allen Dingen die von der FDP geführten Ressorts, die dazu Beiträge geleistet haben. Olaf Scholz und Robert Habeck sprechen inzwischen beide von der Kettensäge. Es passiert aber nichts. Wenn Taten und Worte so weit auseinanderfallen, dann beschädigt das das Vertrauen in Politik.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sind denn Ihre Ideen nach vorne?)

Friedrich Merz ist wenigstens offen und ehrlich. Er hat gesagt, er nehme die Kettensäge nicht in die Hand, aber mit der Nagelfeile würden wir die Probleme auch nicht lösen.

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU])

Das, was wir brauchen, ist ein radikaler Abbau von Bürokratie in Deutschland: vom Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz über die Nachhaltigkeitsberichterstattung bis zu Dokumentationsverpflichtungen, und das Arbeitszeitgesetz kann auf das europäische Regulierungsminimum reduziert werden usw. usf. Das günstigste und dringendste Konjunkturprogramm ist der deutlich spürbare Abbau von Bürokratismus.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Herr Lindner, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung aus der AfD-Fraktion? (D)

Christian Lindner (FDP):

Nein, danke schön, ich will im Zusammenhang vortragen. Ich bin nämlich schon einen Gedanken weiter.

Der Bundeskanzler hatte ja Steuererhöhungen angekündigt bei der Einkommensteuer, und den Wirtschaftsminister muss man in gleicher Weise verstehen. Nun, Donald Trump in den USA will die effektive Belastung seiner Wirtschaft, so kündigte er an, auf 15 Prozent reduzieren. In Deutschland ist die Belastung der Wirtschaft bei 30 Prozent.

(Zuruf des Abg. Dr. Ralf Stegner [SPD])

Hier wird immer über den Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten von Amerika gesprochen. Die Zölle werden gefürchtet. Tatsächlich aber haben wir auch einen Steuerwettbewerb mit den USA. Weil unser Land nicht mehr doppelt so gut ist wie die Vereinigten Staaten von Amerika, können wir auch nicht doppelt so teuer sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was will denn die FDP eigentlich?)

Deshalb muss sich an dieser Stelle etwas verändern.

Statt wie die SPD – ich glaube, die Grünen wollen das auch – Subventionen und Investitionsprämien für alle Unternehmen zu zahlen, und damit auch an die nicht erfolgreichen Unternehmen, muss die Steuerlast für alle

Christian Lindner

- (A) gesenkt werden, damit an der Stelle, wo Erfolg sichtbar ist, zusätzliches Kapital weitere Schritte finanzieren kann.

(Beifall bei der FDP)

Sie sagen, man könne sich breitflächige Steuerentlastungen nicht leisten. Ich bin überzeugt – von der Steuerfreiheit des Überstundenzuschlags, der Verschiebung des Tarifs der Lohn- und Einkommensteuer über die Abschaffung des Solidaritätszuschlags bis hin zu Freibeträgen etwa bei der Grunderwerbsteuer –: Wir können es uns nicht leisten, auf Steuerentlastungen zu verzichten. Sie sagen: Wir können uns eine Steuerentlastung nicht leisten. – Wir sagen: Wir können uns nicht erlauben, ein Steuersystem beizubehalten, das den Aufschwung bremst, statt zu beflügeln.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Susanne Hierl [CDU/CSU])

Robert Habeck hat davon gesprochen, dass Donald Trump das Pariser Klimaschutzabkommen kündigt. Das ist die Wahrheit. Er setzt wieder voll auf fossile Ressourcen. Damit kein Zweifel besteht: Das Pariser Klimaschutzabkommen muss für Deutschland und für die Europäische Union verbindlich sein. Das ist ein Irrweg, den die AfD beschreitet und uns empfiehlt.

(Beatrix von Storch [AfD]: Sie sind bald weg!)

Sie sprechen immer vom deutschen Vaterland. Gehen Sie einmal in den deutschen Wald, da können Sie den Klimawandel besichtigen. Man kann nicht den Klimawandel leugnen und gleichzeitig ein deutscher Patriot sein; denn dann kann man sein Land nicht kennen.

(B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Aber wir verfolgen einen falschen Pfad und falsche Ziele, und das muss man ausdrücklich sagen. Der Wirtschaftsminister hat gesagt, die Union wolle die Klimaziele infrage stellen. Das ist nicht der Fall. Die Union hält an Klimaneutralität bis 2045 fest. – Friedrich Merz nickt. – Selbst die deutschen Stadtwerke sagen inzwischen, dass es vollkommen illusorisch sei, das bis 2045 zu erreichen. Es ist physikalisch und technisch schlicht nicht möglich und ökonomisch nicht sinnvoll. Deshalb muss dieser weltweit einmalige Sonderweg im Klimaschutz und in der Energiepolitik beendet werden.

(Beatrix von Storch [AfD]: Den Sie die letzten drei Jahre unterstützt haben!)

Das europäische Ziel, Klimaneutralität bis 2050, muss für Deutschland verbindlich werden. Und um das zu erreichen, verordnen wir uns absolute Technologieoffenheit: von allen Farben des Wasserstoffs

(Zuruf des Abg. Leif-Erik Holm [AfD])

über Carbon Capture and Storage, also die Speicherung von CO₂, über alle Antriebsarten beim Auto bis hin zu den neuen modularen Kleinkernkraftwerken, auf die viele Tech-Konzerne in den USA setzen und in deren Bau sie eigenes Geld investieren. Das ist der Weg.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist der Weg. Denn der schwarz-rot-grüne Weg, den unser Land gegenwärtig beschreitet, wird nur dazu führen, dass unser Land 2045 ein Industriemuseum sein wird. Damit werden wir weltweit aber niemanden beeindrucken. (C)

(Zuruf der Abg. Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dafür werden wir weltweit belächelt. Wenn wir weltweit einen Beitrag leisten wollen, dann müssen wir bis 2050 den Beweis erbracht haben, dass es möglich ist, mit deutscher Spitzentechnologie wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen und die Freiheit der individuellen Lebensführung zu verteidigen.

(Beifall bei der FDP)

Ohnehin bringt dieser Sonderweg – 2045 – für Deutschland ja gar nichts. Er führt ausschließlich dazu, dass andere Länder fünf Jahre länger günstig CO₂ emittieren können. Wir machen es uns schwer und anderen, beispielsweise den Polen, nur leichter.

Wir haben heute gehört, dass die Schuldenbremse einmal mehr gelockert werden soll. Das haben wir sowohl von Rot-Grün als auch von Friedrich Merz gehört, der in der Kanzlerduell-Sendung gesagt hat, dass er dafür offen ist. Die Schuldenbremse wird gelockert, damit die Mütterrente der CSU finanziert werden kann, damit die grünen Subventionen finanziert werden können, damit für die SPD der Mehrwertsteuersatz auf Grundnahrungsmittel reduziert werden kann.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Um in Schulen zu investieren und in Klimaschutz!)

(D)

Man könnte diese konsumtiven Ausgaben ja einsparen, dann hätte man Geld für Investitionen; also, dafür ist Geld da.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Sie waren doch Finanzminister!)

In den USA kennt Donald Trump gegenwärtig nur einen einzigen Gegner, nämlich den Anleihemarkt, der selbst die USA als Dollar-Volkswirtschaft diszipliniert. Der französische Finanzminister beruft sich zur Disziplinierung seines Parlaments auf die europäischen Fiskalregeln. Und was macht Rot-Grün an dieser Stelle? Im Bereich der Migrationspolitik wurde hier auch heute wieder das Hohelied auf das europäische Recht gesungen. Bei den europäischen Fiskalregeln zählt das alles gar nichts.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Susanne Hierl [CDU/CSU])

Wenn Friedrich Merz und die FDP europäisches Recht im Bereich der Migration bereit sind zu verändern, dann heißt es von SPD und Grünen: Nein. – Wenn Robert Habeck aber öffentlich ankündigt, das europäische Recht im Bereich der Fiskalpolitik brechen zu wollen oder die europäischen Fiskalregeln ändern zu wollen, dann ist das kein Problem.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Christian Lindner

- (A) Wie bilanzieren wir das? Es heißt: Nein zu weniger Migration, Ja zu mehr Schulden im europäischen Recht. – Umgekehrt wäre besser und im Interesse dieses Landes.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben nämlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, keinen Mangel an öffentlichen Mitteln, wie Sie immer suggerieren wollen. Es ist nur Ihr zügelloser Appetit nach mehr Umverteilung, Subventionen und Staatsausgaben.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommt die Platte wieder!)

Das ist unser Problem: die Zügellosigkeit bei Staatsausgaben.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zügellosigkeit? Sie sind zügellos!)

Denn unser Sozialstaat kann treffsicherer werden, ohne dass soziale Absicherung verloren geht.

(Beifall bei der FDP)

Grüne Subventionen können wir reduzieren, wenn wir unsere Klimapolitik rationaler gestalten. Der Staatsapparat ist inzwischen überdehnt. Behörden wie das Umweltbundesamt braucht man aufgrund von Doppelzuständigkeiten überhaupt nicht mehr. Wir haben keinen Mangel an öffentlichen Mitteln.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben so was von null Ahnung, was wir hier tun, damit wir dem Europarecht entsprechen!)

(B)

Wir haben nur einen Mangel an Mut zur Prioritätensetzung im Umgang mit den vielen Mitteln.

(Beifall bei der FDP – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diese Aneinanderreihung von Textbausteinen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, vielfach ist über den 24. Februar gesprochen worden und über die sich anschließenden vier Jahre. Ich bin überzeugt: Sie werden mitprägend für Deutschland sein.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Und was machen Sie dann?)

Der „Münchener Merkur“ schreibt heute in einem Leitartikel, dass die Wahlkampfführung von Friedrich Merz darauf hinauslaufen könnte, dass in den nächsten vier Jahren in Deutschland eine sogenannte Kenia-Koalition aus Union, SPD und Grünen regieren müsste.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sehen den Angstschweiß!)

Übrigens: Wenn Friedrich Merz sagt, die Ampelkoalition habe die AfD verdoppelt: Schwarz-Grün in Nordrhein-Westfalen hat sie verdreifacht.

(Beifall bei der FDP)

Die nächsten vier Jahre also werden für unser Land von einer besonderen Bedeutung sein.

- (Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der verzweifelte Schrei nach Aufmerksamkeit!) (C)

Es wird darum gehen, die Wünsche, Erwartungen, im Übrigen auch die Sorgen und Träume der Menschen ernst zu nehmen. Wenn wir in den nächsten vier Jahren nicht erreichen, dass unser Land wieder auf den wirtschaftlichen Erfolgspfad kommt, und wenn wir nicht das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft erneuern, werden Menschen sich Alternativen suchen.

Wenn es nicht gelingt, unseren Staat wieder dort stark zu machen, wo wir ihn brauchen, und dort zurückzunehmen, wo er uns lästig fällt, dann werden Menschen sich möglicherweise Alternativen suchen. Wenn es uns nicht gelingt, die Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt unseres Landes zu verteidigen durch Ordnung und Kontrolle und Begrenzung bei der Migration, dann könnten Menschen sich 2029 Alternativen suchen. Wenn wir das Gefühl nicht überwinden, dass Menschen sich bevormundet und belehrt, moralisch zurechtgewiesen fühlen durch die Politik,

(Zuruf der Abg. Leni Breymaier [SPD])

dann werden Menschen sich fragen, wer denn ein alternatives Angebot des Vertrauens in Eigenverantwortung und Freiheit macht.

Kurz gesagt: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Demokratie in den nächsten vier Jahren nicht liefert,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na, hätten Sie mal geliefert, statt nur zu blockieren!) (D)

dann könnten die Menschen sich wie in den USA, wie in Österreich, wie in den Niederlanden Alternativen suchen. Vieles in unserem Land muss sich ändern. Rot und Grün waren bei vielem immer dagegen, bei dem, was sich ändern muss.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben nur blockiert!)

– Wenn Sie mich so provozieren wollen, kann ich Ihnen sagen:

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie lassen sich aber leicht provozieren!)

Wirtschaftliche Stagnation, Bevormundung, Heizungschaos durch ideologische Klimapolitik und Verweigerung der Begrenzung der Migration – alles, was die groß macht, kommt von Ihnen. Alles kommt von Ihnen!

(Beifall und Pfiffe bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Geh nach Hause!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darauf kommt es an: Die Demokratie muss liefern, damit die Menschen sich keine Alternative zur Demokratie suchen. Vieles in unserem Land muss sich ändern.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Der liberale Charakter der Bundesrepublik Deutschland und die Liberalität unserer Gesellschaft, sie müssen bleiben.

Christian Lindner

- (A) (Anhaltender Beifall bei der FDP – Die Abgeordneten der FDP erheben sich – Beatrix von Storch [AfD]: Das war's!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der FDP-Fraktion, Sie haben hier zweimal gepfiffen. Wir sind hier nicht auf dem Fußballplatz. Ich bitte, das zu unterlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt hat das Wort für die AfD-Fraktion Dr. Alice Weidel.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Alice Weidel (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Grün-Rot ist gescheitert. Die Bürger haben genug von der ideologischen Transformation von links-grünen Sektierern, wie sie hier in der Regierung gegessen haben.

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dieser verschwurbelt-ideologische Unterton, der schon mit der Rede beginnt!)

Aber auch Sie, Herr Merz, sind bereits gescheitert; denn das, was Sie betreiben, ist Wählertäuschung. Sie werden nichts von Ihren Versprechungen umsetzen können mit Grün-Rot. Das gehört zur Wahrheit mit dazu.

(Beifall bei der AfD – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diese Selbsthypnotisierung!)

(B)

Sie werden damit lediglich erreichen, dass das von Ihrer Angela Merkel und von Grün-Rot auf die Spitze getriebene Zerstörungswerk an unserem Land fortgesetzt wird.

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja schon unheimlich!)

Und die notwendigen Reformen, die Deutschland wieder in Ordnung bringen, werden Sie damit nur unnötigerweise verzögern, aber Gott sei Dank nicht mehr verhindern können.

(Beifall bei der AfD)

Die Migrationswende, die Wirtschafts-, Energie- und Steuerwende und das Umsteuern in der Gesellschaftspolitik werden kommen. Und es wird nur möglich sein mit der Alternative für Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

Wie würde ein Deutschland aussehen, in dem die Alternative für Deutschland als Regierungspartei ihr Programm verwirklichen würde?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Es wäre die Hölle! – Manfred Todtenhausen [FDP]: Gott bewahre uns!)

Es wäre ein Deutschland mit gesicherten Grenzen und einem Grenzschutz, der illegaler Migration und grenzüberschreitender Kriminalität einen wirksamen Riegel vorschiebt und nur jene ins Land lässt, die einen legalen Anspruch auf Aufenthalt in unserem Land haben.

- (Beifall bei der AfD – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist sonst alles in Ordnung bei Ihnen?) (C)

Es wäre ein Deutschland mit einem modernisierten Asylrecht, das nicht länger dem Missbrauch durch illegale Einwanderung Tür und Tor öffnet, sondern an der Aufnahmefähigkeit unseres Landes ausgerichtet ist.

(Beifall bei der AfD – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch wenn Sie langsam reden, wird es nicht weniger boshaft, was Sie sagen!)

Dieses Deutschland hätte ein von Grund auf reformiertes – –

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Ihre Fraktion schläft hier gerade ein! Machen Sie es spannender! – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wirklich boshaft!)

– Ich weiß nicht, was Sie hier eigentlich im Bundestag machen. Sie, die Grünen, was machen Sie hier eigentlich?

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen Sie?)

Sie sind nur am Dazwischenrufen.

(Manuel Höferlin [FDP]: Das sagt die Richtige!)

Sie sind nur am Grölen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Schauen Sie in den Spiegel!)

Dieser geifernde Kindergarten hier! (D)

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was machen Sie hier eigentlich? Sie machen Politik gegen die Bevölkerung.

(Beifall bei der AfD)

Unser Deutschland – so unsere Zukunftsvision – hätte ein von Grund auf reformiertes Aufenthalts- und Einbürgerungsrecht, das all jenen offensteht, die hier arbeiten, Steuern zahlen und die sich mit dem Nationalstaat der Deutschen, seiner Kultur und Rechtsordnung identifizieren und einen positiven Beitrag dazu leisten wollen, das aber notorischen Kriminellen, religiösen Extremisten und allen, die seine Aufnahmebereitschaft ausnutzen wollen, konsequent die Türe weist.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In diesem Deutschland hätte die Achtung vor dem Recht und die Gleichheit aller vor dem Gesetz wieder unbedingte Gültigkeit.

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie arbeiten doch mit versteckten Symbolen! Was sind denn das für Symbole?)

Es wäre ein Land, in dem die Freiheit der Bürger nicht nur Lippenbekenntnis ist, sondern im Zentrum der Rechts- und Werteordnung steht.

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie doch, was für Symbole das sind!)

Dr. Alice Weidel

(A) – Frau Präsidentin, diese Zwischenrufe!

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Also, das können Sie Ihrer eigenen Fraktion ja auch mal sagen, die hier permanent reinruft.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Linken – Friedrich Merz [CDU/CSU], an die Abg. Dr. Alice Weidel [AfD] gewandt: Da sind Sie aber sehr empfindlich! Guck mal einer an, wie empfindlich sie da plötzlich wird!)

Dr. Alice Weidel (AfD):

Ihr Job, Frau Präsidentin, ist eine neutrale Präsidiumsleitung, und dieses Geifern geht wirklich auf den Sender.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist wirklich mühsam. Und diese Leute haben hier im Bundestag nichts verloren. Sie haben alle noch nie in ihrem Leben gearbeitet.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Lächerlich!)

– Noch nie in Ihrem Leben haben Sie gearbeitet. Was machen Sie hier?

(B) Wir wollen ein Land, in dem Grundrechte Abwehrrechte des Einzelnen gegen – –

(Zurufe von der SPD und der CDU/CSU)

– Es geht wieder genauso weiter. Gehen Sie arbeiten! Dazu haben Sie ab übernächster Woche, wenn Sie weiter dezimiert sind, dann die Gelegenheit. Gehen Sie arbeiten, suchen Sie sich einen Job.

(Beifall bei der AfD – Dr. Johannes Fechner [SPD]: Ein bisschen schwach heute! – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das finden sogar Ihre eigenen Leute peinlich!)

Wir wollen ein Land, in dem Grundrechte Abwehrrechte des Einzelnen gegen staatliche Übergriffe sind

(Zuruf des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU])

und von den Mächtigen nicht als zugeteilte Gnadenakte missverstanden werden, die sie nach Belieben zugestehen oder entziehen könnten,

(Zuruf der Abg. Katrin Zschau [SPD])

nachdem man sie mit steuerfinanzierten Kampagnen überzogen hat.

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das macht ja gar keinen Sinn, was Sie da vortragen! Das ist einfach nur absurd!)

Die Gerichte hätten in diesem Land die vornehmste Aufgabe, unbestechlich, unabhängig Recht zu sprechen, ohne Ansehen der Person oder Gesinnung.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (C)

Die Besetzung der obersten Richterämter wäre dem Einfluss der Parteien entzogen, und die Staatsanwaltschaften wären von Weisungen der Justizminister unabhängig.

(Beifall bei der AfD)

Denn die Judikative hat als dritte Gewalt die Exekutive zu kontrollieren und nicht zu bestätigen.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Das können Sie Ihrem Freund Donald mal erzählen!)

Der Verfassungsschutz und Inlandsgeheimdienst würden von Grund auf reformiert.

Das Staatsvolk, die Gesamtheit der Staatsbürger, ist der Souverän, und der sollte seine Stimme nicht nur in Parlamentswahlen abgeben,

(Zuruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

sondern auch in Volksbegehren und Volksentscheiden über die zentralen Fragen direkt abstimmen können.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen direkte Demokratie in Deutschland.

Präsidentin Bärbel Bas:

Frau Dr. Weidel, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung?

Dr. Alice Weidel (AfD):

Nein, haben die anderen auch nicht. (D)

In diesem Land gäbe es eine vielfältige Medienlandschaft, die darum wetteifert, die Mächtigen zu kontrollieren, ihnen genau auf die Finger zu schauen, statt sich als Sprachrohr anzudienen. Der Wettbewerb würde nicht länger durch einen üppig mit Zwangsgebühren finanzierten öffentlichen Mediensektor verzerrt,

(Zuruf der Abg. Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

der seine journalistische Unabhängigkeit längst abgegeben hat. Die Rundfunkgebühren würden abgeschafft.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD)

Steuergelder würden in diesem Land sparsam erhoben.

(Zuruf der Abg. Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine gute Regierung achtet, was die Bürger sich in harter Arbeit sauer verdient haben, und beansprucht davon nicht mehr, als für die Erfüllung ihrer wenigen Kernaufgaben unbedingt erforderlich ist.

(Beifall bei der AfD)

Eine gute Regierung respektiert das Eigentum der Bürger und vergreift sich nicht mit Vermögen-, Erbschaft- und überzogenen Einkommen-, Unternehmen- und Konsumsteuern daran.

Ein gut regierter Staat bevormundet und gängelt seine Bürger nicht. Er verteilt ihr Geld nicht in alle Welt und auch nicht an ideologische Lobbygruppen

Dr. Alice Weidel

(A) (Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie diskriminieren nur Minderheiten!)

und Günstlinge, um sich ihre Gefolgschaft zu erkaufen.

(Beifall bei der AfD)

Er lässt dem Steuerzahler so viel Netto vom Brutto wie möglich in der Tasche, damit er für sich selbst, seine Familie und für seine Zukunft vorsorgen kann. Er mischt sich nicht in seine private Lebensgestaltung ein und auch nicht in die Erziehung seiner Kinder.

(Beifall bei der AfD)

Und er maßt sich nicht an, vom Kind bis zum Greis die Bevölkerung ideologisch zu indoktrinieren.

(Zuruf von der SPD – Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von was reden Sie eigentlich da? Manometer!)

Eine gute Regierung weiß, dass bürgerliche Mittelschicht und unternehmerischer Mittelstand das Rückgrat von Wohlstand, Prosperität und Bürgerlichkeit im Lande sind. Eine gute Regierung weiß um die unternehmerische Freiheit und achtet sie

(Zuruf des Abg. Dr. Ralf Stegner [SPD])

und sorgt lediglich dafür, dass innere und äußere Sicherheit, rechtsstaatliche Ordnung und eine funktionierende Infrastruktur, ein leistungsorientiertes und weltanschaulich neutrales Bildungssystem sowie soziale Fürsorge für diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, gewährleistet sind.

(B)

(Beifall bei der AfD)

Ein funktionierendes Deutschland hätte seine eigene starke Währung,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die Reichsmark!)

die sicherstellt, dass das von den Menschen erarbeitete Volksvermögen im Lande bleibt und seinen Wert behält.

(Saskia Esken [SPD]: Dann gute Nacht! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die D-Mark, oder was?)

Es hätte eine eigene unabhängige Zentralbank, eine Bundesbank, die es nicht zulässt, dass die Politik die Bürger über die Inflation, die uns sozialste aller Vermögensteuern, kalt enteignet.

(Beifall bei der AfD – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jeder vernünftige Mensch weiß, dass uns das wirtschaftlich in den Abgrund führt, die D-Mark!)

Ohne eine funktionierende – jetzt sind wir wieder bei Ihnen –, sichere und günstige Energieversorgung keine florierende Wirtschaft! Deutschland hat die höchsten Energiepreise weltweit, weil Sie alle hier in diesem Hohen Hause unsere Energieinfrastruktur zerstört haben.

(Beifall bei der AfD – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wären der Untergang der Wirtschaft!)

Statt unsere Landschaften weiter mit viel zu teuren, hoch subventionierten Windrädern und Solarspiegeln zu zerstören, die bei Dunkelheit und Flaute keinen Strom liefern, würde eine vernünftige Regierung deshalb das Subventionsmonster – –

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Da müssen Sie selber lachen!)

– Nein, ich lache über Sie, weil Sie sich nicht benehmen können.

(Zurufe von der SPD)

Sie können sich nicht benehmen. Das sind Sie aber Ihren Wählern schuldig. Machen Sie doch einfach seriöse Politik. Sie haben dieses Land kaputtgefahren. Dafür werden Sie vom Wähler abgestraft. Sie werden hier in der nächsten Sitzungswoche so nicht mehr sitzen.

(Beifall bei der AfD)

Eine vernünftige Regierung würde deshalb das Subventionsmonster Energiewende stoppen, und zwar sofort, den Wiedereinstieg in die Kernkraft forcieren, und zwar sofort,

(Lachen der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und günstiges Öl und Erdgas

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: ... aus Russland kaufen!)

auch da kaufen,

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

wo es am günstigsten ist.

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da freut sich Putin jetzt schon! Hat er das in Ihrer Rede bestellt? – Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie nehmen es ja selber nicht ernst!)

Und eine vernünftige Regierung würde eine ruinöse Energiepolitik beenden, die nur dem eigenen Land schadet. Wir werden damit Schluss machen.

(Beifall bei der AfD)

Ein gut regiertes Deutschland hätte eine funktionierende Armee, die von Verbündeten und Gegnern auch ernst genommen würde,

(Zuruf der Abg. Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und eine Außenpolitik, die auf Ausgleich und gute wirtschaftliche, politische Beziehungen mit allen Nachbarn und Großmächten bedacht ist. Es würde eine Diplomatie betreiben, die sich nicht von Stimmungen in kriegerische Auseinandersetzungen hineinziehen lässt, sondern als ehrlicher Makler für den Frieden eintritt. Es hätte eine Außenpolitik, die stets die Interessen des eigenen Landes im Auge hat und mit Vernunft und Geschick vertritt und sich nicht mit weltfremder Schulmeisteri und moralpolitischem Größenwahn zum Gespött der Welt macht.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Alice Weidel

(A) Uns leitet die Überzeugung, dass der souveräne Nationalstaat die Grundlage für Demokratie, Freiheit, Wohlstand und Selbstbestimmung ist. Wir wissen, dass verantwortungsbewusste Politiker Diener der Menschen in diesem Land sind und dass die selbstbewusste Vertretung nationaler Interessen ihre vornehmste Aufgabe ist. Deshalb treten wir ein für ein Deutschland, das auf dem Respekt vor der Freiheit,

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auf der unbedingten Achtung des Rechts und der Gleichheit vor dem Gesetz und auf der Einigkeit in der Verteidigung dieser Werte gegründet ist.

Das ist unsere Vision für Deutschland. Unsere Hand ist ausgestreckt

(Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: ... nach Russland!)

für alle, die sie mit uns realisieren wollen.

(Zuruf der Abg. Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und es liegt an Ihnen, ob Sie diese Hand ergreifen. Unser geliebtes Deutschland hätte es längst verdient.

(Anhaltender Beifall bei der AfD – Abgeordnete der AfD erheben sich – Zurufe von der SPD und der CDU/CSU)

Präsidentin Bärbel Bas:

(B) Als Nächster hat das Wort für die SPD-Fraktion Lars Klingbeil.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lars Klingbeil (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Merz, was war das vorhin für eine überhebliche und kleinkarierte Rede, die Sie im Bundestag gehalten haben!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben 25 Minuten hier am Pult gestanden, Sie haben gepöbelt,

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Da haben Sie wahrscheinlich die Reden verwechselt!)

aber Sie haben keine einzige Idee präsentiert, kein Konzept, wohin Sie mit diesem Land wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind es den Bürgerinnen und Bürgern heute Vormittag schuldig geblieben, einmal auch nur eine einzige Idee zu skizzieren, wo Sie mit diesem Land hinwollen.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Ich will es hier klar sagen: Ja, wir haben Herausforderungen und Probleme, vor denen wir stehen, die gelöst werden müssen und weshalb die nächste Regierung große Dinge in diesem Land anpacken muss. Aber das, was Sie

hier heute Morgen gemacht haben, war, im Sound der AfD über dieses Land zu reden, dieses Land schwarzzumalen, schlechtzureden, (C)

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Seien Sie nicht so frech!)

so zu tun, als ob wir in Deutschland am Abgrund stünden, als ob man sich in Deutschland nicht mehr sicher auf die Straße wagen könnte, als ob jeder Ausländer in diesem Land kriminell wäre und als ob wir Massenarbeitslosigkeit hätten. Das entspricht doch nicht den Realitäten dieses Landes. Steigen Sie doch mal aus Ihrem Dienstwagen aus, und reden Sie mit den Menschen in diesem Land, Herr Merz!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte mir gewünscht, dass sich heute auch nur ein Wort von Ihnen darauf gerichtet hätte, wie wir die Situation für die Pflegekräfte aus Sicht der CDU in diesem Land verbessern sollen,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

was für die Rentner, was für die Industriearbeiter, die um ihre Jobs bangen, oder was für Familien passieren soll. Nichts, kein einziges Wort haben Sie dazu heute im Plenum verloren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Zuhören, Menschenskinder! – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Was hat der Kanzler dazu gesagt?) (D)

Lieber Herr Merz, vielleicht kennen Sie das auch von Familienfeiern, wo es diesen meckernden Onkel gibt,

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Oh! Jetzt kommt die Leier wieder! – Christian Lindner [FDP]: Onkel Olaf! – Zuruf von der CDU/CSU: Ja, Onkel Olaf! – Christian Dürr [FDP]: Der sitzt da vorne! Den haben wir kennengelernt!)

der immer mit verschränkten Armen in der Ecke sitzt, der alles besser weiß, der sagt, dass er alles besser kann, der überheblich auf die anderen herunterguckt,

(Christian Dürr [FDP]: Den Onkel Olaf haben wir kennengelernt! Der weiß alles besser!)

der selbst noch nie Verantwortung übernommen hat, aber der alles besser weiß. Daran, an diesen Onkel, hat mich Ihre Rede heute erinnert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen aber auch: Am Ende wird es um diesen Onkel immer sehr einsam;

(Christian Dürr [FDP]: Ja!)

er hat dann keinen mehr, der auf den Familienfeiern mit ihm redet.

(Beifall bei der SPD)

Die letzten Freunde, die Sie im Parlament haben, das sind die von der AfD, und darauf können Sie nicht stolz sein, Herr Merz.

Lars Klingbeil

(A) (Beifall bei der SPD)

Sie haben das, was Sie in der letzten Woche an Schaden dem Parlament zugefügt haben, heute wieder als Kleinigkeit abgetan. Aber ich sage Ihnen als Vorsitzender einer Partei, die weiß, was es bedeutet, wenn die Falschen in diesem Land die Macht ergreifen: Das war keine Kleinigkeit, was Sie in der letzten Woche herbeigeführt haben; das war eine tektonische Verschiebung hier im Parlament, eine Veränderung der politischen Kultur. Ich hätte erwartet, dass Sie heute dazu klar Stellung beziehen. Warum schaffen es Ministerpräsidenten wie Daniel Günther, Hendrik Wüst und sogar Markus Söder, bessere Worte zu finden als Sie, Herr Merz, heute am Pult des Deutschen Bundestages?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich die Rückmeldung bekomme, was gerade in den ostdeutschen Kreisverbänden, in den Ortsvereinen, in den Landesverbänden los ist, wo Mario Voigt und andere sich jetzt auf Sie berufen und sagen: „Die Brandmauer gibt es nicht mehr“, dann hoffe ich, Ihnen ist bewusst, welcher Schaden dort angerichtet wurde.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU sowie des Abg. Christian Dürr [FDP])

(B) Die Kirchen, das Auschwitz-Komitee, Holocaustüberlebende und Frau Merkel äußern sich dazu, und Sie nutzen heute nicht die Gelegenheit, hier am Pult zu sagen: Ich habe einen Fehler gemacht, ich habe mich verrannt, das wird nicht wieder vorkommen. – Das wäre eine große Rede gewesen, Herr Merz. Diese Chance haben Sie heute verpasst.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es stellt sich die Frage, was Ihr Wort eigentlich in Zukunft wert ist. Ich will das auch für andere Bereiche sagen. Es wurden schon die außenpolitischen Debatten angesprochen, die stattgefunden haben. Sie haben das Gasembargo für Russland in einer Zeit gefordert, wo wir gewusst haben, wie sehr das unsere Volkswirtschaft in eine tiefe Krise stürzt. Sie sind dann zurückgerudert. Sie haben hier Putin ein Ultimatum gestellt, sind dann zurückgerudert.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Unsinn!)

Ja, jeder in Deutschland hat mittlerweile eine Meinung zu Taurus. Das Problem ist nur: Sie haben vier Meinungen zu Taurus. So macht man keine verlässliche Außenpolitik.

(Beifall bei der SPD)

So handelt man nicht nach Prinzipien in der internationalen Politik. Es war gut, dass Frau Maischberger und Frau Illner Sie in der Sendung korrigiert haben und deutlich gemacht haben, wie häufig Sie Ihre Position beim Thema Taurus gewechselt haben.

Ja, Sie halten starke europapolitische Sonntagsreden; aber was Sie in der letzten Sitzungswoche versucht haben, war doch, die europäische Einigung und den Fort-

schrift und das Gemeinsame mit der Abrissbirne anzugehen. Das steht doch nicht in der Tradition von Adenauer, von Kohl, von Merkel. Sie wollen die europäische Idee zerstören. Es ist doch keine seriöse Außen- und Sicherheitspolitik, die Sie hier im Plenum machen, sehr geehrter Herr Merz. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das ist so unglaublich! Da muss man gar nichts dazu sagen!)

Sie hätten heute hier auch eine Chance gehabt, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes mal zu erzählen, wie das, was in Ihrem Wahlprogramm drinsteht, über das Sie ja gar nicht geredet haben, eigentlich finanziert werden soll und wer das alles bezahlen soll.

(Zuruf von der CDU/CSU: Haben Sie auch eigene Punkte?)

Die Steuersenkungspläne für die Superreichen und für die erfolgreichen Unternehmen umfassen 100 Milliarden Euro jährlich. Übrigens wurden dann in einem TV-Duell eben noch 200 Euro Klimageld pro Monat pro Haushalt obendrauf gepackt.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Das waren doch Ihre Versprechen aus Ihrem Koalitionsvertrag! – Zuruf der Abg. Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch da ist nicht klar, wie das finanziert werden soll. Und, Herr Merz, Sie hätten heute darüber reden können, was alles gestrichen werden soll. Was haben Sie denn vor? Was soll denn bei der Bildung gekürzt werden, im Gesundheitsbereich, bei der Pflege, bei der Kultur? Das hätten Sie heute hier am Pult des Deutschen Bundestages den Bürgerinnen und Bürgern mal sagen können. Wie sieht Ihre geheime Streichliste aus, damit Sie die 100 Milliarden Euro einsparen, die Sie für die Superreichen ausgeben wollen? (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen neues Wachstum in diesem Land. Wir haben als SPD in unserem Programm vorgeschlagen, wie wir das schaffen können: mit Investitionen, mit niedrigen Energiepreisen, mit Bürokratieabbau, indem wir den Fach- und Arbeitskräftemangel angehen.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Wer war denn drei Jahre in der Regierung? Was haben Sie denn in den letzten drei Jahren gemacht?)

Alleine 200 Milliarden Euro Rückstau haben wir bei den Investitionen in den Kommunen, und wir müssen in den nächsten Jahren in diesem Land noch viel mehr investieren. Wenn wir wollen, dass Deutschland ein starkes Land bleibt, dann müssen wir viel mehr investieren, als das gerade der Fall ist: Investitionen in Bildung, in Infrastruktur, in Digitalisierung, in Klimaneutralität und auch in unsere Sicherheit. Wir werden viele Milliarden brauchen, damit Deutschland ein starkes Land bleibt.

Dafür müssen wir die Schuldenbremse reformieren. Ich will hier einmal sagen: Es ist ja nicht nur die Sozialdemokratische Partei, die das sagt. Es sind auch die

Lars Klingbeil

- (A) OECD, das DIW, das IW, die Arbeitgeberverbände, die Industrieverbände, die Gewerkschaften, die Unionsministerpräsidenten; sie alle sagen: Wir brauchen viel mehr Investitionen, als das heute der Fall ist. – Liebe Unionsfraktion, wenn man auf der Autobahn unterwegs ist und einem nur noch Geisterfahrer entgegenkommen, dann sollte man sich fragen, ob man vielleicht selbst der Geisterfahrer ist. Sie sind das mit Ihrem wirtschaftspolitischen Kurs.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das, was Sie vorschlagen, macht unser Land nicht stärker. Wir brauchen eine andere Finanz- und Steuerpolitik in diesem Land, und dafür steht die Sozialdemokratie.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Sind Sie in der Regierung oder in der Opposition?)

Ihr wirtschaftspolitisches Konzept sieht vor, Windräder hässlich zu finden und grünen Stahl und Elektromobilität infrage zu stellen. Das bedeutet keine Verlässlichkeit für einen starken Industriestandort Deutschland. Sprechen wir es doch hier einmal aus: Die USA und China wollen die Industriearbeitsplätze aus Deutschland verschwinden sehen. Wir brauchen eine robuste, eine resiliente, eine starke europäische Strategie, wie wir Industriearbeitsplätze in diesem Land erhalten. Dafür kämpft die Sozialdemokratie. Es wäre wichtig, dass andere politische Kräfte das auch tun. Stattdessen reden Sie dieses Land schlecht und haben keine Idee, wie man Industrie in diesem Land stärken kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Wir haben in den letzten Wochen – Sie haben es kurz erwähnt – Ihr 100-Tage-Programm gesehen. Aber was fehlt denn darin? Zur Mitte des Jahres läuft das Rentenniveau aus.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Was läuft aus zur Mitte des Jahres?)

Warum steht eigentlich nichts über die Stabilisierung des Rentenniveaus im 100-Tage-Programm der Union? Weil Ihnen das nicht wichtig ist; deswegen steht es da nicht drin.

(Beifall bei der SPD)

Millionen Rentnerinnen und Rentner hätten es verdient, eine Antwort von Friedrich Merz heute im Bundestag zu hören, wie er sich die Zukunft der Renten vorstellt. Dieses Thema ist aber nicht wichtig für Sie. Stabilität für Rentnerinnen und Rentner und ein gesichertes Rentenniveau gibt es nur mit der Sozialdemokratie und Olaf Scholz.

(Beifall bei der SPD – Christian Dürr [FDP]: Leider nicht! Das ist das Problem!)

Das ist doch die Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dieses Land braucht eine starke Mitte. Dieses Land braucht eine Politik, die auf Investitionen setzt, die auf einen handlungsfähigen Staat setzt, die den Zusammenhalt dieses Landes prägt und dafür sorgt, dass die Menschen, die hart arbeiten und dieses Land am Laufen hal-

ten, entlastet werden. Es braucht eine politische Kultur, die den Kompromiss nicht in die Tonne tritt, sondern weiß, dass gerade für die Demokratie der politische Kompromiss etwas sehr Wertvolles ist. Und ich will es sehr klar sagen: Eine starke Mitte gibt es nur mit Olaf Scholz und der Sozialdemokratie.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne! Ich grüße Sie recht herzlich.

Wir fahren in der Debatte fort mit dem nächsten Redner: für die Unionsfraktion Alexander Dobrindt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Dobrindt (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Klingbeil, ich halte es schon für reichlich mutig, hier von Familienfeiern zu reden. Aus Ihrer Familie hörte man, dass Sie Onkel Olaf ganz loswerden wollten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Joana Cotar [fraktionslos])

Von daher hätte ich gedacht, dass Sie heute vielleicht die Gelegenheit wahrnehmen und auch von Ihrer Seite einmal eingestehen, dass Sie wenigstens ein bisschen Mitverantwortung für das Ampelchaos tragen, das wir in Deutschland zu ertragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Demut! Wo ist die Demut?)

Ein bisschen Mitverantwortung hätten Sie sich durchaus mit auf die Fahne schreiben können. Diesen Mut haben Sie aber nicht gefunden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen kann man Ihnen nur sagen, Herr Klingbeil: Da Sie an dieser Stelle die Schuld wiederum ausschließlich bei der Opposition suchen, war das eine verdammt selbstgerechte Rede.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Bundeskanzler, Sie haben sich am Sonntag beim Kanzlerduell mit dem Satz verabschiedet, Sie wollten, dass es „in Deutschland weitergeht und stabil bleibt“. Was meinen Sie denn damit, dass es so weitergehen soll? Dass es nach einem dritten Jahr der Rezession ein viertes Jahr der Rezession geben soll? Dass wir weiterhin auf Habecks grünes Wirtschaftswunder warten sollen? Was meinen Sie damit? Ist es ernsthaft Ihr Gefühl, dass die Menschen im Land wollen, dass es so weitergeht? Fragen wir doch einfach mal die Bürger! Wollen die Bürger weiterhin wirtschaftlichen Abstieg und Wohlstandsverlust haben? Die Antwort ist eindeutig: Nein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Dobrindt

- (A) Wollen sie weiterhin Belastungen für Mittelstand und Mittelschicht haben? – Nein.

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein!)

Wollen sie weiterhin eine Migrationspolitik, die die illegale Migration nicht zurückdrängt? – Nein.

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein!)

Und wollen sie eine Regierung, die ihnen ein Weiter-so verspricht? – Nein.

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein! – Christian Schreider [SPD]: Sind wir jetzt im Kindergarten oder was?)

Die Bürger wollen das nicht mehr, das Weiter-so.

(Beifall bei der CDU/CSU – Christian Schreider [SPD]: Das ist doch peinlich, was Sie hier aufführen! – Zuruf der Abg. Susanne Menge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Das ist Ihr Respekt, den Sie der Bevölkerung entgegenbrüllen, genau das ist Ihr Respekt. – Nach dieser Bilanz der drei Jahre, nach dieser Arroganz-Ampel, nach dieser Respektlospolitik, nach diesem Dauerregierungsstreit erklären Sie ernsthaft, es soll so weitergehen.

(Christian Schreider [SPD]: Sagen Sie was zur Deutschen Bahn, die Sie an die Wand gefahren haben!)

- (B) Und dann haben Sie, Herr Bundeskanzler, heute in Ihrer Rede auch noch deutlich gemacht, Sie wollten Führungsstärke statt Sprücheklopfen. Führungsstärke statt Sprücheklopfer! Ich kann nur sagen: Der größte Sprücheklopfer in den letzten drei Jahren, das waren eindeutig Sie selbst. Was haben Sie hier nicht alles erzählt: „im großen Stil abschieben“, „Bazooka“, „Wumms“, „Doppel-Wumms“, „Alice im Wunderland“. Sie haben wie in einem Comic gesprochen, Sie haben wie in einem Comic regiert, und jetzt stehen Sie vor dem Trümmerhaufen Ihrer Ampelregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Drei Jahre lang hat diese Ampelregierung das Gegenteil von dem gemacht, was objektiv richtig gewesen wäre: Als Sie die illegale Migration hätten stoppen müssen, haben Sie neue Anreize für Migration gesetzt. Als Sie die Energie hätten billiger machen müssen, haben Sie die Kernkraftwerke abgeschaltet. Als Sie den Mittelstand hätten entlasten müssen, haben Sie die Belastungen schlichtweg erhöht. – Die Ampelpolitik war eine permanente Politik gegen den gesunden Menschenverstand. Daraus entsteht zuerst Enttäuschung über die Politik, dann Entfremdung von der Politik, schließlich Empörung über die Politik. Und diese Empörung hat auch Auswirkungen auf die Stimmung, und das

(Zuruf der Abg. Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

zeigt sich auch in den Umfragen. Lieber Kollege Mützenich, auch Sie betonen hier ständig, dass Sie etwas gegen die AfD unternehmen wollen. Das glaube ich Ihnen; das sage ich ausdrücklich. Aber die Verdoppelung

der Werte der AfD in den Umfragen ist doch das Werk genau Ihrer Politik. Es ist doch das Teufelswerk der Ampel, das die so groß gemacht hat.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Dr. Ralf Stegner [SPD])

Herr Klingbeil, Sie haben heute hier noch mal versucht, uns vorzuwerfen, dass wir beim Zustrombegrenzungsgesetz nicht bereit waren, eine Mehrheit in der politischen Mitte des Parlaments zu organisieren.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Das stimmt ja auch!)

Das ist schlichtweg falsch. Am 12. September 2024 haben wir das Zustrombegrenzungsgesetz in den Deutschen Bundestag eingebracht. Am Freitag der vergangenen Sitzungswoche haben wir mehrfach versucht, mit Ihnen eine Einigung zu erzielen. Aber wir wollten eine Einigung, keine Vertröstung. Es brauchte eine Lösung. Zu einer Lösung waren Sie schlichtweg nicht bereit.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nein, Sie wollten keine Lösung!)

Ich möchte noch mal in Erinnerung rufen: Beim Zustrombegrenzungsgesetz geht es um Begrenzung, um die Aussetzung des Familiennachzugs, um die Stärkung bundespolizeilicher Kompetenzen. Jetzt erinnern Sie sich an Ihre Reden hier im Deutschen Bundestag: Sie sagen, Sie wollen illegale Migration begrenzen, aber wollen das nicht ins Gesetz reinschreiben.

(Zuruf der Abg. Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie beschließen in den Ministerpräsidentenkonferenzen, den Familiennachzug zu begrenzen, aber wollen das nicht ins Gesetz reinschreiben. Sie erzählen, dass die Bundespolizei zusätzliche Kompetenzen zur Aufenthaltsbeendigung braucht, aber wollen das nicht ins Gesetz reinschreiben. – Die Menschen merken, dass Sie hier nur Lippenbekenntnisse abgeben und keine Taten folgen lassen. Das Richtige zu erkennen und dennoch das Falsche zu tun, das ist der eigentliche Tabubruch, um den es hier geht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das haben Sie gemacht! – Bettina Hagedorn [SPD]: Was haben Sie an dem Wort „Tabubruch“ nicht verstanden?)

Sie sprechen hier davon, dass man mit einer Einigung in der Mitte des Parlaments dafür sorgen könne, dass die radikalen Parteien verschwinden oder zumindest kleiner werden. Ich will Ihnen mal Folgendes sagen: Stellen Sie sich nur für einen Moment vor, Sie hätten dem Zustrombegrenzungsgesetz, dessen Inhalte Sie hier ständig vertreten, zugestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn Sie dem zugestimmt hätten, wäre aus der Mitte des Parlaments heraus

(Bettina Hagedorn [SPD]: Sie kennen nur Erpressung!)

(C)
(D)

Alexander Dobrindt

- (A) das Signal gesendet worden zum Zurückdrängen der illegalen Migration. Und das wäre der Beginn vom Abstieg der AfD gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD)

Aber Sie haben sich nicht der Sache wegen, sondern aus taktischen Gründen anders entschieden,

(Bettina Hagedorn [SPD]: Nein, das waren Sie!)

und das ist der eigentliche Tabubruch hier im Haus.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Bei den Grünen, meine Damen und Herren, kommt zu dem Tabubruch auch noch ein ganz gehöriges Maß an Doppelmoral hinzu. Herr Habeck, Sie haben vorhin im Plenum von diesem Rednerpult aus, als Sie die zehn Maßnahmen angesprochen und eine sogenannte Sicherheitsoffensive gefordert haben, noch mal deutlich gemacht, dass zu einer Sicherheitsoffensive auch Schritte gehören, die irreguläre Migration weiter zu reduzieren und zu begrenzen. Das waren Ihre Worte. Diese Worte finden sich übrigens auch in dem Zehn-Punkte-Papier für eine Sicherheitsoffensive, das Sie an die Journalisten versandt haben.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist der Skandal?)

Wenn man heute auf die Internetseite der Grünen schaut,

- (B) (Dorothee Bär [CDU/CSU]: Die hat er gelöscht!)

dann findet man in Ihrem Zehn-Punkte-Papier genau diese Sätze nicht mehr.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Warum nicht?)

Sie haben diese Sätze gelöscht. Es gab offensichtlich einen Aufstand in der eigenen Partei, zumindest kann man das heute auf Onlineseiten so lesen. Lieber Herr Habeck, wenn Sie die Zuwanderung reduzieren und begrenzen wollen, warum können Sie sich dann in Ihrer eigenen Partei nicht durchsetzen? Wo sind die Sätze hin? Warum sind sie denn weg?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich kann Ihnen sagen, warum diese Sätze weg sind: Vollkommen egal, wie Sie persönlich darüber denken, in Ihrer grünen Partei gibt es schlichtweg keine Bereitschaft zur Begrenzung der illegalen Migration. Sie wollen schlichtweg nicht dafür sorgen, dass wir weniger Migration nach Deutschland haben. Sie reden davon, dass man Abschiebehindernisse beseitigen sollte. Fangen Sie doch bei sich selbst an! Das größte Abschiebehindernis in Deutschland ist doch die grüne Partei hier.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Was sagt die Grüne Jugend zu Habeck? – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ziemlich unterkomplex, Ihre Rede! – Zuruf des Abg. Felix Banaszak [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C) Ganz ehrlich: Auch was Sie hier an wirtschaftspolitischer Beschreibung abgeliefert haben, hat mit der Lage im Land rein gar nichts zu tun. Alle drei Minuten gibt in Deutschland ein Unternehmen auf. Seit über zwei Jahren fließen jede Woche 2 Milliarden Euro an Investitionen aus Deutschland ab. Von den 30 größten Wirtschaftsnationen liegen wir beim Wachstum auf dem letzten Platz. Offensichtlich haben Sie nichts davon zur Kenntnis genommen. Dagegen schreiben Sie ein Buch mit dem Titel „Den Bach rauf“. Herr Bundesminister, ich habe selten einen Buchtitel gesehen, der so wenig zum Autor und zur politischen Bilanz des Autors passt wie bei Ihrem Buch „Den Bach rauf“. Das Gegenteil ist schlichtweg der Fall. Ich sehe auch Plakate mit Ihrem Gesicht und dem Wort „Zuversicht“ darunter.

(Zurufe der Abg. Helge Limburg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Kennen Sie eigentlich die Text-Bild-Schere? Haben Sie davon schon mal etwas gehört? Mit Ihnen verbindet man nicht Zuversicht, mit Ihnen verbindet man den Abstieg von Deutschland. Das ist Ihre Bilanz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf der Abg. Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann haben Sie, Herr Habeck, heute hier versucht, uns die soziale Marktwirtschaft zu erklären.

(Heiterkeit des Abg. Hermann Gröhe [CDU/CSU])

(D) Aber Sie wollten die soziale Marktwirtschaft drei Jahre lang durch eine grüne Lenkungswirtschaft ersetzen.

(Zurufe der Abg. Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Julian Pahlke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das war doch das Ziel Ihrer Politik. Dann wollten Sie hier die Milliardenbeträge, die Sie ausgegeben haben, noch mal positiv darstellen: 2 Milliarden Euro für thyssenkrupp – gleichzeitig 11 000 Arbeitsplätze, die abgebaut werden –, 10 Milliarden Euro für Intel – kein einziger Stein steht heute auf dieser Baustelle –, 600 Millionen Euro für Northvolt, den Batteriebetrieb in Schleswig-Holstein; der Betrieb ist pleite, wie Sie wissen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Er weiß nicht, was das ist!)

Auf die Frage, ob das Geld weg ist, haben Sie vor wenigen Tagen geantwortet, das könne man nicht sagen, weil das Geld jetzt Teil der Insolvenzmasse sei. Ja, meine Damen und Herren, das ist die Kontinuität im Irrtum, die Sie hier dargestellt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Lassen Sie sich das sagen: Die Menschen, die Wirtschaft, sie wollen auch hier kein Weiter-so. Es geht nicht darum, mit riesigen Milliardenbeträgen einzelne Unternehmen zu subventionieren. Es geht darum, für die große

Alexander Dobrindt

- (A) Masse des Mittelstands in Deutschland die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Das ist ordentliche Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie haben sich in Ihrer Rede von diesem Platz aus für Ihre Energiepolitik gerühmt,

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dafür sollte man Robert Habeck auch rühmen! Das ist nämlich eine wirklich gute Politik!)

für die Energiepolitik, die – das konnte man letzte Woche überall lesen – dafür gesorgt hat, dass in Deutschland die höchsten Strompreise in Europa gezahlt werden. Übrigens konnte man weiter lesen, dass Frankreich im Jahr 2024 einen Rekord an Export von Atomstrom zu verzeichnen hat. Ein wesentlicher Teil davon geht nach Deutschland. Sie tragen dafür die Verantwortung, zeigen aber offensichtlich nicht die Bereitschaft, diese zu übernehmen. Stattdessen kommen eine ganze Menge von neuen Vorschlägen von Ihnen. Ein Vorschlag, den ich mit am interessantesten finde, ist: Der klimaneutrale Wasserstoff soll jetzt auch mit französischem Atomstrom erzeugt werden.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Ja!)

Ich finde das interessant: Rot-Grün schaltet mitten in der größten Energiekrise die deutschen Kernkraftwerke ab.

(Widerspruch bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Als Ersatz sollen jetzt Gaskraftwerke gebaut werden, die mit Wasserstoff betrieben werden. Diesen Wasserstoff wollen Sie aus französischem Atomstrom herstellen, um dann die neu gebauten Gaskraftwerke zu betreiben, die man ohne Abschaltung der Kernkraftwerke gar nicht gebraucht hätte.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Respekt!)

Was ist denn das für eine Energiepolitik, Herr Wirtschaftsminister?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Mit dieser Energiepolitik machen Sie uns in ganz Europa zum Gespött. Und ich sage Ihnen: Das ist nicht marktwirtschaftlich, das ist übrigens auch nicht sozialistisch. Das ist einfach nur dämlich, was Sie hier machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich hatte mir erhofft, dass Sie heute etwas dazu sagen, wie die Rahmenbedingungen für den Mittelstand in Deutschland weiter gestaltet werden sollen. Die Unternehmen stimmen seit Langem mit den Füßen ab.

(Zurufe der Abg. Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nicht am 23. Februar findet die Abstimmung über Ihre Wirtschaftspolitik statt. Sie findet bereits jetzt statt: Die Unternehmen verlassen den Standort Deutschland,

- (Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: (C)
Was sagen Sie denn dazu?)

die Arbeitsplätze schwinden, das Know-how geht weg, die Wertschöpfung verlässt unser Land. Das liegt daran, dass wir Unternehmensteuern haben, die schlichtweg nicht wettbewerbsfähig sind.

Jetzt schauen Sie mit großer Spannung auf die Vereinigten Staaten von Amerika, auf das, was da passiert. Vieles, was da passiert, ist durchaus befremdlich. Aber eines ist ziemlich sicher: Die Unternehmensteuern werden gesenkt werden. Die Anreize, dass Unternehmen aus Europa in die Vereinigten Staaten von Amerika gehen, werden erhöht werden. Deswegen wird es Zeit, dass wir den Kampf um die Wettbewerbsfähigkeit auf Augenhöhe aufnehmen und dafür sorgen, das Signal in die Wirtschaft zu geben: Sie können alle hierbleiben und produzieren, weil wir Wettbewerbsbedingungen schaffen werden, die es möglich machen, in Deutschland und Europa zu produzieren. Man muss nicht in die Vereinigten Staaten von Amerika gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Lassen Sie sich zum Abschluss dieser Wahlperiode sagen: Sie haben in drei Jahren Ampelregierung

(Christian Schreider [SPD]: ... mehr geschafft als Sie in vier Jahren!)

dieses Land schlicht in Unordnung gebracht. Es braucht jetzt eine Regierung, die wieder Ordnung schafft und die Politik in diesem Land verändert. Wir wollen nicht das Land verändern, wir wollen nicht die Menschen verändern. Wir wollen schlichtweg die Politik in diesem Land verändern. Darum geht es am 23. Februar. (D)

Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Die nächste Rednerin ist für Bündnis 90/Die Grünen Katharina Dröge.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Titel dieser Debatte ist „Zur Situation in Deutschland“. Und ich frage Sie ganz ehrlich, wer teils Sie eigentlich, wer uns hier gerade zuschaut und wie man die Menschen an dieser Stelle überzeugt? Was glauben Sie eigentlich, was die Menschen in diesem Land wirklich hören wollen?

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Wollte Herr Habeck Ihre Belehrungen nicht hören?)

Wenn die Union sich darüber beschwert, dass die SPD sich nur an der Union abarbeitet, und die Union dann gar nichts anderes zu tun hat, als sich ausschließlich in ihren Reden an dieser Regierung abzuarbeiten:

Katharina Dröge

- (A) (Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das ist ja wohl normal! Da ist die Opposition, da die Regierung!)

Glauben Sie irgendeinen in diesem Land interessiert die Selbstbeschäftigung des Deutschen Bundestages miteinander an dieser Stelle?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über Deutschland zu reden, heißt für mich, als Allererstes am Ende dieser Legislaturperiode ein Dankeschön auszusprechen, ein Dankeschön an die Millionen Menschen in diesem Land, die zwei Krisen hinter sich haben, die Coronakrise und den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Die Regierungskrise!)

an die Millionen von Menschen, die sich in diesen Krisen solidarisch gezeigt haben, an die Millionen von Menschen, die in diesen Krisen resilient waren,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

die in diesem Land angepackt haben, die gemeinsam dafür gesorgt haben, dass wir besser durch diese Zeit gekommen sind, als viele es gedacht hätten. Danke an Sie, sehr geehrte Damen und Herren in Deutschland! Es ist Ihre Leistung, und die war wirklich groß. Das gehört hier im Deutschen Bundestag an dieser Stelle auch gewürdigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Das Zweite, was zu sagen ist, wenn man über Deutschland redet: Lasst uns doch zuhören, was die Menschen uns sagen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Dann machen Sie mal!)

Sie, Herr Merz, haben eben in Ihrer Rede einen erstaunlichen Satz gesagt. Sie haben gesagt, wir hätten versucht, unsere linke Politik gegen eine erkennbare Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen, und damit wollten Sie Schluss machen. Dann lassen Sie uns doch mal anschauen, werte Kollegen von Union und FDP, was sich eine Mehrheit der Menschen in diesem Land so wünscht:

Eine Mehrheit der Menschen in diesem Land wünscht sich mehr Selbstbestimmung von Frauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eine Mehrheit der Menschen in diesem Land wünscht sich, dass der Deutsche Bundestag in dieser Woche die Chance gehabt hätte, über die Frage abzustimmen, ob man Frauen im Jahre 2025 zutraut, selbstbestimmt über das Thema Schwangerschaftsabbrüche zu entscheiden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

74 Prozent der Menschen in diesem Land sagen, das hätte passieren müssen. Selbst eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der Union fände es richtig, wenn das Parlament in dieser Woche diese Entscheidung hätte treffen können.

Eine Mehrheit der Menschen in diesem Land wünscht sich auch, dass wir etwas für bezahlbare Mieten tun. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Ja, was haben Sie denn gemacht? – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Zum Beispiel Wohnungen bauen!)

60 bis 70 Prozent der Menschen in diesem Land sprechen sich für eine staatliche Regulierung von Mieten aus. Eine Mehrheit der Menschen in diesem Land wünscht sich einen Mindestlohn von 15 Euro; 60 Prozent der Deutschen sind dafür. 86 Prozent der Deutschen in diesem Land sind für eine sichere Finanzierung des Deutschlandtickets, wogegen die CSU sich in dieser Woche gestellt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eine gigantische Mehrheit der Menschen in diesem Land wünscht sich, dass wir etwas gegen Kinderarmut tun. Ich finde es erschreckend, dass gerade die Kleinsten in diesem Land, gerade diejenigen, die unsere Zukunft sind, in dieser Debatte im Deutschen Bundestag so selten eine Rolle gespielt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Jörn König [AfD])

Der Schutz von Kindern, die Bekämpfung von Kinderarmut, das gute Aufwachsen von Kindern, das gehört in den Mittelpunkt der politischen Debatte und nicht an den Rand gedrängt. Kinder sind unsere Zukunft, und wer hier am Pult des Deutschen Bundestages steht, der hat den verdammten Job, funktionierende Vorschläge zu machen, wie Kinder in diesem Land aufwachsen sollen. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Mehrheit der Menschen in diesem Land wünscht sich schlichtweg, dass wir etwas für ihren Alltag tun. Falls es Sie wundert, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Union, warum diese Befragungen alle so eindeutig sind,

(Zuruf des Abg. Hermann Gröhe [CDU/CSU])

sage ich Ihnen: Das liegt an der Lebensrealität der Menschen in diesem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lebensrealität der Mehrheit der Menschen in diesem Land ist eben nicht, dass sie 100 000, 200 000 oder 300 000 Euro im Jahr verdienen. Die Hälfte der Deutschen verdient 44 000 Euro oder weniger im Jahr.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und diese Menschen fragen sich, wie sie sich ihren Alltag noch leisten sollen, und diese Menschen fragen uns, welche konkreten Antworten wir für ihren Alltag bieten.

Und zu all diesen Maßnahmen, die ich gerade vorgestellt habe, sagen wir Grünen: Ja!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katharina Dröge

- (A) All diese Maßnahmen wollen wir hier im Deutschen Bundestag beschließen. Mit all diesen Maßnahmen könnten wir ihr Leben ganz konkret besser machen.

Sie als CDU wollen das nicht. Sie sagen, Sie wollen Steuersenkungen in Höhe von 100 Milliarden Euro beschließen – trotz der Tatsache, dass Sie das im Rahmen der Schuldenbremse nicht darstellen können

(Christian Lindner [FDP]: Doch!)

und Ihnen selbst der Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft gesagt hat, dass das, was Sie hier vorschlagen, gegen die simpelsten Grundrechenarten verstößt,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

weil Sie null erklären können, wie das im Bundeshaushalt gegenfinanziert werden soll. Außerdem wollen Sie die Hälfte dieser 100 Milliarden Euro – 50 Milliarden Euro im Jahr – den reichsten 10 Prozent der Menschen in diesem Land geben. Das ist Ihre politische Prioritätensetzung! Darüber sollten wir reden.

(Beifall der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist nämlich eine schlechte Nachricht für 90 Prozent der Menschen in diesem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Wenn Sie denjenigen, die so hohe Einkommen wie wir haben, immer weiter mehr Geld geben wollen, dann ist das nicht gerecht. Das ist nicht zukunftsfähig, sondern das ist am Ende einfach eine Verschwendung von Geld, das wir an anderer Stelle dringend gebrauchen könnten.

Was wir wirklich miteinander tun könnten – auch dafür gibt es eine Mehrheit in diesem Land –, wäre, dafür zu sorgen, dass wir in unsere Zukunft investieren. Wenn mich Schüler in meinem Wahlkreis in Köln-Chorweiler fragen,

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Wer regiert denn in NRW eigentlich?)

ob junge Erwachsene, ob junge Menschen uns eigentlich so wenig wert sind, dass wir es zulassen, dass sie in vollkommen maroden Schulen lernen,

(Bettina Stark-Watzinger [FDP]: Wer ist denn dafür zuständig?)

dann ist meine Antwort: Nein, wir müssten das nicht zulassen. Wir könnten etwas dagegen tun.

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Was macht die schwarz-grüne Regierung dagegen?)

Wir könnten eine Sanierungsoffensive für die Schulen in diesem Land gemeinsam hier im Deutschen Bundestag beschließen, wenn es eine politische Mehrheit dafür gäbe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Sie haben die Regierung gestellt!)

Wenn Unternehmer in diesem Land mich genervt fragen, warum keine Güterzüge mehr auf die Schiene passen und warum die Brücken so marode sind, dass die Lkws im Stau verenden, dann ist meine Antwort: Das müsste nicht so sein. (C)

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Sie hatten eine Mehrheit hier im Parlament! Das ist Ihre Sache! Das gibt's doch überhaupt nicht! Wie kann man denn so ignorant sein?)

Wir könnten gemeinsam etwas dagegen tun, wir könnten uns gemeinsam für eine Infrastrukturoffensive entscheiden, wenn wir die Mehrheit im Deutschen Bundestag hätten, entschlossen zu investieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn die Schülerinnen und Schüler am Freitag zum Klimastreik auf die Straße gehen und uns fragen: „Habt ihr als Deutscher Bundestag wirklich nicht mehr im Angebot, was ihr in Sachen Klimaschutz beschließen könntet?“, dann ist die Antwort: Natürlich gibt es mehr, was wir tun könnten. Wir könnten Bus und Bahn so ausbauen, dass sie überall fahren, auch auf dem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir könnten Tempo machen beim Ausbau der Stromnetze, sodass billiger Strom aus dem Norden selbst in Bayern ankommt.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Wer hat denn regiert hier? Das sind doch Potemkinsche Dörfer, die Sie da aufstellen!) (D)

Wir könnten die Industrie stärker unterstützen, sodass sie mehr in klimaneutrale Produktionstechnologien investieren könnte. Wir könnten einen flächendeckenden Ausbau der Elektromobilität, der Ladesäuleninfrastruktur in diesem Land hinkriegen und damit zu fairer und klimagerechter Mobilität in diesem Land kommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Wie lächerlich kann man sich eigentlich machen?)

Das alles wäre möglich, wenn es dafür eine politische Mehrheit im Deutschen Bundestag gäbe.

(Beifall des Abg. Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dafür braucht es aber tatsächlich drei Fraktionen: Es braucht die SPD, es braucht die Grünen, und es braucht die CDU/CSU dafür; denn das alles ist nur möglich, wenn wir gemeinsam die Schuldenbremse reformieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dafür könnten wir unser Grundgesetz miteinander reformieren. Das können zwei Fraktionen alleine nicht tun.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Sie müssen Schwerpunkte setzen!)

Damit hätten die Menschen am Ende ein Land, das sie verdient hätten, ein Land, das einfach funktioniert.

Katharina Dröge

- (A) Mit den 100 Milliarden Euro, die Sie jedes Jahr ausgeben wollen, um sie den Reichsten zu schenken, könnten wir gute Schulen, schnelles Internet, eine funktionierende Bahn, sanierte Brücken und am Ende auch noch Klimaschutz ermöglichen.

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Sie haben jahrelang nichts unternommen! Nichts!)

Wenn Sie sich dagegen entscheiden, dann entscheiden Sie sich gegen ein funktionierendes Land, dann entscheiden Sie sich für die Politik der letzten 16 Jahre, die Sie verantwortet haben, für ein marodes Land, das notwendige Reformen aufschiebt, das am Ende nicht in die Zukunft investiert.

(Zuruf: Kaputtgespart!)

Das ist dann Ihre Prioritätensetzung.

Wir bieten Ihnen etwas anderes an. Gemeinsam mit der SPD bieten wir Grünen Ihnen an, in die Zukunft zu investieren. Unser Land hätte das echt verdient.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein letzter Satz zu diesem Wahlkampf. Ich glaube, dieses Land hat einen anderen Wahlkampf verdient als einen Wettbewerb aus Empathielosigkeit und Härte.

(Lachen des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD])

Am Sonntagabend sahen wir ein Fernsehduell zwischen den Kandidaten von SPD und CDU, und es ging bei dem Thema Bürgergeld ausschließlich darum, wer die schärfsten Sanktionen in diesem Land beschließen kann – ohne einen einzigen Satz von Empathie und Mitgefühl gegenüber den 1,5 Millionen Kindern, die auch auf Bürgergeld angewiesen sind,

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

gegenüber Menschen, die krank sind und nicht arbeiten können, gegenüber Alleinerziehenden, die Kinder versorgen müssen und deswegen nicht ausreichend arbeiten gehen können, gegenüber Menschen, die aufstocken müssen. Und es wurde über Asyl geredet – ohne einen einzigen Satz des Mitgefühls gegenüber Menschen, die vor dem Schlimmsten fliehen: Terror, Krieg, Tod. Nicht mal den Kindern hat man gesagt: Wir wissen, ihr sucht hier einfach nur Sicherheit und Schutz, und wir Politiker, die wir die Verantwortung tragen, versprechen euch: Diesen Schutz gewähren wir euch. – Wenn diese Sätze des Mitgefühls

(Beatrix von Storch [AfD]: Wie wäre es mal mit Mitgefühl mit den Toten hier?)

abhandenkommen in der politischen Debatte, dann gerät etwas ins Rutschen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, politische Verantwortung und politischer Anstand heißt, dass man sich auch vor diejenigen stellt, die am wenigsten eine Stimme haben im gesellschaftlichen Diskurs, vor diejenigen, die am wenigsten für sich sprechen können und die am leichtesten zu Sündenböcken in der Gesellschaft gemacht werden können. Politische Verantwortung und politischer Anstand heißt, das

ausgerechnet nicht zu tun. Ich kann nur an Sie appellieren: Wir können diesen Wahlkampf besser; Sie können diesen Wahlkampf besser! (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die FDP-Fraktion ist der nächste Redner Christian Dürr.

(Beifall bei der FDP)

Christian Dürr (FDP):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Die Redezeit gibt mir die Gelegenheit, auf das eine oder andere einzugehen. Ich möchte, verehrte Kolleginnen und Kollegen, auf den Parteivorsitzenden der SPD eingehen. Er hat hier gesagt, der politische Kompromiss ist etwas sehr Wertvolles. Herr Klingbeil, ich teile das ausdrücklich: Der politische Kompromiss der Demokraten ist etwas sehr Wertvolles. Deswegen haben wir am vorvergangenen Freitag unter Demokraten zusammengesessen. Es gab einen Gesetzentwurf der CDU/CSU,

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD])

und es war die Initiative meiner Fraktion und von mir, dass die Demokraten sich an einen Tisch setzen, um zu genau diesem Kompromiss zu kommen.

(Beifall bei der FDP)

Ich erkenne an, dass die Union bereit war, Änderungen an ihrem eigenen Gesetzentwurf vorzunehmen. Mein Vorschlag war, einen Gesetzentwurf von Ihnen gemeinsam mit dem Gesetzentwurf der Union zu beschließen. Es ging um Punkte, die in Wahrheit inhaltlich von der breiten Mitte des Hauses geteilt werden, insbesondere auch von den deutschen Ministerpräsidenten. (D)

Herr Klingbeil, was nicht geht, ist, im Fernsehen zweimal – nach dem TV-Duell bei Frau Miosga und davor in einer anderen deutschen Fernsehsendung – von „Kompromiss“ zu reden, zu sagen, dass man noch vor der Bundestagswahl – das war Ihre öffentliche Zusage – zu einem Beschluss im Deutschen Bundestag kommen kann, obwohl der Herr, der neben Ihnen sitzt, Herr Mützenich, in genau diesen Gesprächen jeden Kompromiss verhindert hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Die Frage ist: Wollten Sie die Probleme lösen, oder wollten Sie die Probleme nur großmachen vor der Bundestagswahl? Das ist die Frage.

Es war ja meine Initiative, diese Gespräche zu führen. Deswegen will ich auf das eingehen, was die Kollegin Dröge hier gerade gesagt hat in Bezug auf die Migrationspolitik, auch in Bezug auf die Frage, wie die deutsche Politik und die Verantwortlichen umgehen mit Menschen, die es schwieriger im Leben haben, mit den sozial Schwachen, mit Menschen mit kleinem Einkommen. Frau Dröge, Sie haben hier eine flammende Rede darüber gehalten, wie man kommuniziert. Wissen Sie was? Ich

Christian Dürr

- (A) mache Politik in Deutschland, damit es den Menschen besser geht, damit wir weniger sozial Schwache haben, damit es keine Fremdenfeindlichkeit gibt, weil ich will, dass die Probleme in Deutschland gelöst und nicht nur thematisiert werden.

(Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: So ist es!)

Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und da kommen wir zu einem sehr wichtigen Thema – jetzt hätte ich gerne den Bundeskanzler und den Wirtschaftsminister angesprochen; sie sind zwar nicht da, aber sie hören sicherlich zu –, nämlich zur wirtschaftlichen Situation unseres Landes. Zum dritten Mal in Folge sind wir in der Rezession. Die Industrieproduktion ist im Dezember gegenüber dem November um 3,3 Prozent gefallen; seit 2017 ist unsere Industrieproduktion um 27 Prozent zurückgegangen. Das alles ist Statistik, erst mal nur Zahlen und Bilanzen von Unternehmen. Aber wissen Sie was, liebe verbliebene Kabinettsmitglieder? Dahinter stecken Schicksale von Menschen, von Familien.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dahinter stecken Schicksale in Deutschland, meine Damen und Herren.

- (B) Was nicht geht, ist, so zu reden, wie Robert Habeck und Olaf Scholz hier heute Morgen geredet haben. Das war ein einziges Weiter-so. Deutschland hat mehr Chancen verdient und nicht diesen Stillstand, den Sie qua Rede weiter verwalten wollen, Herr Scholz.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Genau das haben Sie hier angekündigt: einfach nur so weitermachen.

Deswegen will ich eines sagen. Herr Bundeskanzler, Sie haben eben zum Bürokratieabbau gesagt: „Wir haben der EU Beine gemacht.“ Wissen Sie was? Was ist denn mit der Lieferkettenrichtlinie, mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung, mit der sogenannten Entwaldungsverordnung? Alle reden über den Standort Deutschland. Aber die Frage ist doch: Gibt es demokratische Mehrheiten dafür, dass dieser Standort endlich wieder durchstarten kann, in Berlin und in Brüssel? Dafür braucht es eine starke Bundesregierung, die durchsetzungsfähig ist.

Meine Damen und Herren, Herr Bundeskanzler, ich hätte mir gewünscht – da läuft er –, dass Sie nicht irgendjemandem Beine gemacht hätten, sondern dass Sie den Leuten im Kabinett Beine gemacht hätten, Herrn Heil, Frau Lemke. Die sitzen doch alle da. Null haben Sie denen Beine gemacht! Null!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Dorothee Bär [CDU/CSU])

Da war auch keine Führungsstärke in den letzten drei Jahren.

Deswegen will ich zum Abschluss eines sagen: Ja, Herr Merz, wir brauchen einen Personalwechsel im Bundeskanzleramt. Das teile ich ausdrücklich; ich habe es gerade noch einmal unterstrichen. (C)

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Aber!)

Aber: Deutschland braucht nicht nur einen Personalwechsel; die Bundesrepublik Deutschland braucht endlich auch einen Politikwechsel, und dafür stehen die Freien Demokraten bei dieser Bundestagswahl.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Tino Chrupalla für die AfD-Fraktion ist der nächste Redner.

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten)

Tino Chrupalla (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Landsleute! Mit dieser Plenardebatte und mit diesem Sitzungstag schließt sich nicht nur die 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages; nach dreieinhalb Jahren haben wir auch endlich das Ampelexperiment überstanden. Nach 16 Jahren des politischen Stillstands und beginnender Demontage Deutschlands unter Angela Merkel hat diese Koalition seit 2021 den wohl radikalsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbau dieses Landes umgesetzt. (D)

Herr Bundeskanzler, was hinterlassen Sie und Ihr Kabinett nun? Im Wahlkampf wollen Sie klarmachen, was Sie persönlich alles geleistet haben; das haben Sie ja auch heute in Ihrer Rede deutlich gemacht. Für unser Land wäre es sehr gut gewesen, wären Sie als sozialdemokratischer Koalitionsführer und Bundeskanzler in den vergangenen Jahren so selbstbewusst aufgetreten. Dann wäre nämlich der Scherbenhaufen Ihrer Politik, den Sie hinterlassen, wesentlich kleiner.

Auch vermisse ich von allen Vertretern der Regierung und gerade auch von der FDP, Herr Dürr, eine große Portion Demut. Mit dem, was Sie hier gerade vorgetragen haben, tun Sie so, als wenn Sie damit nichts zu tun hätten. Sie haben den Koalitionsvertrag mit den ganzen Punkten, die Sie und auch Herr Lindner nun kritisieren, unterschrieben. Sie haben mitgemacht.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Thomas Seitz [fraktionslos])

Sie haben dem Handwerk, dem Mittelstand das Rückgrat gebrochen. Sie sind mitverantwortlich. Und heute sprechen Sie von „Wahrheit“ und „Verantwortung“. Sie werden die Quittung Ende des Monats bei der Bundestagswahl bekommen. Ich hoffe, dass Ihre Partei diesem Bundestag nicht mehr angehört.

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten – Zuruf des Abg. Christian Dürr [FDP])

Tino Chrupalla

- (A) Das Vertrauen in die Politik ist gesunken. 40 Prozent der aktuell Wahlberechtigten wissen nicht, was sie wählen sollen.

(Judith Skudelny [FDP]: FDP!)

Es gibt eben auch noch Bürger außerhalb der Berliner Blase, und diese Bürger wollen Lösungen für die Probleme sehen. Sie wollen, dass diese Probleme endlich angegangen werden. Darauf haben sie auch einen Anspruch, und dafür wurden wir alle in dieses Parlament gewählt.

Aber anstatt Deutschland konstruktiv zu entwickeln, blockieren Sie sich gegenseitig. Während Sie streiten, werden um Deutschland und Europa herum die Weichen für die Zukunft gestellt, wirtschaftlich und politisch. Es werden Fakten geschaffen. Unsere europäischen Nachbarn investieren in die Forschung und Weiterentwicklung der Kernkraft. Sie bringen derweil unser Land in die vorindustrielle Zeit zurück und hoffen auf Wind und Sonne, die ja keine Rechnung schicken. Das sehen wir ja alle. Sie nehmen es hin, dass mit Nord Stream unsere kritische Infrastruktur zerstört wird, und bemühen sich nicht einmal um Aufklärung; es ist Ihnen schlichtweg egal, Herr Merz. Vielmehr erklärt Herr Habeck, dass Deutschland nicht einseitig von Russland abhängig sein darf, während er nur noch einseitig Fracking-Gas von den Vereinigten Staaten kauft. Meine Damen und Herren, wir steuern mittlerweile zurück ins Mittelalter. Nur haben wir jetzt Windräder und Elektroautos, aber noch immer keine Netzstruktur oder Energiespeicher.

- (B) In Ihrem Übereifer haben Sie, Herr Habeck, samt Ihrer Kollegen der grünen Partei die Lobbyinteressen – das war Ihnen wichtig – der Firmen und Berater aufs Beste bedient. Allerdings blieben diejenigen auf der Strecke, die diese hysterischen Maßnahmen zu bezahlen haben, nämlich die Bürger, der Mittelstand und das Handwerk.

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten)

Wir sind mittlerweile Weltmeister bei Gesetzen mit Verbotscharakter – siehe das Heizungsgesetz, siehe das Verbrennerverbot, und die Coronazeit möchte ich hier nicht unerwähnt lassen –, Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum und mittlerweile Spitzenreiter bei den Staatsausgaben.

Über Monate und Jahre waren wir als Alternative für Deutschland die einzige Opposition im Deutschen Bundestag, das Korrektiv für diese Bundesregierung. Ich persönlich und meine Fraktion haben schon zu Beginn dieser Legislatur vor der Deindustrialisierung Deutschlands gewarnt. Das wurde sowohl durch Sie als auch durch Ihre geneigten Medienvertreter als Verschwörungstheorie verurteilt.

Und wo stehen wir heute? Die Energiekosten und die Lohnnebenkosten sind zu hoch, die Bürokratie ist erdrückend. Dafür gibt es aber eine minderwertige Infrastruktur. Die „Tagesschau“ schrieb gestern dazu – Zitat –, Experten würden schon seit Jahren vor einem Industriersterben warnen. Und wo war die Bundesregierung? Sie hat selbstverliebt ihr Steckenpferd geritten und mit der

Zukunft unserer Kinder gepokert. Dabei hatte diese Ampelregierung schon lange keine Mehrheit mehr im deutschen Volk. (C)

Deutlich wurde das auch nach der vergangenen Plenarwoche. Als Reaktion auf die schrecklichen Morde an Kindern und Erwachsenen wurde diese Bundesregierung mit Stimmen meiner Fraktion aufgefordert, endlich Maßnahmen zur Grenzsicherung, Ausweisung von Straftätern und Verschärfung des Asylrechts durchzusetzen. Herr Dürr, auch das haben Sie scheinbar vergessen: Ein Viertel Ihrer Fraktion hat diesen Dingen nicht zugestimmt. – So viel zu Ihrer Partei und Fraktion.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Thomas Seitz [fraktionslos])

Die Reaktionen, gerade auch die der Unionsfraktion, sprechen seitdem für sich. Herr Merz glaubte, damit das Migrationsthema für sich vereinnahmen zu können. Gemeinsam mit fast allen anderen Parteien fabuliert die Union nun nicht davon, wie die Sicherheit in diesem Land gewährleistet werden kann, sondern von Brandmauern. Das ist Ihnen wichtig; das ist Ihr wichtigstes Thema.

Verehrte Kollegen, Sie bauen eine Brandmauer, um über 20 Prozent der Wähler und 40 Prozent der Wähler im Osten auszugrenzen. Wie lange wollen Sie denn dieses Freund-Feind-Muster noch durchhalten? Herr Merz, Sie sind genauso ein Politiker der Vergangenheit, wie es Olaf Scholz ist.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Thomas Seitz [fraktionslos] – Julia Klöckner [CDU/CSU]: Und Sie waren noch nie einer!) (D)

Für uns gilt eins: Geduld ist der Mut der Gelassenheit. Denn die Realität und die Wirklichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird Sie alle einholen. Glauben Sie mir: Sie handeln nicht zum Wohle der Bürger. Und dass Sie überhaupt über die innere Sicherheit in unserem Land nachdenken, ist unser Erfolg; das ist der Erfolg der Alternative für Deutschland.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Thomas Seitz [fraktionslos])

Wir sind die einzige Oppositionsfraktion dieses Hauses, die ihre Politik an den Interessen Deutschlands ausrichtet, ohne zuerst auf mögliche Koalitionspartner zu schießen, wie es Herr Merz macht. Wir werden auch nach der Wahl die Diskussion um eine gute Migrationspolitik vorantreiben.

Grundvoraussetzungen dafür sind und bleiben ein gutes Verhältnis zu möglichst allen Staaten der Welt und vor allen Dingen Frieden. Wir müssen unsere Interessen klar formulieren, die der Partner kennen und uns vor allem wertschätzend verhalten. Porzellan wurde, wertgeleitet durch Frau Baerbock, genug zerschlagen. Das hat nun ein Ende. Herr Mützenich, die Bürger werden am 23. Februar das Tor zum Paradies aufstoßen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Wahltag ist Zahntag, Herr Mützenich.

(Beifall bei der AfD)

Tino Chrupalla

- (A) Eines steht auch fest – das möchte ich noch zum Schluss erwähnen –: Im Jahr 2025 brauchen wir keinen Ostbeauftragten mehr. Der Ostbeauftragte heißt „Alternative für Deutschland“.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Den Habeck brauchen wir nicht mehr!)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort Kathrin Michel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kathrin Michel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Česceni knjenje a knježa! Die Lausitz, eine Region mit starkem Charakter, geprägt von Wandel, Tradition und harter Arbeit: Tagebauland, Sorbenland, Energieland, Seenland – meine Heimat, Osten. Vor Jahren haben wir gesagt: Die Kohle geht, aber die Zukunft wird wachsen. Wesentlich zum Wachstum beigetragen haben ein starker Mittelstand, Fleiß, Ehrgeiz und gezielte Investitionen in die Transformation der Wirtschaft. Alte Industrie weicht neuen Technologien, erneuerbare Energien und Zukunftsbranchen entstehen. Nicht das Zögern bringt uns weiter, sondern Investitionen in Zukunftsbranchen, sichere Arbeitsplätze und gute Löhne.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(B)

Wer bremst und keinen Plan hat, wie die CDU, wird die Zukunft verspielen. Die Merz-CDU hält an der Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form fest wie an einem Heiligtum. Das bedeutet weniger Investitionen, kaputte Infrastruktur und verpasste Zukunftschancen.

Gute Arbeit braucht Investitionen, am besten „made in Germany“. Ohne die Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden–Bautzen–Görlitz und ohne moderne Forschungsinstitute wie das Living Art of Building gibt es eben keine sicheren Arbeitsplätze, und so wird die Schuldenbremse zur Zukunftsbremse.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gerechte Löhne brauchen einen starken Staat. Nur wenn wir die Tarifbindung stärken und den Mindestlohn absichern, haben alle eine faire Chance. Sichere Renten brauchen Mut zur Veränderung. Seit 2023 sind die Renten in Ost und West angeglichen, und wir werden das Rentenniveau stabil halten.

(Beifall bei der SPD)

Das geht nicht mit Kürzungen, sondern nur mit guten Löhnen und stabiler Finanzierung.

Die Lausitz braucht dringend Fachkräfte. Kein Jugendlicher darf künftig ohne Abschluss die Schule verlassen und dann unversorgt bleiben. Raus aus der Schule und rein in die Berufsausbildung, das muss die Devise sein!

(Beifall bei der SPD)

(C) 2023 haben in Sachsen internationale Arbeitskräfte für ein Beschäftigungswachstum gesorgt. 400 000 Arbeitende in Ostdeutschland ohne deutschen Pass erwirtschafteten 24,6 Milliarden Euro; das entspricht 5,8 Prozent der ostdeutschen Bruttowertschöpfung. Auch wenn es die Mitglieder des Hauses von ganz rechts außen nicht wahrhaben wollen: Ausländische Arbeitskräfte tragen zum wirtschaftlichen Wohlstand bei uns bei.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle profitieren davon, auch Sie. Umso wichtiger ist es doch, dass unser Land weltoffen bleibt, und das im wahrsten Sinne des Wortes.

Die Lausitz ist eine Region im Aufbruch, mit krassen Menschen, einer starken Geschichte und einer Zukunft, die wir gemeinsam genau jetzt in unsere Hände nehmen. Wir werden weitere Brücken in das Miteinander bauen. Sie allein entscheiden am 23. Februar, in welcher Gesellschaft Sie künftig wohnen wollen. Ich möchte in einer solidarischen und weltoffenen Gesellschaft wohnen, und nicht im „Paradies“ von Herrn Chrupalla.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Džakuju so, und Glück auf!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

(D) Der nächste Redner für die Unionsfraktion ist Thorsten Frei.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thorsten Frei (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit vielen Legislaturperioden führen wir unmittelbar vor der Bundestagswahl diese Debatte zur Lage und zur Situation in Deutschland. Wenn wir das jetzt wieder tun und wenn ich diese Debatte hier verfolge, dann fühle ich mich erinnert an einen ganz einfachen Satz, den der Wahlkämpfer Ronald Reagan vor etwa 44 Jahren in der Endphase seines Wahlkampfes gesagt hat. Es war ein einfacher Satz, der dann berühmt geworden ist. Er hat seine Zuhörer gefragt: Geht es Ihnen heute eigentlich besser als vor vier Jahren?

Wenn die Menschen am 23. Februar bei der Bundestagswahl darüber entscheiden, in wessen Hände sie ihr Schicksal legen, das Schicksal ihrer Familien, das Schicksal unseres Landes, dann stellen sie sich vorher vielleicht auch solche Fragen: Geht es uns heute besser als vor vier Jahren? Haben wir ein höheres Wirtschaftswachstum als vor vier Jahren? Haben wir eine niedrigere Arbeitslosigkeit? Ist Deutschland ein sicherer Ort als vor vier Jahren? Haben wir vor vier Jahren eigentlich schon über schleichende Deindustrialisierung gesprochen?

(Christian Lindner [FDP]: Ja, haben wir!)

Thorsten Frei

- (A) Und müssen wir heute weniger tief in den Geldbeutel greifen, wenn wir zum Wocheneinkauf in den Supermarkt gehen? Ich glaube, man muss nicht CDU-Mitglied oder FDP-Mitglied sein, um auf alle diese Fragen mit Nein zu antworten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wer das tut, wer auf diese Fragen mit Nein antwortet, der sagt eben auch ein vielfaches Nein zu Robert Habeck und Olaf Scholz, zu der Regierung, die die letzten vier Jahre dafür verantwortlich war, dass wir in der Situation sind, in der wir heute sind.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es für uns darum, aus dieser Situation wieder herauszukommen und sich die Frage zu stellen, wie das eigentlich passieren konnte. Wenn man die Rede des Bundeskanzlers gehört hat, wenn man auch das gehört hat, was er bei der Regierungserklärung vor zwei Wochen oder im Duell am vergangenen Sonntag gesagt hat, dann hat man festgestellt: Da war nur davon die Rede, dass er alles richtig gemacht hat und alle anderen schuld sind an der aktuellen Situation: Die Opposition ist schuld, weil sie die Genialität des Regierungshandelns nicht erkennt; das Ausland ist schuld, weil man deutsche Produkte nicht mehr kauft; die Bundesländer sind schuld, weil sie die Gesetze nicht richtig ausführen. Aber die Wahrheit ist: In all diesen Reden gibt es keinen Satz, der beispielsweise die Sorgen und Nöte der Menschen adressiert hätte. Da war kein Respekt, sondern da war nur Selbstgerechtigkeit – nur Selbstgerechtigkeit!

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD: Oh!)

- (B) Eine ganz große Rolle hat gespielt, was die AfD macht, tut und sagt. Aber, Herr Bundeskanzler, unter Ihrer Kanzlerschaft ist die AfD von Erfolg zu Erfolg geeilt. Unter Ihrer Kanzlerschaft haben sich die Zustimmungswerte der AfD mehr als verdoppelt. Unter Ihrer Kanzlerschaft ist die Demokratie, insbesondere im Osten Deutschlands, an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gekommen. Ich weiß nicht, aber im Zweifel kann man von einem Bundeskanzler, zumal in Wahlkampfzeiten, wohl keine Selbstkritik erwarten. Aber ein kleines bisschen Nachdenklichkeit, wie es zu dieser Situation kommen konnte und wie man da wieder rauskommt, hätte man von Ihnen in Ihrer Rede heute schon erwarten können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn man darüber nachgedacht hätte, dann hätte man vielleicht auf die Idee kommen können, dass das Erstarken dieser Rechtspopulisten und Rechtsradikalen auch damit zu tun haben könnte, wie Sie die vergangenen drei Jahre innerhalb und außerhalb dieses Parlaments geredet haben. Mit „unseriös“, „gefährlich“ und vielen anderen Begriffen haben Sie am 6. November des letzten Jahres die FDP bezeichnet und damit im Grunde genommen den Bilanzstrich unter Ihre Regierungskoalition gezogen. Das war sicherlich kein Ansatz, der die AfD hätte kleiner machen können.

Darüber hinaus haben Sie eine Wirtschaftspolitik betrieben, die dazu geführt hat, dass wir jetzt in das dritte Jahr der Rezession gehen – das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, zugleich als

einziges Land in Europa und darüber hinaus. Wir sind unter den vergleichbaren Volkswirtschaften und Industrieländern das einzige Land, das schrumpft! Das kann nicht mit allen anderen zusammenhängen, sondern im Grunde genommen nur mit einer verfehlten Politik in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es hat eben seine Auswirkungen, wenn man weltweit mit die höchsten Strom- und Energiepreise hat, wenn man weltweit eine Bürokratie hat, die ihresgleichen sucht, wenn man seit vielen Jahren die Unternehmensteuern nicht mehr reformiert und damit auch keine Wettbewerbsfähigkeit zu anderen Ländern hergestellt hat. Und wenn man eine Politik macht, die Leistung und Einsatz nicht mehr belohnt, sondern wo sich diejenigen, die sich einsetzen, die kämpfen, die arbeiten, die etwas für sich, für ihre Familien und für die Gesellschaft im Ganzen tun, als die Dummen vorkommen, dann erntet man die Ergebnisse der Politik, die Sie diesem Land beschert haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb werden wir nach dem 23. Februar in diesem Land dieser Regierung eine Regierung entgegensetzen, die auf genau diese Punkte Wert legt. Wir werden Wirtschaftswachstum brauchen in einer alternden Gesellschaft, weil wir ansonsten keine Infrastruktur – keine Straße, keine Schiene, keine digitale Infrastruktur – bezahlen können. Sie reden hier über Schulen. Dafür muss man nicht die Schuldenbremse lösen, dafür muss man in Deutschland eine Politik für Wirtschaftswachstum machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf der Abg. Bettina Hagedorn [SPD])

Wenn Sie den Sozialstaat finanzieren wollen, brauchen Sie Wirtschaftswachstum. Wer in unserem Land Sicherheit nach innen und nach außen will, der braucht Wirtschaftswachstum.

(Saskia Esken [SPD]: Hunderte von Milliarden Euro! – Zuruf des Abg. Dr. Johannes Fechner [SPD])

Deshalb müssen wir unsere Politik darauf ausrichten – auch im Bereich der Migrationspolitik. Das, was wir heute im Land sehen, sind die Ergebnisse einer Politik, die Sie seit drei Jahren verfolgen und die von 80 Prozent der Menschen in Deutschland abgelehnt wird. Das ist eine Tatsache. Deshalb müssen Sie umkehren! Sie müssen eine andere Politik machen!

(Zuruf der Abg. Bettina Hagedorn [SPD])

Sie werfen uns vor, dass unsere Vorschläge nicht rechtskonform wären. Sie begründen das an keiner einzigen Stelle.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Es liegt doch alles auf dem Tisch!)

(C)
(D)

Thorsten Frei

- (A) Aber wir müssen uns Belehrungen von einer Regierungskoalition anhören, die dafür verantwortlich ist, dass im Juli 2023 das erste Mal ein Gesetzgebungsvorhaben im Deutschen Bundestag durch einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts gestoppt worden ist.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Genau so ist es!)

Es war das Gebäudeenergiegesetz von Habeck.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie tragen Verantwortung dafür, dass am 15. November 2023 das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein Haushalt für nichtig erklärt worden ist. Und Sie wollen uns sagen, was Recht ist und was möglich ist? Ich glaube nicht, dass Sie die richtigen Ratgeber dafür sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie beklagen, dass wir nur über Migration und nicht über Integration sprechen. Sie sind doch diejenigen, die einen Bundeshaushaltsentwurf für dieses Jahr vorgelegt haben, in dem die Mittel für Sprach- und Integrationskurse von 1,1 Milliarden Euro auf 500 Millionen Euro mehr als halbiert worden sind. Das geht einfach nicht!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Man kann nicht die Scheunentore aufmachen und dann, wenn es um Integration geht, den Geldbeutel zu. Das passt nicht zusammen. Das ist eine unverantwortliche Politik.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Im Hinblick auf den 23. Februar möchte ich sagen: Unser Land hat schon so viel geschafft in der Geschichte.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: „Wir schaffen das!“)

Nach der vollständigen Niederlage 1945 waren es mutige, fleißige Männer und Frauen, die dieses Land wieder aufgebaut und zur drittgrößten Wirtschaftsnation der Welt gemacht haben. Während der Teilung bis 1989 haben Millionen Menschen im Osten Deutschlands der Tyrannei die Stirn geboten und sich für Freiheit eingesetzt und dafür gekämpft. Wir fragen uns jetzt, was uns eigentlich daran gehindert hat, in den letzten drei Jahren erfolgreich Politik für unser Land zu machen: Es war diese Regierung.

(Widerspruch der Abg. Nezahat Baradari [SPD])

Sie haben sich in der Regierung gestritten und haben eine verfehlte Migrations- und Wirtschaftspolitik gemacht. Sie sind dafür verantwortlich, dass wir an den Themen vorbei gearbeitet haben. Deshalb brauchen wir jetzt eine neue Regierung unter der Führung eines Bundeskanzlers Friedrich Merz, damit unser Land wieder nach vorne kommt.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Mit SPD!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

(C)

Für die Gruppe Die Linke hat nun das Wort Heidi Reichinnek.

(Beifall bei der Linken)

Heidi Reichinnek (Die Linke):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ganz spannend, wenn man, wie meine Partei, an Hunderttausenden Haustüren klingelt, mit den Leuten spricht und vor allem zuhört.

(Zuruf des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Dann stellt man nämlich fest: Ganz oft sind es die sozialen Fragen, die die Leute umtreiben: Wie komme ich über die Runden? Kann ich mir mein Leben noch leisten? Muss ich wegziehen, weil die Mieten immer weiter erhöht werden? Vor allem: Wo finde ich überhaupt noch eine bezahlbare Wohnung?

Heute geht es ja eigentlich um die Bilanz der Ampel, und beim Thema Mieten ist die katastrophal.

(Beifall bei der Linken)

Dabei hat Olaf Scholz bei der letzten Wahl noch plakatiert, er sei der Kanzler für bezahlbares Wohnen. Aber nicht mal die zahnlose Mietpreisbremse haben Sie verlängert. Der Plan, 400 000 Wohnungen pro Jahr zu bauen – 100 000 davon sozial gebunden –, ist krachend gescheitert. Die Mieten sind auf neuem Höchstniveau.

Und wir sehen jeden Tag, wozu das führt: Rentner/-innen müssen ihr soziales Umfeld verlassen, weil die Rente nicht mehr für die Wohnung reicht, in der sie seit Jahrzehnten gelebt haben. Familien mit Kindern müssen aus der Stadt wegziehen und verlieren dadurch ihre Freundinnen und Freunde. Bei Alleinerziehenden stapeln sich die Rechnungen, weil die Miete einfach den Großteil des Einkommens auffrisst. Für genau diese Menschen brauchen wir endlich einen Mietendeckel, um Mieten einzufrieren und abzusenken.

(D)

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Anna Kassautzki [SPD])

Das Zuhause, die eigenen vier Wände, darf doch keine Spielwiese für Aktiengesellschaften und Großkonzerne sein. Ja, das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, der Mietendeckel muss auf Bundesebene beschlossen werden. Dann machen wir das doch,

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Anna Kassautzki [SPD])

und zwar zusammen mit einem echten Investitionsprogramm für sozialen Wohnungsbau. Denn niemand braucht noch überteuerte Luxus-Penthäuser. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, und zwar jetzt.

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Anna Kassautzki [SPD])

Genauso desaströs wie bei den Mieten ist die Bilanz bei den Preisen für Lebensmittel – mit immer weiter steigender Tendenz. Und wen trifft das besonders? Natürlich diejenigen, die sowieso ihr gesamtes Einkommen in den Supermarkt tragen müssen. Sie alle kennen die Bilder von den Schlangen an den Tafeln. Manche haben

Heidi Reichinnek

- (A) sich vielleicht sogar getraut, hinzugehen. Da wird verdammt viel geleistet von den Ehrenamtlichen; das möchte ich an dieser Stelle einmal erwähnen.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie alle kennen die Berichte von Eltern, die selbst kaum noch was essen, damit die Kinder am Ende des Monats noch genug haben. Deswegen sagen wir: Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel muss endlich weg!

(Beifall bei der Linken)

Damit diese Steuersenkung auch bei den Menschen ankommt, braucht es eine Preisaufsicht.

(Zuruf des Abg. Torsten Herbst [FDP])

Denn die vier Großkonzerne, die den Markt unter sich aufteilen, drehen sowieso kräftig an der Preisschraube. Ja, ich weiß, jetzt spielen vor allem Union und FDP immer gerne Robin Hood und sagen: Das nützt aber auch den Reichen, was die Linken da vorschlagen. – Ich verrate Ihnen was: Umverteilung findet nicht beim Essen statt, sondern im Steuersystem.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie uns doch darüber mal reden und auch darüber, wie sehr Sie der Rolle als Robin Hood eigentlich gewachsen sind. Union und FDP wollen ja die reichsten 10 Prozent noch einmal mit 50 Milliarden Euro zusätzlich beschenken. Sie wissen zwar nicht, wo das Geld herkommen soll, aber vielleicht haben Sie gehofft, dass einfach niemand fragt. Ich frage Sie: Wo kommen denn diese Steuergeschenke für Superreiche her? Warum müssen eigentlich die, die eh schon viel zu viel haben, von Ihnen noch mehr bekommen?

(B)

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Anna Kassautzki [SPD])

Was wir wirklich brauchen, sind doch endlich Steuerentlastungen für niedrige und mittlere Einkommen.

(Beifall bei der Linken)

Wir als Linke sind die Steuersenkungspartei – zumindest für die große Mehrheit; denn wir wollen bis zu einem monatlichen Einkommen von 7 000 Euro brutto entlasten, damit die Leute am Ende des Monats mehr im Portemonnaie haben. Das können wir auch finanzieren; denn wir sagen: Wer leistungslos Hunderte Millionen und Milliarden geerbt hat, der soll endlich gerecht an der Finanzierung der Gesellschaft beteiligt werden.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist doch wirklich nicht zu viel verlangt.

Deswegen wird es Zeit, die Vermögensteuer wieder einzuführen und eine Erbschaftsteuer, die keine Milliardenerven schont. Steuerschlupflöcher müssen geschlossen werden. Stattdessen gibt es eine Beamtin aus Lindners Finanzministerium – ja, Sie waren bei dieser Regierung dabei und haben es vergessen, ich weiß –, die Kurse gibt, wie man den Staat so richtig bescheißt.

(Christian Lindner [FDP]: Eine Sozialdemokratin!)

(C)

Das kann sich doch keiner mehr ausdenken.

(Beifall bei der Linken)

Holen Sie sich das Geld doch endlich da, wo es im Überfluss vorhanden ist, statt sich eine Schikane nach der nächsten gegen Bürgergeldempfänger/-innen auszudenken. Niemand hat auch nur einen Cent von seinem Gehalt mehr, wenn Sie Menschen im Bürgergeld das Leben noch mehr zur Hölle machen.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit einem fairen Steuersystem hingegen funktioniert das, wenn endlich diejenigen zur Kasse gebeten werden, die gar nicht wissen, wohin mit ihrem Geld. Oder um es kurz zu sagen: Wir sind die Linke. Und wir finden: Es sollte keine Milliardenärs geben!

(Beifall bei der Linken)

Und mit diesen Steuermehreinnahmen aus unserem Konzept und ohne Schuldenbremse können wir auch endlich wieder investieren. Sie beschwerten sich über die Rezession. Wie soll das auch funktionieren, wenn der Staat nicht investiert: in Bildung, in Gesundheit, in den Klimaschutz? Klimaschädliche Subventionen streichen, den ÖPNV stärken, erneuerbare Energien ausbauen: Das ist alles längst überfällig. Und wir müssen auch unsere Wirtschaft dringend in Richtung Klimaneutralität umbauen. Dazu braucht es eine aktive Industriepolitik.

(D)

Und wissen Sie, was die Wirtschaft noch braucht? Verlässlichkeit. Über Nacht Förderungen zu streichen, wie zum Beispiel für E-Autos, ist ebenso ein Riesenfehler, wie jeden Monat neu darüber zu diskutieren, ob man Atomkraftwerke wieder anschaltet. Dieses Hin und Her ist Gift für Unternehmen und auch für die Umwelt.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Um die Industrie in unserem Land zu halten, braucht es nun mal Investitionen. Aber die müssen an Bedingungen geknüpft sein, wie zum Beispiel Garantien für Arbeitsplätze und Standorte. Um das sicherzustellen, braucht es mehr Mitbestimmung im Betrieb; denn die Beschäftigten denken an ihr Unternehmen, die Konzernchefs nur an ihre Boni.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wie das funktioniert, sehen wir gerade.

Deswegen haben wir als einzige Partei im Bundestag ein ausgearbeitetes Konzept für Mitbestimmung. Und das werden wir auch im nächsten Bundestag wieder einbringen,

(Beifall bei der Linken)

genauso wie Anträge für einen armutsfesten Mindestlohn von 15 Euro und höhere Tarifbindung. Das hatte die Ampel übrigens auch versprochen – mehrfach sogar –

Heidi Reichinnek

(A) und am Ende dann doch nicht geliefert. Dabei brauchen wir dringend gute Löhne, um den Wohlstand in diesem Land fair zu verteilen, und natürlich gute Renten.

(Beifall bei der Linken – Matthias W. Birkwald
[Die Linke]: Genau!)

Ich kann es immer noch nicht fassen, dass Sie es nicht mal geschafft haben, das Rentenniveau auf 48 Prozent zu stabilisieren. Das ist nun wirklich das Mindeste, was das Rentensystem braucht.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eigentlich müssen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben. Seit Rot-Grün das Rentenniveau damals in den Keller geschickt hat, hat sich die Altersarmut fast verdoppelt. Wir haben damals gesehen: Sie brauchen die FDP gar nicht für unsoziale Politik. Was wir brauchen, ist ein Rentensystem, in das alle Erwerbstätigen einzahlen, auch Beamte, Selbstständige und, ja, auch die Abgeordneten hier im Raum.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen eine solidarische Mindestrente; denn dass Menschen nach Jahrzehnten der Arbeit mit ihren Enkeln nicht mal ein Eis essen können, dass sie Flaschen sammeln oder malochen bis zum Tod, das ist einfach unwürdig.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B) Das Wichtigste zum Schluss: Politik für Kinder, Jugendliche und Familien findet in diesem Wahlkampf so gut wie gar nicht statt. Jedes fünfte Kind lebt in Armut. Und ich frage mich: Wo sind denn da die Fünf- oder Zehn-Punkte-Pläne? Warum überbieten sich da nicht alle, Lösungen zu finden, wer Kinderarmut am schnellsten bekämpfen kann?

(Beifall bei der Linken)

Wo sind die Versprechen der Ampel, dass der Unterhaltsvorschuss nicht mehr beim Kindergeld angerechnet wird, dass das Elterngeld wenigstens an die Inflation angepasst wird und für niedrige Einkommen erhöht wird? Welcher Kanzlerkandidat – ich spreche alle drei an – sagt: „Meine Priorität sind Kitas, ich will einen Kitagipfel, damit sich mal alle an einen Tisch setzen, damit wir konkrete Schritte vereinbaren, um Fachkräftemangel und fehlende Kitaplätze anzugehen“?

(Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Hat doch Herr Habeck gesagt! Da müssen Sie mal zuhören, Frau Reichinnek! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, einen Satz hat er gesagt.

(Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Nee, nee!)

Ich bin ganz stolz auf ihn; hat er gut gemacht.

Für all das haben wir als Linke Initiativen eingebracht.

(Beifall bei der Linken)

Sie dürfen sie gerne kopieren, wir sind da nicht so. Aber als Linke reden wir nicht nur, wir machen auch, (C)

(Beifall bei Abgeordneten der Linken)

weil die Bundesregierung mal wieder nicht geliefert hat. Wir bieten bundesweit Sozialberatung an, wir haben ein Meldeportal für Mindestlohnverstöße.

(Zuruf des Abg. Felix Banaszak [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben einen Mietwucher- und einen Heizkostenrechner programmiert und helfen Menschen direkt und konkret dabei, dass sie am Ende des Monats mehr Geld haben.

(Beifall bei der Linken)

Wir spenden einen Teil unserer Diäten für soziale Zwecke. Und genau das macht den Unterschied. Das ist links.

Ich komme zum Schluss. Für all das werden wir als Fraktion im nächsten Bundestag weiterkämpfen. Wir sind die laute Stimme für Gerechtigkeit, auch nach der Wahl; denn wenn ich mir das so ansehe, wird es hier nach dem 23. Februar ziemlich düster, gerade für Frauenrechte.

Gestern wurde eine Petition übergeben – über 300 000 Unterschriften –, dass Schwangerschaftsabbrüche endlich legalisiert werden sollen. 80 Prozent der Gesellschaft unterstützt das. Also beenden Sie von Union und FDP doch endlich Ihre Blockade und lassen uns das hier gemeinsam beschließen.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (D)

Die FDP sagt: „Vater Staat ist nicht dein Erziehungsberechtigter“, außer natürlich, du bist schwanger, dann schon. Und deswegen – voller Überzeugung sind das meine letzten lauten Worte in dieser Wahlperiode –: § 218 muss weg!

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der Linken: Bravo!)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die Gruppe BSW hat das Wort Dr. Sahra Wagenknecht.

(Beifall beim BSW)

Dr. Sahra Wagenknecht (BSW):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist erschreckend, wie sich unser Land in den letzten Jahren verändert hat. Herr Scholz, Sie sind – oh, ist auch schon weg – wirklich ein Kanzler des Aufschwungs: bei den Lebensmittelpreisen, den Energiekosten, den Mieten, der Altersarmut, den Gewinnen der Rüstungskonzerne, der illegalen Migration und den Umfragewerten der AfD. Aber Sie sind ein Kanzler des Abstiegs für die große Mehrheit der Menschen in unserem Land, deren Kaufkraft in Ihrer Regierungszeit spürbar gesunken ist, die heute noch länger auf einen Arzttermin warten und deren Kinder noch schlechtere Bildung erhalten als vor drei Jahren.

Dr. Sahra Wagenknecht

- (A) Dass Sie, Herr Scholz, sich am Ende des Kanzlerduells mit der Aussage zur Wahl empfohlen haben, eine Stimme für Sie würde dafür sorgen, dass alles so weitergeht und dass Sie das offenbar allen Ernstes für eine Wahlwerbung gehalten haben, zeugt, wie ich finde, von einem Realitätsverlust, der viele Ostdeutsche an die letzten Tage der DDR erinnern dürfte.

(Beifall beim BSW)

Aber das Duell hat auch gezeigt: Herr Merz wird wenig anders, kaum etwas besser und Wesentliches sogar noch schlechter machen. Nicht nur die Ampelparteien, auch die CDU hat keinen Plan für die Zukunft.

(Beifall beim BSW)

Ihr gemeinsames Erbe ist ein tief gespaltenes Land, das immer autoritärer regiert wird und in dem die großen Medien in den wirklich wichtigen Fragen nur noch eine Meinung kennen; ein Land, das zwei Wochen darüber diskutiert, ob man im Bundestag mit der AfD abstimmen darf und dadurch vor Aufregung einfach nicht mitbekommt, wenn der neue NATO-Generalsekretär fordert, wir müssten uns auf einen Krieg vorbereiten.

Und ja, es ist gut möglich, dass Herr Merz in seiner Kanzlerschaft das „Tor zur Hölle“ öffnet, das Herr Mützenich kürzlich so theatralisch beschworen hat. Aber diese Hölle ist nicht die Machtergreifung eines neuen Hitler, die glücklicherweise derzeit wirklich nicht bevorsteht, sondern diese Hölle heißt Krieg.

(Beifall beim BSW sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

- (B) Und diese Hölle kommt, wenn nach dem Willen von Herrn Merz, Herrn Habeck und auch Herrn Lindner deutsche Soldaten Taurus-Marschflugkörper programmieren, die die Ukraine tief auf russisches Territorium schießen könnte. Dann kommt die Hölle. Und das ist die ganz große Gefahr, die jetzt für die Zukunft bevorsteht.

Deshalb gilt frei nach Einstein: Die reinste Form des Wahnsinns ist es, immer wieder die alten Parteien zu wählen und trotzdem zu hoffen, dass sich etwas ändert.

(Beifall beim BSW)

Veränderung, Verbesserung für die große Mehrheit gibt es nur mit einem starken BSW hier im Deutschen Bundestag.

(Beifall beim BSW – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die SPD-Fraktion ist der nächste Redner Axel Schäfer.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einige Anmerkungen zum Schluss.

Erstens. Das Wichtigste in diesem Parlament ist, dass wir mehr Übereinstimmung haben als das, was uns trennt.

(Beifall der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]) (C)

Und es ist gut, dass sich SPD, CDU/CSU, Grüne, FDP, auch Linke und der SSW als Verfassungspatrioten verstehen und es in der Praxis möglich war, dass wir mit genau diesen Parteien vor Kurzem eine Grundgesetzänderung zum Schutz unseres obersten Gerichts beschlossen haben. Das war ein großer gemeinsamer Erfolg!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Zweitens. Wir wollen in einem vereinten Europa gleichberechtigt dem Frieden der Welt dienen. Das ist die Leitschnur der Präambel unseres Grundgesetzes. Dann schauen wir mal konkret auf die Europapolitik dieser Bundesregierung.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Ja, furchtbar!)

Olaf Scholz hat es zusammen mit Macron und Tusk – deutsch-französisch-polnisch plus spanisch, griechisch, niederländisch – geschafft, nach dieser schwierigen Europawahl eine neue Spitze in Kommission, in Rat und bei der Außenbeauftragten hinzubekommen. Jetzt frage ich mal die Kollegen Mitte-rechts: Dass ein sozialdemokratischer deutscher Bundeskanzler die Konkurrentin, die christdemokratische Spitzenkandidatin von der Leyen, für die wichtigste Funktion innerhalb der EU vorschlägt, diese Personalie durchsetzt und dafür im Parlament auch bei der sozialdemokratischen Fraktion eine Mehrheit bekommt, damit dieses Europa zusammengehalten wird, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die entscheidende europäische Tat dieser Bundesregierung in den vergangenen Jahren. (D)

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU/CSU)

Und für alle, lieber Kollege Merz, die hier faktenfrei über europäische Politik geredet haben: Reden wir doch mal über ein paar Zahlen. Wer hat es denn ermöglicht, die Blockade Ungarns bei der Ukrainehilfe – 50 Milliarden Euro – zu überspielen und Orbán ein Stückchen an die Seite zu drängen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und wer hat es, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ermöglicht, dass wir nach so vielen Jahren bei der schwierigsten Entscheidung – vier Ministerinnen und Minister gegen 23 andere – zum Thema Asyl eine gemeinsame Entscheidung hinbekommen haben? Das war diese Bundesregierung, das war diese Bundesministerin. Das ist vorher nicht gelungen. Und das sind die Zahlen, lieber Kollege Merz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Worten, die Sie alle beschämend und beschuldigend für Europa gebraucht haben – kann man alles im Protokoll nachlesen –, nur ein Fakt. Bei German Vote wird so getan, als würde die Bundesregierung sich immer und überall enthalten.

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) (Friedrich Merz [CDU/CSU]: Ja! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Da sind sie gar nicht da!)

Das ist Quatsch! Ich habe gerade noch mal beim Institut für Europäische Politik nachgefragt. Von 2010 bis 2024 hat sich Deutschland mit einer schwarz-roten bzw. schwarz-gelben Regierung, dann unter Rot-Grün mit FDP in 2,58 Prozent der Fälle enthalten. 2,58 Prozent! Und da tun Sie so, als wäre German Vote etwas, wofür wir in uns Deutschland schämen müssten. Die Regierungskonstellationen sind so, und da lassen Sie uns mal darüber reden.

(Zuruf der Abg. Dorothee Bär [CDU/CSU])

Am Ende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das zentrale Problem heute die Radikalisierung aus der Mitte. Was wir in Amerika unter Trump bis Österreich erleben: Herr Merz, das sind Ihre Parteifreundinnen und -freunde in der Internationalen Demokratischen Union; das ist die Entwicklung nach rechts. Und dass bei der AfD, als sie ins Parlament kam, auch viele ehemalige CDU-Mitglieder saßen, gehört zu den schweren, aber von Ihnen sehr verdrängten Wahrheiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sehr stolz, dass es nicht gelungen ist, das Zustrombegrenzungsgesetz am 31. Januar hier durchzubringen.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist deshalb nicht gelungen, weil Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Grüne und Linke und viele in der FDP und CDU/CSU, die ich lange kenne und schätze, das nicht mitgemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ein Punkt, der Hoffnung für die Zukunft gibt: für unser Land, für den Fortschritt.

In diesem Sinne: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein herzliches Glückauf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Dorothee Bär [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Lieber Herr Kollege Schäfer, das war heute Ihre letzte Rede im Parlament.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Beifall des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Sie schauen auf eine beeindruckende politische Arbeit zurück: sechs Legislaturperioden im Deutschen Bundestag, fünf Jahre im Europaparlament. Wir haben es gerade wieder gemerkt: Ihr Herzensthema ist Europa. Sie sind der Mann mit dem roten Schal, sozusagen immer gut erkennbar.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wir wünschen Ihnen alles, alles Gute und bedanken uns für die Arbeit hier im Hohen Hause: Alles, alles Gute für Sie persönlich, für Ihre Gesundheit, für Ihre Familie und Gottes Segen!

(Beifall)

Der nächste Redner ist Dr. Dirk Spaniel.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum [AfD] und Thomas Seitz [fraktionslos])

Dr. Dirk Spaniel (fraktionslos):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute den ganzen Tag Reden aus einem Paralleluniversum gehört.

(Zuruf des Abg. Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Warum? Wir haben diese Reden gehört, weil Sie, die Bundesregierung und auch die FDP, es nicht geschafft haben, die Probleme in diesem Land auch nur ansatzweise zu lösen.

Jetzt komme ich mal zu dem Thema Verbrennungsmotor, das mittlerweile alle hier in diesem Land interessiert. Ich thematisiere das seit sieben Jahren in diesem Parlament. Wir wissen auf der sachlichen Seite ganz genau: Wir hätten morgen eine Dekarbonisierung unseres Verkehrs; das wäre überhaupt gar kein Problem. Es müssten beim Sprit auch nicht 30 Prozent mehr sein, die es kosten würde. Man könnte das auch von der Energiesteuer, der Mineralölsteuer, abziehen. Gleichzeitig hätte man die Probleme, für die man selbst gesorgt hat, gelöst. Aber das wollen Sie nicht. Sie wollen eine Gängelungs- und Sabotagepolitik für die hart arbeitenden Menschen in diesem Land.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum [AfD])

Das funktioniert nicht mehr. Deshalb wird es neue Kräfte in diesem Land geben. Ich bin mir bei einem sicher: Das Konjunkturprogramm für die neuen Kräfte in diesem Land wird die nächste Regierung sein, die diese Probleme auch nicht lösen wird, Herr Merz, weil Sie nämlich mit diesen Leuten hier links von mir, die dieses Land an die Wand gefahren haben, wieder zusammenarbeiten werden. Die Probleme werden bleiben. Es wird andere Leute geben müssen, die aufkehren, und zwar nach Ihnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und bei fraktionslosen Abgeordneten)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Joana Cotar ist die nächste Rednerin.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Joana Cotar (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Bürger! Am 23. Februar wählen wir eine neue Regierung. Und die Frage, die alle umtreibt: Welche Partei macht es besser als die andere? Ich verstehe diese Frage. Aber nach zwölf Jahren in der Politik und siebeneinhalb Jahren im Deutschen Bundes-

Joana Cotar

- (A) tag lautet meine Antwort: Keine! Parteien sind nicht die Lösung, Parteien sind Teil des Problems.

(Beifall des Abg. Thomas Seitz [fraktionslos])

Alle, die hier sitzen, haben sich den Staat zur Beute gemacht, profitieren von einer Parteienfinanzierung in Millionenhöhe, von einem gut geölten Beziehungsgeflecht, Diäten und Pensionen, Privilegien und Klüngeleien. Und trotzdem gibt es Spendenaffären, Korruptionsaffären, Berateraffären, weil einige den Hals nicht vollbekommen. Es geht selten um Deutschland. Es geht um Geld, um Macht und um die Wiederwahl.

Deswegen müssen wir uns in Deutschland ganz andere Fragen stellen: Wie begrenzen wir die Macht der Parteien? Wie bekommen wir das Geld aus dem System? Wie beenden wir das Erkaufen von Mandaten, das Peter-Prinzip? Wie werden wir demokratischer? Wie werden wir freier? Das sind die Diskussionen, die wir in den nächsten Jahren führen sollten. Die Probleme sind seit Jahrzehnten bekannt, nur tun wir nichts dagegen. Eine Wende ist aber möglich. Wir müssen sie als Gemeinschaft nur wollen.

Denn vergessen Sie nicht: Die Bürger, Sie da draußen, Sie sind der Arbeitgeber von allen, die hier sitzen: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Sie haben die Macht, die Regeln zu bestimmen; Sie haben die Macht, Deutschland demokratischer zu machen. Glauben Sie an sich!

Meine Damen und Herren, es war mir eine Ehre, Ihnen im Deutschen Bundestag dienen zu dürfen.

Vielen Dank, und wir sehen uns an anderer Stelle wieder.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der AfD und bei fraktionslosen Abgeordneten)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Frau Cotar, es war auch Ihre letzte Rede im Deutschen Bundestag. Herzlichen Dank für Ihre sieben Jahre parlamentarische Arbeit hier im Haus! Ihnen persönlich alles, alles Gute und Gottes Segen!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat nun Dr. Lina Seitzl das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Lina Seitzl (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir merken es derzeit alle: Das Vertrauen in die Lösungskraft der Politik schwindet. Und das hat aus meiner Sicht vor allem zwei Gründe:

Erstens. Millionen Menschen im Land bewegt, wie es mit unserer Demokratie weitergeht, gerade auch nach dem Dammbruch der letzten Sitzungswoche, als die Rechtsradikalen zum ersten Mal Gestaltungsmacht im Deutschen Bundestag bekommen haben – dank Ihres Vorgehens, indem Sie nämlich eine Mehrheit mit denen ganz rechts außen gesucht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union. Hunderttausende gehen seitdem auf die Straße – allein 12 000 Menschen am letzten Samstag in meiner Heimat Konstanz –, viele junge Menschen,

- (C) „Omas gegen Rechts“, Familien, die das bewegt und die sich fragen, wie das passieren konnte und ob sie den Parteien der Mitte noch vertrauen können.

Es gibt aber noch einen anderen Grund für diesen Vertrauensverlust. Die Menschen im Land bewegt eben auch, dass ihr Alltag immer weniger zu funktionieren scheint, dass die Bahn nicht fährt, weil eben über Jahrzehnte nicht in die Schiene investiert wurde. Die Menschen fragen sich, wie sie mit ihrem Lohn eigentlich noch die steigenden Mieten zahlen sollen. Millionen von Familien im Land fragen sich, wie sie ihren Alltag zwischen Job und Kinderbetreuung meistern sollen, wenn die Kitas und Schulen eben immer weniger Verlässlichkeit bieten. Und dieselbe Frage stellen sich übrigens Unternehmerinnen und Unternehmer, die dringend auf Mütter als Arbeitskräfte angewiesen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch unsere Aufgabe als Politik, unseren Staat handlungsfähig zu machen. Wir müssen investieren in unsere Bildungseinrichtungen, in die Bahn, in die Energienetze. Aber wir müssen eben auch dafür sorgen, dass die Menschen mehr von ihrem Bruttogehalt in der Tasche haben, und zwar alle und nicht nur die Reichsten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie eine Monstranz tragen dagegen FDP und CDU/CSU die Schuldenbremse vor sich her und nehmen damit in Kauf, dass es in Kitas, Schulen und Hochschulen reinregnet. Gleichzeitig wollen sie Handlungsspielräume für die Reichsten schaffen, obwohl es doch unsere Kommunen sind, die dringend finanzielle Handlungsspielräume benötigen.

(Beifall bei der SPD)

In Deutschland fehlen über 300 000 Kitaplätze. Der Ausbau dieser Kitaplätze schreitet eben auch deshalb derzeit kaum voran, weil viele Kommunen häufig nur noch Sparhaushalte verabschieden können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sollen wir es eigentlich jungen Familien erklären, dass sie keinen Kitaplatz finden, damit wir die geringste Staatsverschuldung unter allen OECD-Staaten aufweisen?

Herr Kollege Merz, nicht nur Ihre Rhetorik, sondern gerade auch Ihre Vorschläge laufen Gefahr, einem gigantischen Vertrauensverlust in die Politik, in den Staat Vor-schub zu leisten. Das schadet uns allen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich kurz die Gelegenheit nutzen, mich von Ihnen zu verabschieden.

Ich möchte Danke sagen für das gute Miteinander hier im Haus. Ich möchte mich bedanken bei meiner Fraktion, die mich vor vier Jahren nominiert und getragen hat. Ich möchte Danke sagen dem Präsidium für unsere tolle Ar-

(D)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas

(A) beit, die wir gemeinsam im Präsidium über die Zeit geleistet haben und bei der wir das Präsidium immer kollektiv geführt haben.

Ich möchte mich bedanken bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mich zwölf Jahre unterstützt haben. Ich möchte mich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung, bei den Saaldienereinnen und Saaldienern, bei den Stenografinnen und Stenografen, die hier immer dafür sorgen, dass alles seinen guten Ablauf findet.

Ich möchte mich bei meinen Eltern bedanken, bei meiner Familie, die mich getragen hat und die es mir ermöglicht hat, dieses Amt auszuüben.

Ich wünsche mir, dass sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in der kommenden Legislaturperiode immer der Verantwortung des Hauses, der Verantwortung des Amtes, des Mandates bewusst sind. Das heißt, dass sie immer auch Wächter unserer wertvollen Demokratie sind und diese nicht abschaffen wollen und somit zur Würde des Hauses beitragen. Ich sage Danke; es war mir eine Ehre.

Ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute für Ihre Gesundheit und natürlich Gottes Segen.

Danke schön.

(Anhaltender Beifall)

Nun hat das Wort Thomas Seitz.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(B)

Thomas Seitz (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und an den Bildschirmen! Das Boot ist nicht voll. Vielmehr säuft das Boot ab, und Deutschland liegt in Trümmern, ob durch Deindustrialisierung, bei Staatsfinanzen, Demografie, Energieversorgung, Infrastruktur, innerer Sicherheit oder Verteidigungsfähigkeit. Wer sich fragt, wie es so weit kommen konnte, schaut sich einfach an, wer seit 1990, also in den letzten 35 Jahren, regiert hat. Es waren die Grünen 11 Jahre lang, die FDP 15 Jahre, die SPD 23 Jahre und die Union 24 Jahre.

Wer einmal lügt, dem traut man nicht, und die Altparteien lügen oft und gerne. Denken wir an die Renten, die sicher sind, an die grüne Energiewende und die berühmte Kugel Eis. Und wie sagte Franz Müntefering: Es ist unfair, Politiker an ihren Wahlversprechen zu messen. – Ein Kanzler Merz wird deshalb die Schuldenbremse crashen, und die EZB wird neue Euros drucken. Der Euro existiert jetzt rund 25 Jahre. Euro heißt EZB, und EZB heißt 2 Prozent Inflation pro Jahr. 25 Jahre Euro bedeuten also, dass Sparguthaben, Lebensversicherungen und Renten nur noch die Hälfte wert sind. Immobilien und Aktienvermögen sind dagegen relativ sicher.

Der Euro ist unsozial und Instrument der Umverteilung von unten nach oben. Ich frage: Wer ist seit Gründung gegen den Euro, und wer hat seit 1990 null Jahre, nicht einen einzigen Tag regiert und konnte zu der katastrophalen Lage also schlicht und ergreifend gar nichts beitra-

gen? Es sind weder Linke noch BSW, die ich meine, und es scheint paradox zu sein, wenn ich in meiner letzten Rede im Bundestag Werbung für die AfD mache. (C)

Präsidentin Bärbel Bas:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Thomas Seitz (fraktionslos):

Und es stimmt. Wahrscheinlich ist die AfD nicht die Lösung. Aber egal, ob Herr Scholz, Merz, Habeck oder Lindner: Sie sind das Problem, Sie alle, und diese Probleme müssen endlich weg.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und bei fraktionslosen Abgeordneten)

Präsidentin Bärbel Bas:

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, will ich mich auch noch mal kurz bei Yvonne Magwas für die gute Zusammenarbeit im Präsidium bedanken. Ich wünsche dir natürlich auch alles Gute für die Zukunft, für deine Familie und für all das, was du dir noch vorgenommen hast. – Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP, der Linken und dem BSW – Die Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP erheben sich)

Wir fahren fort in der Debatte. Jetzt hat das Wort der fraktionslose Abgeordnete Stefan Seidler. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Stefan Seidler (fraktionslos):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Moin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den vergangenen Tagen war ich – genauso wie viele von Ihnen – viel unterwegs. Ich war im Norden unterwegs, in Südschleswig, meiner Heimat. Sie ist weit weg von Berlin; das Wetter ist rau, die Leute sind nordisch stoisch und wortkarg. Aber hier leben die glücklichsten Menschen Deutschlands. Trotzdem merkt man beim Schnack am SSW-Wahlstand recht schnell, dass man sich im Grenzland vom Berliner Politikbetrieb nicht oft gesehen fühlt. Im Umfrageeifer wird hier vom Bundestag aus eine Politik betrieben, die nicht viel Greifbares für die Leute im Norden löst. Ganze Regionen unseres Landes werden so übergangen. Auch anderswo, wo Regionen über Grenzen zusammengewachsen sind, denkt man: In Berlin ist mehr Seegang als Kurs.

Wo ist unser politischer europäischer Kompass, Herr Merz? Dabei sehnen sich die Leute so sehr wie noch nie nach Antworten aus der Politik.

An meiner alten Schule in Flensburg wurde ich etwa gefragt, was wir gegen den Klimawandel tun oder wie es mit der Mobilität auf dem Land weitergeht, wie wir dafür sorgen, dass die kleinen Leute sich das Leben leisten können. Ja, selbst Gleichberechtigung ist eine große Frage, wo die Kerle von rechts immer mehr werden und

Stefan Seidler

- (A) Leute wie Trump in den USA wieder Einfluss gewinnen. Im Kanzlerduell am Sonntag war all das nicht mehr als Kurzfragen wert. Schlimm ist das.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Zugleich plagt die Leute die Sorge um die politische Stabilität in unserem Land und bringt sie zu Tausenden auf die Straßen. Es wird schon jetzt vom Ende der politischen Mitte gesprochen. Eben das wäre fatal, und wir können es nicht akzeptieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es darauf ankommt, müssen demokratische Parteien in diesem Parlament immer miteinander kompromissfähig sein und sich auf vernünftige Politik einigen können. Das ist eine Kerneinsicht nordischer Politik, wo es oft keine klaren Mehrheiten gibt. Wir Demokraten müssen ordentlich miteinander umgehen. Wenn wir wie vergangene Sitzungswoche ohne gemeinsame Lösungen das Feld verlassen müssen, gewinnen letztendlich nur die Verächter unserer Demokratie.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

- (B) **Präsidentin Bärbel Bas:**

Als Nächster hat das Wort der fraktionslose Abgeordnete Robert Farle.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Robert Farle (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! US-Präsident Trump unterzeichnete folgende Dekrete: erstens den Austritt aus der WHO, zweitens den Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen, drittens das Ende der Genderideologie, viertens das Ende der Zensur und fünftens das Ende der Einmischung in Wahlen ausländischer Staaten unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe.

Kurz und gut: Eine totale Absage an vieles von dem, was in Deutschland von Mainstream-Politikern und -medien seit über 20 Jahren uns aufgezwungen wurde und wird, wofür wir Hunderte Milliarden Euro sinnlos verschwendet haben! Friedrich Merz müsste nun das als Anlass nehmen, auch bei uns vom Klimawahnsinn, Genderwahnsinn und Migrationsirrsinn wegzugehen,

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Herr Farle!)

wenn er Deutschland wieder in Ordnung bringen wollte.

Aber was wird sich ändern, meine Damen und Herren? Nichts, gar nichts! Weil Friedrich Merz hier vergangene Sitzungswoche nur ein Schauspiel abgezogen hat. Er wird versuchen, mit den Grünen zusammenzugehen, auch wenn der Söder ihm manchmal ans Bein pinkelt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

(C)

Er wird auch gleichzeitig noch versuchen, mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen.

(Friedrich Merz [CDU/CSU], die Arme ausbreitend: Mit allen! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Alle zusammen!)

Sie sind alle wieder große Brüder und haben das noch vorgestern im Fernsehen deutlich dokumentiert. Dann ist alles bei dieser Wahl nur ein reiner Betrug gewesen. Das habe ich von Anfang an hier im Parlament aktenkundig gesagt, und das wird jetzt ablaufen. Und deswegen wissen auch die Leute nicht mehr, was sie wählen sollen. Ich bin ständig in meinem Wahlkreis unterwegs, und ich sage den Leuten: Wählt keine Partei, die Taurus schickt! – Das habe ich auch Ihnen schon gesagt.

(Lachen bei der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Robert Farle (fraktionslos):

Und damit bin ich am Schluss. Kein Taurus, kein Sozialabbau, wohl aber ein gutes Deutschland, in dem es besser wird, zu leben.

Vielen Dank.

(Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt geht's ab nach Moskau!)

(D)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die SPD-Fraktion Kevin Kühnert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kevin Kühnert (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke meiner Fraktion, dass sie mir die Möglichkeit gibt, heute noch einmal zu sprechen. Die Zeit ist knapp bemessen; deswegen muss ich mich beeilen. Ich bitte um Verständnis; denn mir liegt jedes einzelne Wort sehr am Herzen.

Ich stehe nicht im aktuellen Wahlkampf, und deswegen rede ich hier zu etwas, was mir seit 20 Jahren als deutscher Sozialdemokrat das Grundsätzlichste ist: die Verantwortung vor unserer Geschichte. Das ist insbesondere seit zwei Wochen, seit dem, was in der letzten Sitzungswoche hier passiert ist, ein großes Thema in unserer Republik, besprochen von unterschiedlichen Seiten. Ich will zuerst sagen, an welcher Stelle ich unglücklich mit dieser Diskussion bin. Nein, Union und FDP sind keine Faschisten, auch nicht klammheimlich. Man stürmt keine Geschäftsstellen, man zerstört keine Plakate, man droht anderen Menschen nicht.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der Linken sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Kevin Kühnert

- (A) Der richtige Konflikt darf nicht mit den falschen Argumenten ausgetragen werden. Aber ausgetragen werden muss er sehr wohl. Deswegen lohnt es sich, auf eine andere Stelle der Debatte und die Stilverschiebung zu schauen, die mir aufstößt und die mir große Sorgen macht. Über die möchte ich heute sprechen.

Ich möchte über das sprechen, was Michel Friedman Ihnen und uns allen ins Stammbuch geschrieben hat. Das wohl prominenteste Gesicht der jüdischen Community in Deutschland attestiert Ihrer Partei, der CDU, eine – Zitat – „katastrophale Zäsur“, ein „unentschuldigbares Machtspiel“ und schlussfolgert, dass er hier, wenn der AfD zu immer mehr Macht verholfen wird, nicht mehr leben könne. Ein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sagt das und tritt aus der CDU aus. Es gab Zeiten, da wäre anschließend in der CDU kein Stein auf dem anderen geblieben. Heute wird der Störenfried angestrengt ignoriert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Merz wurde am Sonntag im TV-Duell von Frau Illner auf all das angesprochen, und es passierte etwas, was viel über die CDU unter Ihnen, über Ihren Wertekanon und vielleicht auch über den politischen Anstand verrät. Der Vorsitznachfolger von Adenauer und Kohl ignorierte die Frage, ob Friedmans Austritt ihn nicht schmerze. Er wendete sie stattdessen zum Vorwurf: Ihn schmerze – Zitat –, „dass wir ... Demonstrationen haben, die über dieses Thema „Kampf gegen rechts“ geführt werden, aber kaum jemand in unserem Land noch an die Opfer denkt, an die Familien denkt und dafür ... mal auf die Straße geht“. Zitat Ende. Als ginge nicht beides gleichzeitig,

(B)

(Beatrix von Storch [AfD]: Das eine passiert halt nicht!)

als wäre nicht beides richtig, als würde Michel Friedman nicht für beides einstehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Illner insistierte. Sie fragte noch mal nach Friedmans CDU-Austritt. Doch Merz ignorierte den Kritiker einfach und erklärte, es habe in derselben Zeit Hunderte von neuen Eintritten in die CDU gegeben, die Umfragewerte würden steigen. Es ist wichtig, zu verstehen, welches Muster hier erkennbar wird: Die Opportunität sticht die Integrität.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Linken)

Aus dem Ausland ist mir dieses Muster vertraut, aus Deutschland bislang weniger.

Die staatstragenden Parteien hatten in unserem Land und in Verantwortung vor unserer Geschichte immer eine doppelte Aufgabe, die sie charakterisierte und unterschied: Ja, sie sollen und müssen das Ohr am Volk haben und dürfen auch dann nicht weghören, wenn das Volk anders denkt und spricht, als das in den Versammlungen der Parteien geschieht; das sage ich auch meiner eigenen Partei. Gleichzeitig hatten sie immer die Aufgabe, ge-

meinsam einen bundesrepublikanischen Grundkonsens zu verteidigen – aus gemeinsamer Überzeugung –, manchmal auch gegen die Mehrheitsmeinung argumentierend. Ich denke an unsere besondere Verantwortung für jüdisches Leben und den Staat Israel, die Westbindung, die Wiederbewaffnung und vieles andere mehr. Es sind Eckpfeiler Deutschlands. Doch für keine dieser Überzeugungen bekamen die Spitzen von Staat und Regierung unmittelbar breite Zustimmung. Es war ein Akt innerer Überzeugung. Adenauer, Brandt, Schmidt, Weizsäcker und Kohl haben sich für einige für sie unumstößliche Überzeugungen als „Büttel der Alliierten“, „rote Brüder“ oder anderweitig beschimpfen lassen. Dabei hatten sie das Ohr am Volk. Aber weil sie das Volk ernst nahmen, redeten sie ihm nicht nach dem Mund, sondern muteten ihm etwas zu. Sie rangen für ihre Überzeugung, und die Geschichte gab ihnen recht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Bärbel Bas:

Sie müssen zum Schluss kommen.

Kevin Kühnert (SPD):

Vielen Dank für die Toleranz. – Viele von Ihnen haben vermutlich weiterhin die innere Überzeugung, Rechtsradikale solle man rechts liegen lassen. Das glaube ich Ihnen. Aber Sie geben das Ringen zunehmend auf, und das kritisiere ich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (D)

Präsidentin Bärbel Bas:

Sie müssen zum Schluss kommen, Herr Kühnert!

Kevin Kühnert (SPD):

Jeder Bundeskanzler muss wissen, was im Volk gesprochen wird, und es muss ihn beschäftigen.

(Zuruf des Abg. Alexander Hoffmann [CDU/CSU])

Ein Bundeskanzler aber, dessen Mund bloß wiedergibt, was sein Ohr zuvor gehört hat, –

Präsidentin Bärbel Bas:

Sie müssen zum Schluss kommen!

Kevin Kühnert (SPD):

– der ist nicht mehr als eine Echokammer auf zwei Beinen. Und Echokammern haben wir schon genug in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schützen wir das, was wir lieben: Schützen wir unsere Demokratie! Ich tue das in Zukunft von außen. Bitte tun Sie es von hier drin.

Vielen Dank.

Kevin Kühnert

- (A) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erheben sich)

Präsidentin Bärbel Bas:

Herr Kühnert, lieber Kevin, du hast dich entschieden, nicht mehr für den Deutschen Bundestag zu kandidieren. Ich möchte auch dir ganz, ganz herzlich danken für die geleistete Arbeit hier im Hause und auch dir persönlich alles Gute wünschen. Denn du hast ja unter anderem aus gesundheitlichen Gründen dein Amt niedergelegt, und wirst auch deshalb für den nächsten Deutschen Bundestag nicht mehr kandidieren. Ich wünsche dir wirklich alles, alles Gute auf deinem Weg, auch auf dem Weg, wieder gesund zu werden. Vielleicht sieht man sich ja hier im Hause auch noch mal wieder. Wer weiß? Alles Gute für dich und deine Zukunft!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit schließe ich die Aussprache. Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung und damit auch am Ende einer außergewöhnlichen Wahlperiode.

Ich möchte alle Bürgerinnen und Bürger dazu aufrufen, bei der kommenden Bundestagswahl ihre Stimme abzugeben.

(Beifall des Abg. Matthias W. Birkwald [Die Linke])

- (B) Machen Sie von Ihrem demokratischen Grundrecht Gebrauch! Ich bin der festen Überzeugung: Unsere freiheitliche Demokratie kann für die meisten Probleme der Menschen Lösungen finden. Dieses Land hat schon viele Herausforderungen erfolgreich gemeistert. Das sollte uns alle zuversichtlich stimmen. Es liegt nicht zuletzt an uns, den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, das Vertrauen in die freiheitliche Demokratie zu stärken, das Vertrauen in eine lösungsorientierte Politik.

Es macht mir Sorgen, dass die Verrohung immer weiter zunimmt. Im bisherigen Wahlkampf waren Verunglimpfungen, Bedrohungen und Angriffe auf Wahlhelferinnen und Wahlhelfer nahezu alltäglich, genauso wie Attacken auf Politikerinnen und Politiker. Das ist eine große Gefahr für unser gesellschaftliches Miteinander und unsere Demokratie. Alle Straftaten müssen zügig aufgeklärt und konsequent bestraft werden. Politische Auseinandersetzungen müssen wir mit Respekt und Achtung vor der Meinung der anderen führen, auch in den Diskussionen am Arbeitsplatz und in der Familie. Wir müssen miteinander im Gespräch bleiben, sonst wird es schwierig mit dem Kompromiss, auf den es am Ende ankommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen allen danken für Ihre Arbeit und auch Ihren Einsatz in diesen schwierigen Zeiten. Den ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen wünsche ich persönlich alles Gute für ihren weiteren Lebensweg. Bleiben Sie diesem Hause, aber auch der Politik verbunden.

Ich danke insbesondere den Schriftführerinnen und Schriftführern – nicht nur denen, die hier neben mir sitzen, sondern allen.

(Beifall)

Genauso danke ich den Plenarassistentinnen und Plenarassistenten, den Stenografinnen und Stenografen und übrigens auch der Technik hier im Plenarsaal.

(Beifall – Die Abgeordneten erheben sich)

Sie alle haben so manche Nacht mit uns durchgestanden. Erstaunlicherweise haben Sie das alles mit uns gemeinsam wirklich fantastisch hinbekommen. Herzlichen Dank dafür! Ich danke aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den MdB-Büros, in den Fraktionen und auch in der Bundestagsverwaltung, die hinter den Kulissen dafür gesorgt haben, dass wir hier reibungslos arbeiten können. Ohne sie alle hätten wir das nicht geschafft.

Ich will den Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages, die dem nächsten Bundestag angehören werden, sagen: Auch Ihnen allen wünsche ich viel Erfolg. Trotz aller Vorarbeiten sind am Ende dieser verkürzten Wahlperiode auch im Bundestag noch ein paar Baustellen offen, und die sollte das Parlament zügig und entschlossen angehen. Ich hoffe, das gelingt uns. Ich nenne nur als Beispiel – ich habe das heute Morgen schon angesprochen – die Aufarbeitung der Coronapandemie. Aber auch unsere Geschäftsordnung und das Bundestagspolizeigesetz liegen mir sehr am Herzen. Wenn wir das in der nächsten Legislatur noch hinbekommen, wäre ich sehr dankbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird bei allen Herausforderungen an Ihnen liegen, wieder aufeinander zuzugehen und Brücken zu bauen, auch über Fraktionsgrenzen hinweg. Kollegialität hat die Arbeit hier im Hause immer ausgezeichnet und getragen. Sie ist einer der entscheidenden Gründe für erfolgreiche parlamentarische Arbeit.

In diesem Sinne verabschiede ich Sie mit einem fröhlichen Glückauf!

Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall)

(Schluss: 12.51 Uhr)

(C)
(D)

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)**Anlage 1****Entschuldigte Abgeordnete**

Abgeordnete(r)	
Abdi, Sanae	SPD
Ahmetovic, Adis	SPD
Bachmann, Carolin	AfD
Diedenhofen, Martin	SPD
Ebner, Harald	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Frohmaier, Markus	AfD
Ganserer, Tessa	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Gauland, Dr. Alexander	AfD
Görke, Christian	Die Linke
Harder-Kühnel, Mariana Iris	AfD
Helling-Plahr, Katrin (gesetzlicher Mutterschutz)	FDP
Hess, Martin	AfD
Kaufmann, Dr. Michael	AfD
Kekeritz, Uwe	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Kemmer, Ronja	CDU/CSU
Kofler, Dr. Bärbel	SPD
Kotré, Steffen	AfD
Launert, Dr. Silke	CDU/CSU
Lauterbach, Dr. Karl	SPD
Lehmann, Sven	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Leikert, Dr. Katja	CDU/CSU
Leye, Christian	BSW
Loop, Denise	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Machalet, Dr. Tanja	SPD
Mast, Katja	SPD
Moll, Claudia	SPD
Nestle, Dr. Ingrid	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

(B)

Abgeordnete(r)	
Pantazis, Dr. Christos	SPD
Rouenhoff, Stefan	CDU/CSU
Schieder, Marianne	SPD
Schön, Nadine	CDU/CSU
Schraps, Johannes	SPD
Schulz, Uwe	AfD
Sichert, Martin	AfD
Steinmüller, Hanna (gesetzlicher Mutterschutz)	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Timmermann-Fechter, Astrid	CDU/CSU
Töns, Markus	SPD
Uhl, Markus	CDU/CSU
Ullrich, Frank	SPD
Wagener, Robin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Walter-Rosenheimer, Beate	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Winkler, Tobias (Teilnahme an einer Parl. Versammlung)	CDU/CSU
Witt, Uwe	fraktionslos
Zschau, Katrin	SPD

(D)

Anlage 2**Amtliche Mitteilungen ohne Verlesung**

Der Haushaltsausschuss hat mitgeteilt, dass er gemäß § 80 Absatz 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu der nachstehenden Vorlage absieht:

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2024

Mitteilung gemäß § 37 Absatz 4 Satz 1 der Bundeshaushaltsordnung über die Einwilligung in eine überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 3002 Titel 882 01 – Zuweisungen an die Länder zur Förderung von Investitionen in die digitale Infrastruk-

(A) **tur für Schulen gemäß § 2 Nummer 3 des Digitalinfrastrukturgesetzes – bis zur Höhe von 310 Mio. Euro** | **Drucksachen 20/14219, 20/14831 Nr. 1** (C)

(B) (D)

